



21. Sitzung

Mittwoch, 11. Februar 2009

Vorsitzende: Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten	1143	Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts	
Abwicklung, Ergänzung und Änderung der Tagesordnung	1143	– Drs 19/1107 –	1149
		Ergebnis	1149
Senatsantrag:			
Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Frau Professorin Hannelore Schmidt		Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO zum "Konjunkturprogramm"	1149
– Drs 19/1755 –	1143		
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	1143	mit	
Frank Schira CDU	1144	Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO	1149
Michael Neumann SPD	1145		
Jens Kerstan GAL	1146		
Dora Heyenn DIE LINKE	1148	Ole von Beust, Erster Bürgermeister	1150
		Michael Neumann SPD	1154
		Frank Schira CDU	1158
Beschluss	1148	Jens Kerstan GAL	1161, 1170
		Dora Heyenn DIE LINKE	1164
		Dr. Peter Tschentscher SPD	1167, 1174
Unterrichtung durch den Präsidenten:		Rüdiger Kruse CDU	1168
		Thomas Böwer SPD	1171
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	1172

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1048:

Bericht zum Verkauf von städtischen Grundstücken für den Geschosswohnungsbau (Senatsmitteilung)

– Drs 19/2085 –

Andy Grote SPD

Hans-Detlef Roock CDU

Horst Becker GAL

Christiane Schneider DIE LINKE

Anja Hajduk, Senatorin

Jan Balcke SPD

Christoph Ahlhaus, Senator

Kenntnisnahme

Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:

Schnellbahnlinie nach Ahrensburg zügig realisieren

– Drs 19/2097 –

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

S-Bahn-Achsen in der Metropolregion - Ausbau der S 4 vorantreiben

– Drs 19/2206 –

Klaus-Peter Hesse CDU

Karin Timmermann SPD

Martina Gregersen GAL

Dora Heyenn DIE LINKE

Ole Thorben Buschhüter SPD

Zwischenfrage des Abgeordneten

Hans Lafrenz CDU

Hans Lafrenz

Kenntnisnahme

Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksachen 19/780 und 19/1283:

Neufassung des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes (Antrag der SPD-Fraktion)

und

Entwurf eines Gesetzes zum Neuerlass des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes (Senatsantrag)

– Drs 19/2052 –

Farid Müller GAL

Viviane Spethmann CDU

Jana Schiedek SPD

Christiane Schneider DIE LINKE

Dr. Till Steffen, Senator

Beschlüsse

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 18/7294, 19/10, 19/378 und 19/11:

Beschlüsse

Bericht gemäß § 25 Absatz 7 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz (HmbVerfSchG) über die Kontrolltätigkeit des Parlamentarischen Kontrollausschusses gemäß § 24 HmbVerfSchG (Berichtszeitraum: 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008)

– Drs 19/2080 –

Christiane Schneider DIE LINKE

Kai Voet van Vormizeele CDU

Dr. Andreas Dressel SPD

Antje Möller GAL

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2006 (Senatsmitteilung) und Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 (Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs) und Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 (Senatsmitteilung) sowie Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2006 (Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs) – Drs 19/2082 –		Beschlüsse	1210
		Sammelübersicht	1210
		Beschlüsse	1210
		Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/1517:	
		Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung (Senatsantrag) – Drs 19/2004 –	1210
		Beschlüsse	1210
		Zwischenbericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/1815:	
		Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010; Einzelplan 3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien"; Titel: 3770.971.01 "Garantien und Finanzierungszusagen für Bewerbungen zu nationalen und internationalen Sportveranstaltungen" und 3770.539.01 "Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 in Hamburg" (neu) Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 für die Bewerbung um die Austragung der Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 (Senatsantrag) – Drs 19/2007 –	1210
			1211
		Zwischenbericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/1842 (Neufassung):	
		Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 Einzelplan 3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien" Neustrukturierung der Behörden; Umzug der Ämter Medien, Tourismus, Marketing und Sportamt in die Großen Bleichen 30 (Senatsantrag) – Drs 19/2008 (Neufassung) –	1211
		Beschlüsse	1211
Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2006 (Senatsmitteilung) und Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 (Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs) und Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 (Senatsmitteilung) sowie Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2006 (Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs) – Drs 19/2082 –	1202		
Dr. Monika Schaal SPD	1202		
Barbara Ahrons CDU	1204		
Andreas Waldowsky GAL	1205		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1206		
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	1207		
Wolfgang Beuß CDU	1209		
Beschlüsse	1209		
Gemeinsame Beratung			
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/1774 –	1209		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/1956 –	1209		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/1957 –	1209		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/1958 –	1210		

Bericht des Unterausschusses
über die Drucksache 19/1811:

Gesetz zur Sicherstellung klimaschutzrechtlicher Anforderungen im Baugenehmigungsverfahren (Senatsantrag)

– Drs 19/2084 –

1211

Beschlüsse

1211

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Studie zum Preisvergleich der angebotenen Waren in den Hamburger Haftanstalten

– Drs 19/2022 –

1211

Christiane Schneider DIE LINKE

1212

Viviane Spethmann CDU

1212

Farid Müller GAL

1212

Jana Schiedek SPD

1213

Beschlüsse

1213

Antrag der Fraktion der SPD:

Konzernbilanz 2007 – Information an die Bürgerschaft

– Drs 19/2050 –

1213

Beschluss

1213

Interfraktioneller Antrag:

Hamburgs Jugendliche in Entscheidungen mit einbeziehen – Online-Plattform für Jugendpolitik schaffen

– Drs 19/2096 (Neufassung) –

1213

Beschluss

1213

Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:

Interkulturelles Frauenwirtschaftszentrum

– Drs 19/2098 –

1213

Beschluss

1213

Antrag der Fraktion der CDU:

Stärkung der Gesundheitswirtschaft

– Drs 19/2211 –

1213

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Wirksame Stärkung der Gesundheitswirtschaft

– Drs 19/2213 –

1213

Beschlüsse

1213

Interfraktioneller Antrag:

Geschäftsstelle der Härtefallkommission

– Drs 19/2212 –

1214

Beschluss

1214

Beginn: 15.00 Uhr

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung um zwei weitere Punkte zu ergänzen. Es handelt sich dabei um den Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/2211 und um einen Interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 19/2212, die als Tagesordnungspunkte 42 und 43 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurden.

Darüber hinaus haben die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, die Wahl der von der Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur Bundesversammlung, Tagesordnungspunkt 6, auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Ich rufe dann Punkt 15 der Tagesordnung auf: Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Frau Professorin Hannelore Schmidt.

[Senatsantrag:

Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Frau Professorin Hannelore Schmidt

– Drs 19/1755 –]

Zunächst hat der Erste Bürgermeister das Wort. Bitte schön.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir ehren heute keine sogenannte große Dame, keine Grande Dame, sondern eine ganz normale Frau, die gerade in ihrer Normalität so großartig ist. Loki Schmidt, wie sie von allen liebevoll genannt wird, oder Professorin Hannelore Schmidt ist für viele ein Vorbild in vielerlei Hinsicht. Sie ist leidenschaftliche Naturschützerin, überzeugte Lehrerin, engagierte Ehefrau, Mutter und vor allem Hamburgerin. Dabei hat Frau Schmidt aus ihrer Sicht stets nur, wie sie es sagt, ihre Pflicht getan. Sie sagt: In meinem Leben gab es immer so viel zu tun, hier zu helfen, da zu helfen, dies zu machen und das zu machen, dass ich gar nicht dazu gekommen bin, mich sehr viel ins stille Kämmerlein zu setzen, um zu philosophieren. Sie hat nicht gefragt, nicht gezögert, nicht gezögert, nicht philosophiert, sondern vor allem gehandelt, selbst wenn sie anfangs für ihre Überzeugung bei manchen Hohn und Spott geerntet hat.

Als sie in den Siebzigerjahren begann, die Öffentlichkeit auf den Schutz der Pflanzenwelt aufmerksam zu machen, hieß es zunächst bei einigen, ach, die Loki Schmidt, die mit ihren Blümchen. Von solchen Spitzen hat sie sich nicht aufhalten lassen,

sondern sie wollte die Menschen informieren über die Schätze, die am Wegesrand stehen, sie wollte den Blick dafür schärfen, dass und welche Pflanzen gefährdet sind. Ihr Motto war: Ansehen immer, abpflücken niemals. Und das ist ihr ohne erhobenen Zeigefinger gelungen, lange bevor Artenvielfalt, Umwelt- und Naturschutz im politischen Bewusstsein vorhanden waren.

Mitte der Siebzigerjahre gründete sie mit Mitstreitern die Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen, die im Jahre 2006 mit der Landesstiftung Naturschutz Hamburg fusionierte. Die Stiftung kümmerte sich vor allem um den Schutz und die Pflege gefährdeter Biotop und Frau Professor Schmidt ist dort immer noch aktiv, spornt uns alle mit ihrer Aktivität an. Sie hat mir gerade bei dem Essen zu Ehren ihres Mannes gesagt, das sei eine der wichtigsten und wesentlichen Aufgaben, die bedeuten, dass ihr das Leben noch sehr viel Freude und Spaß mache.

Seit 1980 wird die Blume des Jahres benannt. Der abstrakte Begriff Naturschutz wird durch eine solche Blume, die benannt wird, begreifbar. Mit zahlreichen Publikationen begeisterte sie ihre Leser für die Pflanzenwelt. Sie initiierte einen Austausch von Mitarbeitern aus botanischen Gärten in Deutschland, Israel, Venezuela und St. Petersburg und nicht zuletzt hat sie in Hamburg den Naturschutz durch ihre Mitarbeit in Gremien der Umweltbehörde vorangebracht.

Praxis statt Theorie, Handeln statt Reden, Naturschutz war und ist für Loki Schmidt eine Lebensaufgabe. Das macht ihr Engagement so glaubwürdig. Schon als Kind war sie fasziniert von der Pflanzenwelt und da aus Geldmangel kein Bilderbuch vorhanden war, blätterte sie unentwegt in einem Pflanzenlexikon. Eines ihrer ersten Worte soll gewesen sein: Frau Mantel, gemeint war die Pflanze Frauenmantel. Und obwohl sie aus Geldmangel nicht Biologie studieren konnte, ist sie auf ungezählten Forschungsreisen eine gern gesehene und anerkannte Kollegin von Wissenschaftlern geworden, denn sie überzeugte mit ihrem Wissen und ihrem Einsatz. Sie forschte mit Wissenschaftlern in Mexiko, in Kenia, in Brasilien oder Ecuador. In den Achtzigerjahren brachte sie eine Bromelie aus Mexiko mit, die heute nach ihr benannt ist; sie gilt als Entdeckerin dieser Pflanze.

Meine Damen und Herren! Frau Professorin Schmidt ist vermutlich die bekannteste Naturschützerin Deutschlands, doch Popularität oder Titel waren und sind für sie nie von Bedeutung. Sie ist ihren Weg gegangen, der geprägt war von Mitmenschlichkeit, Beständigkeit und Natürlichkeit oder, so wie sie es ausdrückt: Ich bin mein Leben lang ein vernünftiger Mensch gewesen. Das ist typisch Loki Schmidt.

Sicherlich hat diese Grundhaltung dazu beigetragen, dass sie trotz des Aufstiegs ihres Mannes und

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

der damit verbundenen Aufmerksamkeit niemals vergessen hat, wer sie ist und woher sie kommt. Geboren im Jahre 1919 in Hammerbrook in der Schleusenstraße – in wenigen Tagen kann sie ihren 90. Geburtstag feiern –, erlebte Loki Schmidt die Nazidiktatur und den Krieg. Selbstverständlich ging Loki Schmidt arbeiten, unterrichtete als Lehrerin mit großem Engagement und mit Freude. Damit finanzierte sie die Familie und ihrem Mann Helmut das Studium, die Basis für seine spätere große Karriere.

Das ist vielleicht die typische Lebensgeschichte für eine Frau ihrer Generation: Es wird nicht geklagt, es wird gehandelt. Frauen wie Loki Schmidt haben einen entscheidenden Teil, wenn nicht den entscheidenden Anteil daran, dass unser Land wieder aufgebaut wurde, baulich und moralisch wieder aufgebaut wurde. Sie hat den Mut und die Kraft, nicht nur die Schwierigkeiten zu sehen, sondern die Chancen für die Zukunft zu nutzen. Sie ist heute Vorbild für viele.

Loki Schmidt ist auf ihrem Lebensweg immer sie selbst geblieben: bodenständig, humorig, selbstkritisch, eben eine typische Hamburgerin. Sie repräsentiert unsere Stadt im besten Sinne in Deutschland und bei allen ihren Freunden in der ganzen Welt. Ihre zurückhaltende Art, ihr Sinn für Humor, ihre Mitmenschlichkeit, ihre Ausstrahlung zeichnen sie aus. Überall verbinden die Menschen Loki Schmidt, die engagierte Naturschützerin, mit dem Namen unserer Stadt, mit Hamburg und das ehrt uns alle.

Ihr Engagement und ihre Verbundenheit mit unserer Heimatstadt wollen wir mit der höchsten Auszeichnung ehren, die Hamburg zu vergeben hat. Deshalb bitte ich im Namen des Senats die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft zuzustimmen, Professorin Hannelore Schmidt die Würde einer Ehrenbürgerin der Freien und Hansestadt Hamburg zu verleihen.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Wer wünscht nun das Wort? – Herr Schira, bitte.

Frank Schira CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In wenigen Tagen vollendet Hannelore Schmidt ihr 90. Lebensjahr. Loki und Helmut Schmidt sind seit 1942 verheiratet; nur sechs Mitglieder dieses Hauses waren bereits geboren, als die beiden heirateten. 67 Jahre Ehe sind für sich genommen schon eine bewundernswerte Leistung. Gerade die Jahre ihrer Ehe waren für beide Schmidts schwer. Es war Krieg, eigentlich kein guter Zeitpunkt für eine Familiengründung, aber sehr viele Menschen heirateten in diesen bedrückenden Jahren, so auch Hannelore Glaser und Helmut Schmidt im Juni 1942. Der 1944 geborene Sohn verstarb noch vor seinem ersten Geburtstag. Toch-

ter Susanne wird nach dem Krieg geboren, als der Ehemann wieder daheim ist.

Der Bürgermeister nannte eine Reihe von Gründen, warum wir gerade Loki Schmidt zur Ehrenbürgerin machen sollten. Sie ist bescheiden, warmherzig und humorvoll und sie hat sich um den Naturschutz verdient gemacht und steht stellvertretend für eine ganze Generation von Frauen, die den Krieg und die schweren Nachkriegsjahre erlebt und unsere Stadt wieder aufgebaut haben.

Seit 1940 war Loki Schmidt als Lehrerin in Hamburg tätig. Diesen Beruf übte sie auch die folgenden drei Jahrzehnte aus. Auch wenn Ehemann Helmut schon Ende August 1945 aus englischer Kriegsgefangenschaft in die Heimat zurückkehrte, waren die ersten Jahre nach dem Krieg für die Schmidts wie für alle Menschen in Hamburg mühsam. Das Zimmer in einem Siedlungshaus südlich der Elbe wurde mit Möbeln eingerichtet, die Vater Glaser und Ehemann Helmut aus Brettern gezimmert hatten. Loki Schmidt selbst nannte es eine glückliche Zeit mit einigen Tücken. Ob sie selbst und die vielen anderen Menschen, die damals unter den Bedingungen des Mangels leben mussten, es seinerzeit auch so empfanden, stellt Hannelore Schmidt allerdings an anderer Stelle selbst infrage. Nach dem Geheimnis ihrer Ehe befragt, sagte sie, Dreck und Not und Kummer, wie unsere Generation sie erlebt hat, verbinden. Mit ihrem in diesen Jahren als Lehrerin verdienten Geld sorgte Loki Schmidt für den Familienunterhalt. Nach Feierabend, so las ich, strickte sie Pullover, die sie zum Beispiel gegen Kartoffeln eintauschte und ermöglichte es so ihrem Mann Helmut, Volkswirtschaftslehre zu studieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es mit einer hoch intelligenten, gebildeten und starken Frau zu tun. Lange vor ihrer Einschulung, so las ich auch, konnte die vierjährige Loki zum Beispiel schon lesen. Sie hatte auch eine überdurchschnittliche körperliche Stärke und die hat sie auch in der Schule gezeigt. Hannelore Glaser war die längste in der Klasse und sie war burschikos und prügelte sich mit Jungen auf dem Schulhof. Das war es aber nicht, was ihren weiteren Weg ausmachte. Eine ganz erhebliche Prägung, nicht zuletzt für ihren späteren Beruf als Lehrerin, erhielt sie auf der reformpädagogisch ausgerichteten Lichtwarkschule. Wir haben gelernt, so sagte sie, selbstständig zu arbeiten, dabei achtet man nicht auf Fächer, sondern wie man einem Thema gerecht wird.

Das Thema ihres langen Lebens wurde und ist nach wie vor der Schutz gefährdeter Pflanzen. Loki Schmidt widmete und widmet sich intensiv der Natur. Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen fand in den frühen Jahren der neu entstehenden Bundesrepublik noch nicht die notwendige Beachtung. Auch während der Regierungszeit ihres Mannes hatte der Naturschutz auf der politi-

(Frank Schira)

schen Agenda nicht die höchste Priorität. Die Jahre waren eher gekennzeichnet durch Ölpreiskrisen, wirtschaftliche Rezession und nicht zuletzt durch den deutschen Herbst 1977.

Loki Schmidt, der Bürgermeister sagte es, wollte ursprünglich gerne Biologie studieren. Ihren Studien- und Berufswunsch konnte sie jedoch leider nicht verwirklichen. Stattdessen bereitete sie sich im Lehrerseminar auf ihre Tätigkeit als Lehrerin an Hamburger Volks- und Realschulen vor. Vielleicht hat sogar die Enttäuschung über die ihr nicht gegebene Möglichkeit ihr unglaubliches Engagement für die Natur umso mehr beflügelt. Ihre Tätigkeit als Lehrerin gab sie Anfang der Siebzigerjahre auf. Sie übernahm öffentliche Pflichten als Frau eines Bundesministers und des Bundeskanzlers und wie beiläufig eroberte sie dabei neues Terrain für Politikerfrauen. So ging sie beim Staatsbesuch in Riad mit auf dem roten Teppich. Das hatte vor ihr noch keine Frau eines Regierungschefs gemacht. Sie nutzte intensiv das Licht der Öffentlichkeit, das sich ihr durch ihre Position bot, ausgesprochen klug und erfolgreich für ihr Engagement.

1976 gründete sie die Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen. Vielleicht wäre sie als Biologin gar nicht Deutschlands berühmteste Naturschützerin geworden. Diese Leidenschaft brachte ihr in den vergangenen 30 Jahren eine so große Zahl von Preisen ein, sodass ich nur einige Ehrungen nennen möchte, die sie in Hamburg erhalten hat. So erhielt sie zum Beispiel 1982 die Alexander-von-Humboldt-Medaille, 1990 wurde sie Ehrensensatorin der Universität Hamburg, 1994 wurde sie mit der Alfred-Toepler-Medaille ausgezeichnet, 1999 verlieh ihr der Senat die Ehrenprofessur. Im Jahr 2000 folgte die Ehrenpromotion der Universität Hamburg im Fachbereich Biologie. Jetzt erhält sie auf Antrag des Senats durch unseren Beschluss – davon gehe ich aus – die Ehrenbürgerwürde ihrer Heimatstadt. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion stimmt dem Antrag des Senats aus vollem Herzen zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hannelore oder Loki Schmidt wird heute auf Antrag des Senats und auf Beschluss der Bürgerschaft die Ehrenbürgerwürde unserer Stadt verliehen. Diesem Vorschlag schließe ich mich im Namen meiner Fraktion, aber auch ganz persönlich, nur zu gern an. Es ist eine Ehre, die nicht nur Frau Schmidt zuteil wird, sondern es ehrt auch unsere Stadt, dass wir sie zu einer unserer Ehrenbürgerinnen zählen dürfen.

Mit ihr wird eine Frau geehrt, die nicht nur selbstbewusst, engagiert und klug den Umweltschutz vorantrieb und als bekennende Sozialdemokratin Flagge zeigte, sondern sie steht – das hat der Bürgermeister angesprochen – auch stellvertretend für eine Generation von Frauen, die Krieg, Hunger und Zerstörung erlebt haben und unsere Stadt wieder mit aufgebaut haben.

Nachdem aber ihre Arbeit für den Naturschutz schon gewürdigt wurde, möchte ich meinen Fokus auf einen anderen Teil ihrer Verdienste lenken, nämlich auf ihr pädagogisches Engagement und ihr Wissen. Was von vielen unbemerkt blieb, war, dass sie lange als Haupt- und Realschullehrerin in Hamburg gearbeitet hat. Ihre pädagogischen Fähigkeiten und ihre Beharrlichkeit waren auch Voraussetzung dafür, dass sie als Naturschützerin so erfolgreich gearbeitet hat. Sie hat es geschafft, was nur wenigen gegeben ist, anderen Menschen die Augen für die Belange der Natur zu öffnen, das Wissen über die Umwelt zu verbreiten und Menschen für die Sache des Umweltschutzes zu begeistern.

Die großartige Naturschützerin Loki Schmidt ist auch die großartige Lehrerin Loki Schmidt und ihre pädagogische Arbeit wurde durch ihre Erfahrungen in ihrer eigenen Schulzeit wesentlich geprägt. Sie besuchte, wie schon angesprochen, die Reformschulen und hat später an diesen unterrichtet. Sie stammt aus einer bildungshungrigen Arbeiterfamilie mit Eltern, die sie sehr früh zum Lesen animierten und im Alter von fünf Jahren schon zum Geigenunterricht schickten.

Eingeschult wurde sie Ostern 1925 in der Schule Burgstraße, einer reformpädagogischen Grundschule. Reform bedeutete damals Koedukation, Verbot der Prügelstrafe, kein Sitzenbleiben und die Mitwirkung der Eltern am Schulleben. Hamburg galt in der Weimarer Zeit einmal als Zentrum der Reformpädagogik, die das schulische Klima grundlegend anders beeinflusst hat, als es an vielen, noch von der Kaiserzeit geprägten Einrichtungen damals üblich war. Ihr Abitur machte Loki Schmidt dann an der Lichtwarkschule in Winterhude, einer der wenigen Reformschulen des höheren Schulwesens in der Weimarer Republik. Dort lernte sie auch im Alter von zehn Jahren ihren späteren Ehemann, einen gewissen Helmut Schmidt, kennen.

Wie sie selbst einmal sagte, war die Erziehung zu Toleranz, die Erziehung, ein Individuum zu entwickeln mit eigenen Vorstellungen und Ideen, sich aber dennoch in das Gemeinsame einzupassen, für das gesamte Kollegium sehr wichtig. Und ich zitiere sie, als sie sagte:

"Für mich ist Erziehung zu Toleranz immer die Leitlinie geblieben, auch als ich später selbst als Lehrerin tätig war."

(Michael Neumann)

1937 wurde diese gute, diese richtige und für Hamburg so wichtige Schule von den Nationalsozialisten geschlossen.

Nach dem Notabitur und dem damals üblichen Arbeitsdienst kamen die Studienjahre und Loki Schmidt, die eigentlich, wie wir gehört haben, Biologie studieren wollte, aber das Geld für die Studiengebühren nicht hatte, wurde Lehrerin. Ihrem Interesse und Engagement für Biologie hat das, wie man weiß, weiß Gott keinen Einhalt bieten können. Aber vielleicht muss man es solchen Menschen auch nicht zu schwer machen.

In ihrem Leben als Lehrerin wiederholt sie das, was sie als Kind in ihrem eigenen Leben auch erlebt hat. Sie wird eine engagierte, reformorientierte Pädagogin und geht folgerichtig zu Hamburgs einziger koedukativer Schule, die im wunderschönen Horn liegt, das auch damals schon im Ruf stand, ein sozialer Brennpunkt zu sein. Es mag mir als persönliche Anmerkung gestattet sein, dass mich das als Horner Abgeordneter besonders froh und stolz macht. Sie unterrichtet fächerübergreifend, anschaulich und lebensnah. Ihr außergewöhnliches Talent als Lehrerin wird auch dadurch deutlich – das muss man sich heute bei all den Diskussionen, die wir später hier führen werden, einmal vorstellen –, dass sie vor Klassen unterrichtete, die mit mehr als 60 Kindern bestückt waren. Dennoch gelang es ihr, einen sinnvollen und engagierten Unterricht durchzuführen.

Loki Schmidt entdeckte früh die Prinzipien eines jeden guten Unterrichts, nämlich die Förderung des selbstständigen und praktischen Lernens und die Verstärkung durch musisch-ästhetische Inhalte. Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hannelore Schmidt ist aus meiner Sicht auch eine späte Rehabilitierung, denn als Volks- und Realschullehrerin unterrichtete sie im Krieg drei Klassen und nach dem Krieg 16 Jahre lang vier unterschiedliche Klassen an sechs Schulen.

Nach dem Umzug nach Bonn mit ihrem Mann, dem damaligen Verteidigungsminister, musste sie beim Senat beantragen, ohne Gehalt, wie man damals sagte, beurlaubt zu werden. Der Senat genehmigte ihr sechs Monate Urlaub ohne Bezahlung und verlängerte ihn dann noch einmal um zwölf Monate. Dann kam aber die ultimative Aufforderung, die Arbeit entweder aufzunehmen oder den Dienst zu quittieren, und so wurde 1972 die Lehrerin Loki Schmidt nach 32 Jahren im Schuldienst aus selbigem entlassen. Die Erwartung des Senats, ihren geliebten Beruf für immer aufzugeben – und wer mit ihr darüber gesprochen hat, weiß das –, war eine große Kränkung für die engagierte Lehrerin, noch dazu, dass sie ihre erarbeiteten Ansprüche aufgeben musste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere den arabischen Schriftgelehrten Effendi, der einmal schrieb:

"Die Arbeit des Erziehers gleicht der eines Gärtners, der verschiedene Pflanzen pflegt. Eine Pflanze liebt den strahlenden Sonnenschein, die andere den kühlen Schatten; die eine liebt das Bachufer, die andere die dürre Bergspitze. Die eine gedeiht am besten auf sandigem Boden, die andere im fetten Lehm. Jede muss die ihrer Art angemessene Pflege haben, anderenfalls bleibt ihre Vollendung unbefriedigend."

Und so, wie jede Pflanze eine angemessene Pflege braucht, hat Hannelore Schmidt versucht, auch jedem ihrer Schülerinnen und Schüler individuell gerecht zu werden und sie oder ihn zu fördern. Mit dieser pädagogischen Haltung war sie ihrer Zeit weit voraus, vielleicht sogar manch einem heute noch. Noch heute gehört die mangelnde individuelle Förderung zu den vielbeklagten Defiziten an unseren Schulen. Jedem Kind gerecht zu werden, ist für sie der Ausdruck des Respekts vor der Kindheit, vor dem Individuum eines jeden Menschen. Loki Schmidt hat auch zur aktuellen Debatte über den Unterricht an unseren Schulen, die Erziehung zu Werten und Moral, das selbstständige Lernen, die Gestaltung von Lernumgebung und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern wichtige, sehr nachlesenswerte Beiträge geleistet. Vielen ist sie auch durch ihr Buch "Mein Leben für die Schule" bekannt geworden, mit dem sie einige ihrer Ziele und Ideale beschreibt.

Nach dieser Lektüre wird jeder selbst sagen, dass das eine Lehrerin ist, die man sich für die eigenen Kinder, für alle Kinder in unserer Stadt wünscht. Deshalb möchte ich noch einmal zitieren, und zwar diesmal einen anderen Ehrenbürger dieser Stadt, nämlich Siegfried Lenz, der gesagt hat:

"Loki Schmidt war eine Pädagogin, die ich gern als Lehrerin gehabt hätte."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hannelore ist eine Ehre, nicht nur für sie selbst, sondern auch für Hamburg. Wir sind alle sehr stolz darauf, sie unsere neue Ehrenbürgerin nennen zu können, auch wenn sie heute persönlich leider nicht anwesend sein kann. Ich wünsche ihr aber im Namen des ganzen Hauses alles, alles Gute, viel Gesundheit und Wohlergehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft möchte heute Frau Professorin Hannelore Schmidt die Ehrenbürgerwürde unserer Stadt verleihen.

Wie viele Hamburgerinnen und Hamburger und eigentlich alle, denen der Schutz der Natur am Her-

(Jens Kerstan)

zen liegt, unterstützen natürlich auch ich und meine Fraktion diesen Antrag. Wir freuen uns sehr über die Möglichkeit, Frau Hannelore Schmidt die Ehrenbürgerschaft, die höchste Ehrenbezeugung Hamburgs, verleihen zu können. Dem Vorschlag des Senats werden wir deshalb als GAL-Fraktion gerne folgen.

Ich erinnere mich, dass Loki Schmidt einmal gesagt hat, sie wolle anständig durchs Leben gehen und wenn man ihren Lebensweg betrachtet, ist ihr das wohl gelungen. Als charakterstarke Hanseatin hat sie immer unaufgeregt die Aufgaben, die ihr das Leben gestellt hat, durchaus auch in bewegten Zeiten, verlässlich erfüllt. Dabei nahm sie sich immer die Zeit, sich für ihre Herzensangelegenheiten zu engagieren, den Schutz der Natur. Seit Jahrzehnten setzte sich Frau Schmidt mit viel Kraft und Enthusiasmus dafür ein, ihren Mitmenschen die Schönheit und die Bedeutung der Natur zu vermitteln. Sie hat dabei auch sehr viel erreicht.

Ich habe den Eindruck, als wäre es für Loki Schmidt immer eine Selbstverständlichkeit gewesen, stets ein sehr eigenständiges Leben zu führen. Dazu gehörte für sie nicht nur, Verantwortung für die eigene Familie zu übernehmen, sondern auch als Ehefrau eines der wichtigsten Politiker unseres Landes stand sie selber viele Jahre im Licht der Öffentlichkeit. Dabei ist sie, ganz Hanseatin, immer bewundernswert bescheiden geblieben.

Aber eigentlich war ihre große Leidenschaft, unermüdlich ihr ganz eigenes Pflänzchen, die Liebe zur Natur, zu pflegen und zu hegen. Zielstrebig hat sie sich für ihre Herzensanliegen, den Schutz der Natur, die Öffentlichkeit gesucht. Die Natur war für sie immer wichtig und sie hat viele Forschungsreisen unternommen. Dabei gelangen ihr auch eigene naturwissenschaftliche Entdeckungen. Dass Pflanzen nach bekannten Persönlichkeiten benannt werden, kennen wir alle, aber dass diese Persönlichkeiten diese Pflanzen auch selber entdeckt haben, ist durchaus etwas Besonderes; der Bürgermeister nannte zwei Bromelien, die nach Frau Schmidt benannt sind. Aber für eine Botanikerin vielleicht etwas ungewöhnlich ist, dass auch ein Skorpion am Amazonas mit ihrem Namen verbunden worden ist, der *Tityus lokiae*. So ist sie untrennbar mit der Natur verbunden.

Die zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen, die Loki Schmidt von der wissenschaftlichen Fachwelt erhalten hat, zeigen, dass sie auch eine bedeutend anerkannte Forscherin ist. Ich finde es durchaus bewundernswert, dass es ihr gelungen ist, von der Naturschützerin zu einer anerkannten Wissenschaftlerin zu werden; doch damit nicht genug. Frau Schmidt hat sehr früh erkannt, dass die Natur bedroht ist und geschützt werden muss. Diese Erkenntnis hat Frau Schmidt für sich als Verantwortung verstanden und diese Verantwortung hat sie konsequent getragen. Noch bevor die Belange

der Natur im politischen Bewusstsein unseres Landes verankert waren, hat sie ihre Position als öffentliche Person klug genutzt. Damit meine ich, dass sie ihre Bekanntheit genutzt hat, um ihre Mitmenschen für die Natur zu begeistern. Uneigennützig und unermüdlich hat sie für den Naturschutz gearbeitet, man könnte sogar sagen, sie hat ihn wirklich populär gemacht. Frau Schmidt hat die Öffentlichkeit für den Naturschutz gesucht und sie hat sie gefunden. Sie hat es meisterlich verstanden, den Menschen die Schönheit und die Vielfalt der Natur nahezubringen. Dabei war ihr sehr bewusst, dass es dafür einen institutionellen Rahmen braucht, um langfristig Wirkungen erzielen zu können.

Vor mehr als 30 Jahren hat sie daher neben ihrem persönlichen Engagement auch aus eigenen Mitteln ihre Stiftung, die Stiftung zum Schutze gefährdeter Pflanzen, gegründet. Inzwischen hat diese Stiftung mit der Landesstiftung Naturschutz Hamburg fusioniert; bekannt geworden ist sie als die Loki-Schmidt-Stiftung. Seit Jahren leistet sie vorbildliche Arbeit im ganzen Bundesgebiet. Zum Beispiel wird jährlich eine Blume des Jahres gewählt. Sie soll – ich zitiere hier Frau Schmidt sehr persönlich –:

„... die Menschen immer wieder über den ökologischen Wert der Pflanzenwelt und über die Notwendigkeit des Schutzes aller bedrohten Arten informieren.“

In diesem Jahr ist übrigens eine von Frau Schmidt persönlich sehr geschätzte Pflanze gewählt worden, die Wegwarte.

Loki Schmidt hat zahlreiche Ehrungen für ihre wissenschaftlichen Verdienste um den Pflanzen- und Naturschutz erhalten. Sie erinnern sich, dass die Universität Hamburg sie zu ihrem 80. Geburtstag zur Professorin ernannte. Sie trägt den Ehrendokortitel der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg.

Weltweit, muss man feststellen, wurde Frau Schmidt für ihr Engagement als Naturschützerin ausgezeichnet. Dabei hat sie sich immer mit Hamburg verbunden gefühlt und durchaus auch als Botschafterin Hamburgs agiert. Mit der für sie typischen Mischung aus Sachverstand und Leidenschaft hat sie sich dabei allerdings nebenher auch immer noch ehrenhalber in der Hamburger Umweltpolitik engagiert.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts würdigen wir das herausragende Lebenswerk von Frau Hannelore Schmidt als einer verdienstvollen Naturschützerin. Wir zeichnen sie aus als beispielhafte Bürgerin unserer Heimatstadt Hamburg. Uneigennützig hat sie Verantwortung für unser Gemeinwesen übernommen. Sie hat uns hanseatische Tugenden vorgelebt.

(Jens Kerstan)

Am Ende meiner Rede erlauben Sie mir vielleicht noch eine Nebenbemerkung, die nicht nur auf die Person Loki Schmidts abzielt. Die heutige Auszeichnung ist auch deswegen eine besondere, weil sie eine wünschenswerte gesellschaftliche Entwicklung widerspiegelt: Die Ehrenbürgerschaft wird einer Frau verliehen. Nach Frau Hannelore Greve, Frau Professorin Dr. Marion Gräfin Dönhoff und Professorin Ida Ehre ist Frau Professorin Hannelore Schmidt die vierte Ehrenbürgerin Hamburgs. Insgesamt wurden bisher 33 Personen zu Ehrenbürgern Hamburgs ernannt. Daher möchte ich ergänzen: Loki Schmidt ist erst die vierte Ehrenbürgerin unserer Heimatstadt. Deshalb wünsche ich mir für die Zukunft, dass wir als Bürgerschaft und Senat noch viel mehr Frauen für ihre Verdienste um Hamburg ehren werden.

Aber heute freue ich mich sehr, dass Frau Professorin Schmidt die Ehrenbürgerwürde verliehen wird und ich gratuliere ihr im Namen meiner Fraktion ganz herzlich zu dieser Würdigung. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In San Francisco, Madrid oder Dallas ist es bedeutend einfacher, Ehrenbürger zu werden als in Hamburg. Dort ist es nämlich eine Frage des Geldes. In Texas reicht eine Spende über 500 Dollar.

Das Hamburger Ehrenbürgerrecht hingegen ist verankert in der europäischen Kulturgeschichte. Es führt zurück auf die Franzosenzeit und lässt sich auf die Französische Revolution zurückverfolgen. Damals wurde ausländischen Persönlichkeiten, die sich um die Menschenrechte und um die Freiheit verdient gemacht hatten, das französische Staatsbürgerrecht ehrenhalber verliehen.

Als 1813 in Hamburg die Ehrenbürgerwürde erstmals verliehen wurde, geschah es genau in dieser Tradition. Der russische General von Tettenborn wurde Ehrenbürger, weil er Hamburg, wie es wörtlich heißt, vom Joche der Fremdherrschaft befreit hatte. Erst 1948 wichen die Hanseaten von diesem Brauch ab, die Ehrenbürgerschaft ausschließlich an Nichthamburger zu verleihen. Bis heute hat der Hamburger Senat – Herr Kerstan hat darauf hingewiesen – 33mal dieses Recht verliehen und bedauerlicherweise oder auch bezeichnenderweise eben nur dreimal an Frauen. Deshalb begrüßt DIE LINKE, dass heute für die Ehrenbürgerschaft eine Frau vorgeschlagen wurde, Frau Professor Hannelore Schmidt.

Ihren Beruf als Hamburger Lehrerin musste sie eintauschen gegen ein Leben im öffentlichen Interesse; Herr Neumann hat darauf hingewiesen. Sie

nutzte die Chance und stellte ihre Liebe zur Botanik in den Dienst des Naturschutzes und sie nutzte die Chance, um mit Wissenschaftlern auf verschiedene Forschungsreisen zu gehen. Dabei war sie durchaus erfolgreich. Sie entdeckte nicht nur einen Skorpion, sondern auch verschiedene Pflanzen, die ihren Namen tragen, weil das in der Botanik so üblich ist. Wer eine Pflanzenart entdeckt, wird nach der binären Nomenklatur von Linné erwähnt. Und so gibt es zum Beispiel eine Bromelienart aus Mexiko, die *Pitcairnia loki-schmidtiae* heißt. Ich habe Ihnen einmal, um zu zeigen, wie toll das ist, eine Ananasart aus Bolivien mitgebracht und die heißt *Puya loki-schmidtiae*, eine wunderschöne Pflanze.

Ihr Vorname Hannelore ist bei den Hamburgern schon seit Langem in das vertraute Loki umgewandelt worden; da braucht es eigentlich nicht mal mehr ihres Nachnamens. Loki, das ist, wie es heute auf Neuhochdeutsch ausgedrückt immer heißt, ein Alleinstellungsmerkmal. Hamburg hat einen sehr schönen Botanischen Garten – das kann ich nur bestätigen, ich gehe da öfter hin –, aber andere Städte auch und jeder hat seinen eigenen Charakter und das beschreibt Loki Schmidt in ihrem Buch "Die Botanischen Gärten in Deutschland". Die Besuche vor Ort muss sie so fasziniert haben, dass sie sich damit auch im Ausland beschäftigte. Loki Schmidt hat die Botanischen Gärten von Hamburg, Jerusalem, St. Petersburg, Göteborg, Mexiko-City und Merida in Venezuela miteinander vernetzt. Für sie sind es wichtige Institute zur Erforschung und Entfaltung biologischer Vielfalt und Standorte, an denen die Verantwortung des Menschen für den Erhalt des Naturerbes verdeutlicht wird. Sie hat initiiert, dass 1986 weit über 50 gegenseitige Arbeitsaufenthalte von Gärtnern stattfinden konnten. Diese bemerkenswerte Frau hat in Anerkennung ihres Engagements bisher 15 Auszeichnungen erhalten; Herr Schira und Herr Kerstan haben einige erwähnt.

Das Einzige, was noch fehlte, war die Ehrenbürgerschaft. Darüber befinden wir heute und die LINKE unterstützt das ausdrücklich.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Wenn weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Senats folgen möchte, Frau Professorin Hannelore Schmidt das Ehrenbürgerrecht der Freien und Hansestadt Hamburg zu verleihen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist damit einstimmig von diesem Haus angenommen worden.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Bürgermeister, die Bürgerschaft hat damit das ihrige getan.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Meine Damen und Herren! Ich rufe dann Punkt 3 der Tagesordnung auf: Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten:
Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts
– Drs 19/1107 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das sehe ich nicht. Ich stelle hiermit fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe damit abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 15.44 Uhr

Wiederbeginn: 15.52 Uhr

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 105 Stimmzettel abgegeben worden. Kein Stimmzettel war ungültig, 105 Stimmzettel waren somit gültig. Herr Joachim Pradel erhielt 86 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen. Damit ist Herr Pra-

del zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte nun Herrn Pradel, nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Herr Pradel, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich frage Sie nun, ob Sie die Wahl annehmen.

Herr Joachim Pradel: Ja.

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Herr Joachim Pradel: Ich schwöre es.

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen nun als vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung für Ihre Aufgabe. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf: Regierungserklärung.

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraph 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zu geben, eine Regierungserklärung abzugeben. Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion und dem Senat eine Redezeit von 30 Minuten zur Verfügung stehen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stehen nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und vermutlich in den meisten Teilen der Welt vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie seit Jahrzehnten noch nicht da gewesen sind.

Bislang kündigen sich auch in unserer Stadt mehr die Vorboten als die Realisierung der Krise an, wie sie eingeschätzt wird. Aber auch die Vorboten zeigen, dass es nicht einfach werden wird. Die Vorboten sind eine Zunahme der Kurzarbeit seit der letzten Zählung, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auch in Hamburg auf jetzt wieder über 9 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, ein Rückgang statt laufenden Wachstums beim Hafenumschlag. Und auch, dass viele bislang als sicher und bedeutend und als wirtschaftliche Autorität eingeschätzte Namen und Firmen zu straucheln beginnen oder schon Insolvenz angemeldet haben, zeigt, wie schwierig die Situation ist. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass solche Schwierigkeiten auftreten können bei der Commerzbank, bei großen Autoherstellern,

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

bei Eisenbahnherstellern, bei Wäscheherstellern, dass bei der Firma Still Kurzarbeit angemeldet wird und, und, und – alles Namen, die noch vor einem Jahr als zuverlässig und nicht krisenanfällig bewertet worden sind.

Trotzdem ist bislang, obwohl wir auch in Hamburg die Vorboten der Krise spüren, die Krise noch irgendwie virtuell, natürlich nicht für diejenigen, die schon direkt davon betroffen sind. Aber ich glaube, viele lesen davon und lesen teilweise von Namen, die weit weg sind und fassen noch gar nicht, was auf uns zukommen kann. Für diese Virtualität spricht auch, dass das Weihnachtsgeschäft relativ gut gelaufen ist, obwohl schon deutlich war, dass es schwierig werden wird, dass die sogenannte Abwrackprämie ein großer Erfolg ist und viele Leute Tausende und Zehntausende Euro für neue Autos hinlegen. Dafür spricht, dass die Reisebuchungen in diesem Jahr bisher recht gut laufen und die Menschen nicht sagen, es könnte schwierig werden, ich lege etwas zurück, sondern munter am Konsum teilhaben, was eigentlich gut ist für die Wirtschaft. Natürlich gibt es Impulse, dies zeigt aber, dass die Krise, so nah sie ist, von vielen immer noch als relativ fern empfunden wird. Ich glaube, die Lage wird in den nächsten Monaten nicht nur in Hamburg, sondern generell bedrohlich und sehr schwierig werden und über die Vorboten, die ich Ihnen genannt habe, hinaus gibt es natürlich Zeichen, die das Ausmaß der möglichen Schwierigkeiten deutlich machen. Wer hat sich noch vor einem Jahr träumen lassen, dass ein Staat wie Is-

land zahlungsunfähig wird und die letzten Untersuchungen sagen, dass es nicht nur Island ist, sondern auch andere europäische Staaten, die gar nicht weit weg scheinen, von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Lettland, Großbritannien und Griechenland haben enorme Schwierigkeiten, die Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten und sind bedroht.

Die industrielle Herstellungsquote in Deutschland ist im letzten Jahr um 15 Prozent gesunken. Das heißt, die Dinge werden immer bedrohlicher und kommen immer näher. Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, es wird auch für Hamburg eine schwierige Zeit werden, weil natürlich unsere Stadt in den letzten zehn Jahren Gewinnerin der Globalisierung war. Wir haben den Fokus gemeinsam auf Wirtschaftsfelder gerichtet, die in der Globalisierung erfolgreich sind, und sind dann, wenn diese Felder schwächeln, besonders gefährdet. Ich denke an den Bereich der Logistik, der in den letzten Jahren einen enormen Zuwachs an Arbeitsplätzen und auch an Wachstumsraten hatte. Wenn die Weltwirtschaft schwächelt, merkt man es natürlich im Außenhandel in allen Bereichen der Logistik, vom Hafen bis zum Transport.

Ich denke an die maritime Wirtschaft. Wenn weniger Schiffe gebaut werden, sind nicht nur in unserer Region, sondern natürlich weltweit Firmen betroffen, die als Zulieferer für die Werften tätig sind und gerade Norddeutschland hatte bislang hier hervorragende Ergebnisse. Firmen mit neuen Arbeitsplätzen, mit engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben Schwierigkeiten, wenn weltweit keine Schiffe mehr gebaut werden.

Die Medien beklagen, dass gerade wichtige, große und Geld einbringende Anzeigen zurückgehen, weil Markenartikler Imageanzeigen stornieren – gerade diese bringen aber den Verlagen das Geld – und natürlich in schwierigen Zeiten auch Markenartikler alles tun, um zunächst den Absatz zu erhöhen und sich vielleicht weniger um das Image kümmern.

Wir hatten ein großes Arbeitsplatzwachstum bei Airbus, aber es besteht natürlich das Risiko, dass eine schwächelnde Weltwirtschaft zur Stornierung von Flugzeugbestellungen führen kann und auch schon geführt hat. Trotzdem glaube ich, dass wir, wenn wir den richtigen Weg gehen und die Kraft und den Idealismus haben, die Chance haben werden, soweit es irgend geht, Hamburg in dieser Krise immer noch gut dastehen zu lassen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben natürlich strategische Vorteile in unserer Stadt, die uns positiv von anderen Standorten abheben. Glücklicherweise sind wir in der Wirtschaft nicht abhängig von einem Hersteller oder einem Zulieferer wie manch andere Städte, die eine fast

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

monokausale Abhängigkeit von einem großen Industriewerk haben.

Zum zweiten haben wir in Hamburg einen sehr starken Mittelstand. Wir haben einige Großunternehmen, aber die hamburgische Industrie und Wirtschaft, der Handel sind mittelständisch geprägt, was eine höhere Flexibilität bedeutet.

Drittens haben natürlich die guten letzten Jahre dazu geführt, dass viele Firmen ein Polster und Reserven anlegen konnten, um schwierige Zeiten besser überstehen zu können, als wenn es vorher schwierige Jahre gewesen wären, und gutes Wirtschaften hat dazu geführt, dass es gute Jahre in dieser Stadt gewesen sind.

Aber diese Standortvorteile alleine reichen nicht, sondern wir müssen auch in der Politik, soweit wir es können, alles tun, um Impulse auszulösen, damit lokal und regional eine Nachfrage ausgelöst wird, die die Hamburger Wirtschaft in dieser Krise möglichst krisenungefährdet macht. Das ist unsere politische Aufgabe in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das ist der Sinn und Zweck dessen, was wir mit dem Konjunkturprogramm auf Hamburger Ebene und in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung erarbeitet haben und anbieten. Ich sage nicht, dass es eine Garantie gibt, dass ein solches Konjunkturprogramm auch wirkt, aber wer es nicht macht, der versündigt sich am Standort und darum werden und müssen wir es machen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dieses Programm hat zwei Säulen, eine hamburgische Säule, indem wir geplante Investitionen – in der mittelfristigen Finanzplanung auch finanziert – der Jahre 2011, 2012 und 2013 vorziehen, soweit es geht und soweit diese vorbereitet sind und thematisch zu den Schwerpunkten passen, die zu unseren politischen Schwerpunkten gehören. Es werden immerhin Investitionen im Umfang von rund 250 Millionen Euro vorgezogen.

Das zweite Programm wird überwiegend von der Bundesregierung, kompensatorisch aber auch von den Ländern finanziert. Seitens des Bundes werden rund 230 Millionen Euro für zwei Jahre gegeben und kompensatorisch gibt Hamburg 76 Millionen Euro dazu. Beide Programme zusammen haben für zwei Jahre ein Volumen von rund 550 Millionen Euro an Investitionen, um Nachfrage in der Region zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern, denn wir wollen jeden einzelnen Arbeitsplatz sichern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Beides zusammen soll aber kein inhaltliches Strohfeuer sein. Es gibt aus der Vergangenheit Erfah-

rungen mit Konjunkturprogrammen – nebenbei gesagt: querebeet –, wo man aus dem Wunsch heraus, etwas zu machen, auf Deubel komm raus investiert hat. Sowohl wir als auch der Bund haben gemeinsam Felder definiert, in denen diese Investitionen stattfinden sollen, allen voran der Bereich Bildung von der Kindertagesstätte über Schulen bis hin zur Universität. Der Bereich Klimaschutz und energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden wird eine wichtige Rolle spielen und es wird auch Hilfen für Private geben, die ihre Gebäude sanieren wollen. Es geht um Sanierung, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere auch der Verkehrsinfrastruktur im Hafen, und es geht um den Standard unserer Krankenhäuser.

Lassen Sie mich ein Wort zum Wort Hafen sagen. Wenn ich zu Beginn gesagt habe, dass die Umschläge zurückgehen und vermutlich auch das nächste Jahr nicht das glanzvollste Jahr des Hafens sein wird, dann nicht, weil der Hafen nicht funktioniert, sondern weil die Weltwirtschaft schwächer wird. Es ist richtig und wichtig, notwendige Investitionen im Hafen vorzuziehen, damit dann, wenn die Weltkonjunktur wieder anzieht, Hamburg wieder ganz vorne steht. Wenn die Weltkonjunktur schwächelt, darf dies nicht dazu führen, dass wir schwächeln, sondern wir müssen uns wieder auf stärkere Jahre vorbereiten und das wollen wir mit diesen Investitionen machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL und der SPD)

Das Gleiche gilt natürlich auch für die Bildung, das ist eine strategische Frage, unabhängig von konjunkturellen Schwierigkeiten. In Rahmenbedingungen der Bildung zu investieren, schafft für jeden, der gut ausgebildet ist, auch in Zukunft die Chance, von zukünftigen konjunkturellen Schwankungen weniger betroffen zu sein. Wer gut ausgebildet ist, der hat weniger persönliche Risiken und auch das wollen wir erreichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das komplette Programm wird Ihnen in Kürze in der Drucksache vorgestellt werden, die wir dann im Detail beraten werden, und jede Maßnahme wird aufgezählt und begründet. Natürlich kosten die Krise und die Konjunkturmaßnahmen Geld. Wir haben vor einem Jahr als Koalition und auch vor den Wahlen gesagt, dass wir möchten, dass unsere Stadt ohne neue Schulden durch diese Legislaturperiode kommt; das ist unser politisches Ziel gewesen. Es war damals aber nicht erkennbar, welche Schwierigkeiten auf unser Land und damit auch auf unsere Stadt zukommen würden. Ich will Ihnen sagen, was das konkret für das Jahr 2009 bedeutet beziehungsweise welche Schwierigkeiten es gibt.

Erstens geht es darum – das ist ein kleinerer Beitrag –, zusätzlich das zu finanzieren, was der Bund

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

als ergänzende Leistung unserer Stadt erwartet, also für zwei Jahre rund 75 Millionen Euro.

Zweitens führt zum Beispiel das Gerichtsurteil über die Pendlerpauschale dazu, dass wir im Jahre 2009 ein weiteres Haushaltsrisiko von rund 30 bis 40 Millionen Euro Mindereinnahmen haben.

Drittens hat der Bund beschlossen, im Zuge seines Konjunkturprogramms Steuersenkungen vorzunehmen. Sie wissen, dass der Grundfreibetrag erhöht wird und sich das bis zum höchsten Einkommen durchwächst. Diese natürlich für jeden Steuerzahler erfreuliche Maßnahme, die dazu führen soll, dass durch weniger Steuern mehr Geld in der Tasche verbleibt und so der Konsum angekurbelt werden soll, ist ein Gedanke, den ich nachvollziehen kann. Er führt aber für unseren Haushalt dazu, dass wir jährlich rund 100 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen haben werden allein aufgrund dieses Beschlusses auf Bundesebene. Das heißt, die 230 Millionen Euro an Investitionshilfen, die wir vom Bund freundlicherweise für zwei Jahre bekommen, verlieren wir auf der anderen Seite an Steuermindereinnahmen durch die Beschlüsse der Bundesregierung. Das heißt, das, was wir einmalig für Investitionen für zwei Jahre bekommen, verlieren wir vermutlich auf Dauer in Höhe von 100 Millionen Euro jährlich. Auch das sind Risiken, die man sehen muss.

Dann müssen wir schauen, wie sich die konjunkturelle Entwicklung steuermäßig auf Hamburg auswirkt, denn ein möglicher Rückgang des Wachstums oder eine Rezession bedeuten natürlich weniger Steuereinnahmen. Wir werden vermutlich erst mit der Steuerschätzung im Mai 2009 zuverlässig wissen, was das für unsere Stadt bedeutet.

Allein diese Punkte führen unter dem Strich zu dreistelligen Millionenbeträgen an Steuermindereinnahmen und -risiken für diese Stadt, die man vorher nicht sehen konnte. Vor diesem Hintergrund wird auch diskutiert, ob eine Haushaltsberatung stattfinden soll oder wie auch immer. Es ist nur deshalb sinnvoll, trotz dieser Unwägbarkeiten diese Haushaltsberatungen zu machen, weil wir eine gesetzliche Grundlage für die Ausgaben brauchen. Dieses Konjunkturprogramm entbindet den Senat nicht von der Pflicht, noch vor der Sommerpause aufgrund der dann genauen Zahlen der Steuerschätzung einen Nachtragshaushalt vorzulegen, über den dann beschlossen und beraten werden muss; beides gehört zusammen.

Ich sage es noch einmal: Keiner hatte als Ziel, neue Schulden zu machen. Keiner will neue Schulden machen und wir werden die notwendigen Maßnahmen, die sich aus der konjunkturellen Entwicklung ergeben, im Haushalt in einem – ich nenne es einmal volkstümlich – Extratopf zusammenfassen und bündeln und mit dem Beschluss versehen, dann, wenn die Wirtschaft wieder wächst und Steuermehreinnahmen kommen, diese Schulden

sofort wieder zurückzuzahlen. Wir wollen diese bedauerlichen, aber notwendigen Schulden nicht über Jahrzehnte oder Generationen mit uns herumschleppen, sondern dann, wenn die Wirtschaft wieder angesprungen ist, sofort wieder zurückzahlen. Dafür stehen wir gemeinsam ein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Unser Kurs ist, sowenig Schulden wie möglich zu machen und die, die gemacht werden müssen, zusammenzufassen und schnell wieder zurückzuzahlen. Das Grundkonzept ist, jetzt die regionale und lokale Wirtschaft zu stärken und damit langfristig definierte Ziele zu verfolgen, das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aufzugeben – kurzfristig müssen wir es aussetzen – und es mittelfristig wieder aufleben zu lassen. Das sind die Elemente, mit denen wir arbeiten wollen und ich glaube, dass wir schnell, solide und im Sinne der Hamburger Wirtschaft und Arbeitsplätze gründlich und gut gearbeitet haben.

Natürlich entbinden uns ein solches Programm und die Diskussion darüber nicht von der Frage nach den eigentlichen Ursachen. Die Ursachen für diese konjunkturellen Schwierigkeiten – oder nennen wir es eine drohende Weltwirtschaftskrise, wie es genau kommt, wissen wir nicht – liegen sicherlich nicht in Hamburg und wir müssen uns fragen, worin die Konsequenzen liegen, was wir darüber hinaus machen müssen, um zukünftig solche Entwicklungen zu verhindern. Natürlich wird es darum gehen, die Wirtschaft wieder in die Lage zu versetzen, mit Krediten arbeiten zu können, das heißt, die Banken wieder in die Lage zu versetzen, sich selber gegenseitig Geld zu leihen und Unternehmen Kredite zu gewähren. Darum bemüht sich der Bund mit unterschiedlichen Instrumentarien; das eine klappt schon ganz gut, das andere klappt noch nicht. Es gibt auch in der Großen Koalition eine ständige Diskussion darüber, ob diese Gesetze verbessert werden müssen. Aber der Grundansatz, Banken in die Lage zu versetzen, sich untereinander Geld zu leihen, damit diese wiederum Geld an die Wirtschaft verleihen können, ist richtig und vernünftig. Aber auch der spiegelt nicht die Ursache der Krise wider, sondern ist letztlich ein mögliches Instrument, um vielleicht diese Krise in einem bestimmten Bereich wieder beseitigen zu können.

Was ist die Ursache dieser Krise? Natürlich gibt es eine, die zunächst kausal einleuchtet und auf die wir alle gerne schauen. Es ist natürlich die Art von Finanzierung, gerade von Immobilienbanken in den Vereinigten Staaten, aber auch europäische Banken, die mit Freude und Begierde zu günstigen Zinsen Anleihen und Papiere von diesen aufgekauft haben. Das Geschäft lief folgendermaßen: Es wurden Häuser und Grundstücke gekauft und gebaut, zu 100 Prozent beliehen, egal, wie viel Sicherheit und wie viel Eigenkapital vorhanden war. Die virtuellen Wertsteigerungen dieser Häuser und

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

Grundstücke wurden genutzt, um sie noch einmal zu beleihen, obwohl der Wert rein virtuell war ohne weitere Sicherheiten, ohne weiteres Eigenkapital, damit dann – das war auch gewollt – das geliehene Geld wiederum in den Konsum und in die Wirtschaft hineingesteckt werden konnte. Das heißt, man hat auf Deubel komm raus beliehen ohne Sicherheit, hat noch einen draufgesetzt, ausgehend von virtuellen Schätzungen, und damit wieder Geld in den Kreislauf gepumpt, das aber durch reale Werte überhaupt nicht gedeckt war, und hat diese Papiere und Anleihen, die von den Banken ausgegeben wurden, wiederum weltweit gehandelt. Und irgendwann ist die Sache geplatzt, das war mit einer der Ursachen und sicherlich die entscheidende Ursache. Darum wird es wichtig sein, unabhängig von Hamburg, zukünftig international dafür zu sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt. Wir brauchen dringend internationale Abkommen, die sicherstellen, dass sich so etwas nicht wiederholt. Wenn das nicht gelingt, dann wird die Krise nicht zu meistern sein, das muss international geregelt werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL und der SPD)

Diese Abkommen müssen seriöse, nachprüfbare Regeln über Banken und Finanzgeschäfte enthalten. Diese Regeln müssen transparent sein, vor allen Dingen müssen Regelverstöße transparent sein, damit der Konsument entsprechend reagieren kann, wenn jemand gegen diese Regeln verstoßen hat, und das Nichtbefolgen der Regeln muss Sanktionen mit sich bringen. Es bringt nichts, Regeln aufzustellen und dann, wenn aus Gier ein Regelverstoß stattfindet, dies nicht zu sanktionieren. Es ist dringend notwendig, dieses international zu tun. Ich hoffe, dass die Regierungen der Nationalstaaten in der Lage sind, sich schnell zu einigen, denn ein Rettungsschirm für Banken und ein Konjunkturprogramm alleine nützen nichts, wenn die Ursache nicht beseitigt wird.

Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Vielleicht gibt es auch eine zweite Ursache, denn diese Häuser sind von irgendjemand gekauft worden und die virtuellen Beleihungen und das Ausgeben des Geldes sind auch von irgendjemand getätigt worden. Die Papiere, die so wunderbare Zinsen versprochen haben, sind auch kreuz und quer von jemandem gekauft worden. Vielleicht sollte man als Essenz dieser Krise auch lernen, dass eine Wirtschaftsordnung, die sich ausschließlich an hohem Wachstum orientiert, ohne zu fragen, was dahinter steht und die nur danach fragt, welche Wertsteigerungen es gibt, ohne die Nachhaltigkeit und die wahren Werte zu sehen, die sich daran orientiert, mehr, mehr, mehr und den Hals nicht voll bekommt, auf Dauer nicht florieren kann; davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Mir wäre sehr daran gelegen, darüber zu diskutieren, ohne sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben. Das bringt uns nicht weiter, sondern die Frage ist, was man aus dieser Krise substantiell und nicht nur fiskalisch lernen kann. Wenn es nicht gelingt, daraus etwas zu lernen, dann werden die Menschen Stück für Stück das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung und in die staatliche Autorität verlieren; das ist das große Problem. Gerade das ist ein Problem in Deutschland, machen wir uns nichts vor. Die westdeutsche Gesellschaft hat davon gelebt, dass sie notabene seit 1945, mit kleinen Ausnahmen, immer nur Wachstum gehabt hat. Wir alle – ich Jahrgang 1955 – sind, mit kleinen Ausrutschern, überwiegend in Zeiten groß geworden, in denen es von Jahr zu Jahr für die meisten, nicht für alle, irgendwie besser wurde.

Was passiert eigentlich, wenn es plötzlich schlechter wird? Ich meine dies nicht ökonomisch, sondern politisch. Meine große Sorge ist – das geht uns alle an –, dass dann, wenn es schlechter wird, das Vertrauen in demokratische Werte, auch in mühsam erkämpfte Werte des Respekts, der Toleranz, des fairen Umgangs miteinander zerbrechlich werden kann, wenn das Grundvertrauen in die Werte dieser Gesellschaft nicht mehr da ist. Auch über diese Frage müssen wir in diesem Zusammenhang diskutieren. Machen wir uns nichts vor, aber das Grundvertrauen in die Eliten ist in Deutschland vermutlich nur noch sehr schwach ausgeprägt. Große Teile der wirtschaftlichen Elite haben – wir kennen alle die Beispiele – versagt.

(Beifall bei Norbert Hackbusch *DIE LINKE*)

Auch Teile der politischen Elite geben nicht immer nur gute Beispiele ab und das Vertrauen der Bevölkerung in die Elite hält sich sehr in Grenzen, zu Recht, manchmal auch übertrieben, weil die Presse es auch liebt, Dinge hochzuspielen, aber Fakt ist, dass das Vertrauen gering ist.

Zweitens gibt es glücklicherweise die Patentrezepte des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr, aber auch die in diesem Jahrhundert gedachten Patentrezepte passen nicht mehr. Das Patentrezept des Nationalismus ist glücklicherweise gescheitert, das war einmal eine Antwort auf alle Schwierigkeiten. Das ist letztlich an Größenwahn und Perversion durch den Nationalsozialismus gescheitert.

Der Sozialismus ist ökonomisch und politisch gescheitert als realisierte Weltanschauung im Ostblock. Und was ist mit dem Kapitalismus? Wir haben zwar eine soziale Marktwirtschaft, aber haben nicht viele, auch manche von uns, auch aus wirtschaftlichen Kreisen, noch Anfang dieses Jahrtausends gesagt, wenn man der Wirtschaft freien Lauf ließe, wenn sich der Staat zurückziehen würde, wenn man alle Regeln aufgeben und nur auf

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

Wachstum setzen würde, dann würde sich alles von alleine regeln und die schwarzen Schafe würden schon von selber verschwinden. Leider ist auch diese Idee gescheitert, das muss man einfach konstatieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nebenbei gesagt: Die gab es überall. Hören Sie auf, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das war doch eine Idee, die vielen deshalb sympathisch war, weil es über eine gewisse Zeit auch gut gegangen ist. Jetzt sieht man, was passiert ist, dass man nicht alleine darauf setzen kann, dass der Markt es schon richten wird.

Darum ist es wichtig, Gesichtspunkte des Anstands, der Moral, des Wertes, der Nachhaltigkeit bei dieser Diskussion mit zu behandeln. Eine Gesellschaft wird nur dann Bestand haben und nur dann das Vertrauen der Menschen haben, wenn es gelingt, diese moralischen und ethischen Wertmaßstäbe neben den ökonomischen und fiskalischen Handlungen wieder in diese Gesellschaft einzuziehen, und dazu sind wir alle in diesem Hause aufgefordert.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin überzeugt davon, dass dies mit Vertrauen in die Kraft der Freiheit und die Vernunft der Menschen, notwendige Beschränkungen hinzunehmen, gelingen kann. Wenn die Verantwortlichen diese Maßstäbe mit sehen und wir gemeinsam versuchen, uns selbst ernst zu nehmen, aber nicht zu wichtig zu nehmen und anständig und rational einen solchen Weg zu gehen, dann kann es gelingen. Es müsste in Hamburg möglich sein, denn ein solcher Weg passt zu unserer Stadt.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Selten, vielleicht noch nie, hatten wir es mit einer Rezession mit Ansage zu tun. Zu Recht haben Zigtausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sorgen um ihre Arbeitsplätze und viele von ihnen haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren. Deshalb ist die Forderung nach einem vehementen Gegensteuern auf Bundesebene, aber auch in Hamburg, noch nie so nachdrücklich erhoben worden, aber wir mussten als Politiker auch noch nie Vertrauen aufbauen und Verantwortung übernehmen.

Es muss aber auch – Herr von Beust, Sie haben das in Ihrer Rede angeschnitten – darüber gesprochen werden, was die Ursachen dieser Krise sind und es müssen daraus Konsequenzen, vor allen

Dingen – ich sage das einmal mit Ihren letzten Worten – glaubwürdige Konsequenzen gezogen werden. Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, mit Konjunkturprogrammen allein Wirtschaft und Banken zu stützen, sondern wir brauchen ernsthafte internationale Verhandlungen darüber, verbindliche Vereinbarungen, Straf- und Sanktionsmechanismen, die verhindern, dass all dies erneut geschieht und über uns hereinbricht.

Wir haben es mit einer besonderen Krise zu tun, weil die Auswirkungen dieses extrem ausdifferenzierten, sehr spezialisierten und zugleich intensiv vernetzten Finanzsystems Fehler der Finanzaufsicht in den USA hinsichtlich der Deregulierung von Immobiliendarlehen sind; der Bürgermeister hat das sehr plastisch runtergebrochen. Sie haben zu einer Blase geführt, die platzte und diese Schockwellen sind über strukturierte Wertpapiere fast in jedes Portfolio einschließlich der Lehman-Pleite hineingeschossen. Das führte dazu, dass das Vertrauen in die Banken und das gesamte System infrage gestellt wurde.

Aber das ist kein Gottesurteil oder etwas, das über uns gekommen ist. Zu viele Banken und Unternehmensvorstände haben gezockt und viele Aufsichtsräte, auch in unserem Land, haben mitgemacht oder schlichtweg geschlafen.

(Beifall bei der SPD)

Im Falle von Senator Freytag, der auf der Senatsbank bei der Rede immer blasser wurde, muss beides zutreffen. Er hat nämlich zuerst gesagt, er habe von nichts gewusst und dann stand der Grundsatz im Mittelpunkt, Hauptsache, die Rendite stimmt. Beides macht ihn auch nach der Rede des Bürgermeisters zu einem wesentlichen finanzpolitischen Risiko für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Die Empörungen über Bonuszahlungen an diejenigen, die Verantwortung für dieses Desaster tragen, ist aus meiner Sicht mehr als berechtigt. Wenn man morgens die Zeitung aufschlägt und heute in der "Bild"-Zeitung diese Schlagzeilen liest, dann kann man die Menschen verstehen. Man kann niemandem mehr in diesem Land erklären, was Moral und Anstand ist; ich glaube, das geht uns allen so.

Kapitalismus ohne Regeln oder mit nicht ausreichenden Regeln funktioniert eben nicht; das soll nicht nach Eigenlob stinken, denn das ist nicht angebracht. Aber für diejenigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die seit Langem die Diskussion über die Begrenzung von Managergehältern führen, die diffamiert worden sind wie Franz Müntefering, als er von Heuschrecken sprach, ist das keine wirklich neue Erkenntnis. Andere, auch in der Bürgerschaft, haben noch lange dem schrankenlosen Wettbewerb das Wort geredet. Ich bin froh, dass der Bürgermeister an dieser Stelle

(Michael Neumann)

dem Neoliberalismus abgeschworen hat und offensichtlich auch den Verkauf des LBK bereut und eingestanden hat, dass die Privatisierungsfantasie ein schwerer Fehler für unsere Stadt gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus
DIE LINKE)

Es besteht mittlerweile eine große gesellschaftliche Einigkeit darüber, dass die Finanzmärkte reguliert werden müssen, dass wir dafür vor allem internationale Verständigungen benötigen. Ich hoffe, wir wollen gemeinsam, dass diese Sonntagsreden nicht in sechs oder zwölf Monaten vergessen sind und es wieder einen Rückfall in den alten, schrankenlosen Wettbewerb gibt. Es fällt mir schwer zu glauben, dass diejenigen, die das immer als das Heil gepredigt haben, nun vom Saulus zum Paulus geworden sein sollen. Aber man muss allen Menschen eine zweite Chance geben, das gilt auch für die Wirtschaftspolitik der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig dürfen wir aber nicht zu einem unkontrollierten Bildersturm ansetzen auf jedes Finanzinstrument, das wir selbst vielleicht nicht verstehen und deshalb leicht verteufeln. Dieses extrem ausdifferenzierte, spezialisierte und international vernetzte Finanzsystem ist auch Teil der Grundlage unseres Wohlstands, auch Teil des Wohlstands unserer Stadt, aber es muss Regeln bekommen und diese Regeln müssen wirksam durchgesetzt werden. Die Chancen dazu, spätestens nach dem Machtwechsel in Washington, stehen weiß Gott nicht schlecht.

Meine sehr Damen und Herren! Morgen wird es eine Demonstration in unserer Stadt geben, die unter dem Titel steht: Das Finanzkasino schließen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Angesichts der Situation der Banken, insbesondere der Landesbanken und unserer HSH Nordbank, hat man den Eindruck, dass man in der Tat, den Staat im Rücken, mal ins Finanzkasino gegangen ist und in risikoreiche Wertpapiere investiert hat, auch weil die Politik nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung nicht auf die hohen Renditen und Dividendenausschüttungen verzichten wollte. Dazu, sehr geehrter Herr Bürgermeister, habe ich von Ihnen nichts gehört. Sie haben für Ihre Verhältnisse relativ gewagte Erklärungen und Erwägungen abgegeben, was philosophische Fragestellungen angeht,

(Frank Schira CDU: Weil er nachdenkt, bevor er redet!)

aber konkret zu der Frage, wie es um unsere HSH Nordbank steht, wie es darum steht, dass 1700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konkret von Arbeitslosigkeit bedroht werden, dass wir, wie den Presseberichten zu entnehmen ist, bis zu 2,9 Milli-

arden Euro frisches Geld in die Hand nehmen müssen, haben Sie nichts gesagt. Sie sprachen nur von einem virtuellen Gefühl. Die HSH-Nordbank-Krise ist nicht virtuell, die HSH-Nordbank-Krise liegt direkt vor unserer Haustür, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich kann verstehen, dass Sie lieber darüber sprechen möchten, wie Sie das Ihnen zugefallene Geld aus Berlin in Hamburg investieren wollen. Es macht auch viel mehr Freude, das zu verteilen. Damit macht man vielen Trägern, vielen Institutionen und mancher Schule eine Freude, das gönne ich Ihnen auch. Aber Führung, Verantwortung und Charakter zeigt sich nicht bei Sonnenschein, sondern in schwerer See und es zeigt sich insbesondere bei der Frage, wie Sie darangehen wollen, unserer HSH Nordbank eine Zukunft zu geben, denn wie es im Ergebnis um die HSH Nordbank steht, haben Sie nicht gesagt. Wer trägt die Verantwortung für dieses Desaster? Keine Antwort. Welche Zukunft hat diese Bank? Keine Antwort. Das ist die Bilanz Ihrer Regierungserklärung, das heißt, Sie haben nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Der Hinweis, den Sie mir gerade ins Ohr flüsterten nach dem Motto "Gemach, gemacht, das kommt alles noch, man muss in Ruhe prüfen" ist nicht stichhaltig. Die Zeitungen sind aber tagtäglich voll mit all den Inhalten

(Frank Schira CDU: Na und!)

aus Ihren angeblich so vertrauten Gesprächen und gleichzeitig schießen die Spekulationen ins Kraut. Deshalb wäre es eine geeignete Gelegenheit gewesen, reinen Tisch zu machen und zu sagen, was ist, denn der Grundsatz, den Sie kritisiert haben, immer nur mehr, mehr, mehr zu fordern, war genau die Geschäftspolitik, die Sie und Ihre Finanzsenatoren, insbesondere Herr Freytag, in den letzten Jahren bei der HSH Nordbank zu verantworten haben; genau das hat uns in die Krise geführt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Wenn heute darüber berichtet wird, dass 1700 Menschen von Arbeitslosigkeit bei der HSH Nordbank bedroht seien, dann lässt sich Herr Freytag mit den schlanken Worten im NDR zitieren: Alles wird gut. Das ist eine typische Freytag-Floskel. Es hätte nur noch gefehlt, dass er gesagt hätte, es wird ein guter Tag für Hamburg. Herr Freytag, der nächste gute Tag für Hamburg wird erst dann sein, wenn Sie nicht mehr Verantwortung im Senat tragen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Menschen empfinden Ihre Aussage als instinktlos und als eine Verhöhnung derjenigen, die jetzt in Sorge um ihren Arbeitsplatz sind. Wir waren

(Michael Neumann)

alle sehr ruhig und in Passagen hat auch meine Fraktion Ihren Ausführungen zugestimmt.

(Frank Schira CDU: Sie waren fassungslos!)

– Dass Sie fassungslos über die Aussagen des Bürgermeisters sind, spricht für die CDU-Fraktion, weniger für das, was der Bürgermeister gesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie hatten die Chance, sich heute von diesem Herrn Freytag zu distanzieren. Sie haben sie wieder nicht genutzt und damit tragen Sie auch die Verantwortung für die Politik, die dieser Mann in der HSH Nordbank mit unseren Finanzen betrieben hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir wirklich neues Vertrauen aufbauen wollen, neues Vertrauen in die Bürgerschaft, neues Vertrauen in das Bankensystem, in das staatliche Agieren, dann ist die Grundvoraussetzung, eine schonungslose Fehleranalyse anzustellen und zu sagen, wer die Verantwortung trägt und was falsch gemacht worden ist. Das ist offensichtlich keine Fähigkeit, mit dem der Senat ausgestattet ist. Das ist ein großer Fehler, denn wir werden in Kürze auch darüber beraten. Ich glaube, wir werden nur eine gute Lösung für die HSH Nordbank finden, wenn wir eine gemeinsame Lösung finden und nicht nur eine, die in Kiel oder in Hamburg zufällig unabgestimmt zeitgleich besprochen wird. Deshalb noch einmal meine Aufforderung – Sie haben aufgrund der Redezeit die Gelegenheit dazu –: Legen Sie die Fakten auf den Tisch, denn die Wirtschaftsprüfer haben festgestellt, dass die Bilanz für 2007 fehlerhaft ist. Sie haben – nur zur Erinnerung – vor gut einem Jahr im Bürgerschaftswahlkampf gesagt, dass es keines der Probleme bei der HSH Nordbank gebe. Es wurde gesagt, die Bank sei gesund, sie habe ein gesundes Geschäftsmodell und man habe volles Vertrauen in den Erfolg der Bank. Und auch noch im Oktober 2008 hieß es, die Bank sei im Kern gesund.

All das werden wir wahrscheinlich, wenn wir es heute nicht erfahren, nächste Woche erst erfahren. Herr Freytag hat in der letzten Sitzung eine Wikipedia-Definition vorgelesen zum Thema Heuchelei. Herr Freytag könnte diese auch jetzt noch einmal herausholen, denn das, was Sie in der Regierungserklärung zu dem Thema gesagt haben, war nichts und hat mehr Nebelkerzen geworfen, als Klarheit in der Sache gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann und will Ihnen nur einen Rat geben: Ändern Sie diese Strategie, ändern Sie die Strategie des Leugnens, Schönredens und Täuschens und machen Sie reinen Tisch. Sie hatten die Chance dazu, Sie haben sie wieder einmal nicht genutzt, aber die Debatte ist noch nicht zu Ende.

(Wolfgang Beuß CDU: Arrogant!)

Ich glaube, es wäre der HSH Nordbank und nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschuldet, mit offenen Karten zu spielen und die Verunsicherung nicht noch weiterzutreiben.

Um das aber klarzustellen: Die Banken müssen geschützt werden und nicht, weil die Vorstände uns Sorgen machen oder wir Sorgen darum haben, dass Herr Nonnenmacher um seine Zukunft bangt, sondern weil wir uns eine weitere Bankenpleite in Deutschland nicht leisten können. Wir sind gespannt, welche Modelle der Senat für die Zukunft der HSH Nordbank vorstellen will. Ich will aber für meine Fraktion drei Anforderungen aufstellen beziehungsweise definieren.

Erstens: Es muss eine wirklich wirtschaftliche Lösung sein, auf gut Deutsch: Es kann kein Fass ohne Boden sein.

Zweitens: Der Standort Hamburg muss weiter gestärkt werden, insbesondere mit den Stichworten Mittelstand, Schiffsfinanzierung und Luftfahrtfinanzierung.

Drittens: Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank muss anständig und verlässlich umgegangen werden. Das sind Kriterien, an denen wir das messen werden, was Sie uns, wenn nicht heute, dann in der nächsten Woche vorstellen werden.

(Beifall bei der SPD)

Verantwortungsvolle Politik muss aber auch in der Krise an morgen und übermorgen denken und deswegen ist Umsteuern mit Augenmaß gefragt. Die Politik, insbesondere Peer Steinbrück – das hat Herr Glos jetzt auch eingesehen –, hat kräftig, richtig und mit Augenmaß reagiert. Es gibt den Rettungsschirm für die Banken, das Konjunkturprogramm I, den Rettungsschirm für die Arbeitsplätze und das Konjunkturprogramm II. Wenn jetzt auch noch ein Hamburger Konjunkturprogramm ergänzend dazukommt – das will ich unmissverständlich feststellen –, dann begrüßen wir das, halten das in der Sache für richtig und werden es auch unterstützen. Ich möchte aber gleichzeitig vor kopflosem Aktionismus warnen, vor Steuersenkungsfantasien sowie vor immer neueren Milliardenbeträgen, die der Staat oder gar unsere Stadt als Schulden aufnehmen sollen. Der Bund geht bereits an seine Grenzen und die Länder werden auch etwas tun. Wir müssen aber auch bei alledem darauf achten, dass wir 2020 nicht nur noch Geld für Zinsen ausgeben, sondern dass wir auch noch Geld für Polizistinnen und Polizisten, Lehrer und Erzieherinnen haben.

(Barbara Ahrons CDU: Das hätten Sie mal vor 20 Jahren sagen sollen!)

Der Staat muss auch in der nächsten Krise, Frau Ahrons, handlungsfähig sein. Deshalb bin ich auch froh – da war Ehrlichkeit zumindest vorhanden –,

(Michael Neumann)

dass der Bürgermeister endlich den Mut gefunden hat einzuräumen, dass die Haushalts- und Konsolidierungspolitik der CDU gescheitert ist, dass jetzt Neuverschuldungen angekündigt werden und gleichzeitig auch angekündigt wird, im Sinne der Schuldenbremse einen klaren Tilgungsplan vorzuschlagen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Bleiben Sie mal schön bei der Wahrheit!)

Das ist richtig und deshalb dürfen wir nicht in zügellosen Aktionismus verfallen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hatte auf seiner Klausur nicht nur die Herkulesaufgabe dieses Konjunkturprogramm zu stemmen, sondern er hat auch etwas ganz Neues und Großartiges gestemmt. Er hat nämlich aus dem Leitbild der "Wachsenden Stadt" und der "Kreativen Stadt" ein neues Leitbild geformt. Das ist überraschenderweise, weil es zutreffend gewesen wäre, nicht die "Menschliche Metropole" geworden, sondern es ist herausgekommen – ich muss das nachlesen, weil es mir noch nicht ins Blut übergegangen ist –: "Leitbild Hamburg: Wachsen mit Weitsicht". Das hört sich ziemlich nach Kompromiss an und ist wahrscheinlich auch ein Kompromiss wie Vieles in Ihrem Politikentwurf. Aber es ist gleichzeitig vermutlich eine ungewollte, schonungslose Schwachstellenanalyse der Finanzpolitik der letzten Jahre, denn Weitsicht ist genau das, was in den letzten Jahren in Hamburg gefehlt hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in den Boomjahren die Rekordsteuereinnahmen nicht zur Konsolidierung genutzt. Stattdessen sind die Ausgaben explodiert.

(Hans-Detlef Roock CDU: Was haben Sie denn gemacht?)

Der Rechnungshofspräsident, ich darf ihn an dieser Stelle zitieren, sagte:

"Die notwendige Ausgabendisziplin fehlt."

Zitatende.

Die Weitsicht, dass Aufschwünge nicht ewig dauern, die Weitsicht, dass man in guten Jahren Rücklagen für schlechte bildet, die Weitsicht, dass man in guten Jahren nicht stattdessen die Rücklagen plündert, und die Weitsicht, dass man von einer expansiven Ausgabenpolitik im Wahljahr nicht so schnell wieder herunterkommt,

(Viviane Spethmann CDU: Was wollen Sie eigentlich?)

ist genau die Weitsicht, die der CDU-Fraktion gefehlt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir das Ergebnis der Ära Beust und Freytag in der Haushaltspolitik in guten Jahren anschau, dann stelle ich Folgendes fest: 2006 waren es 210 Millionen Euro Defizit, 2007 244 Millionen Euro Defizit, 2008 über 1 Milliarde Euro Defizit und jetzt schon für 2009 mehr als 1 Milliarde Euro ohne die Steuerschätzung und ohne die Konjunkturprogramme. Das genau war das Gegenteil von Weitsicht.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Hätten Sie nur ein bisschen weitsichtig gehandelt, dann könnte Hamburg heute auch wesentlich mehr und effektiver für die Konjunktur und die Sicherung von Arbeitsplätzen tun, als wir das heute tun, weil Hamburg eben nicht gut gewirtschaftet hat. Über diese Situation – das will ich nicht vorwegnehmen, darauf können Sie sich schon freuen – werden wir Anfang März intensiv sprechen. Dazu gibt es vieles zu sagen, dazu haben wir sicherlich eine ausführliche Diskussion.

Ich will zurückkommen zum Konjunkturprogramm und zu den konkreten Maßnahmen,

(Karen Koop CDU: Oh, das ist aber schön!)

die bisher zumindest veröffentlicht worden sind. Ich will noch einmal betonen: Weite Teile dessen, die uns zumindest in dieser Presseerklärung – es gibt zwei verschiedene mit unterschiedlichen Zahlen – vorgestellt worden sind, sind unstrittig und decken sich mit den Eckpunkten unseres Konjunkturprogramms, die wir bereits im letzten November vorgelegt haben. Es ist auch richtig, die kleinen und mittleren Unternehmen mit Bürgschaften zu unterstützen und sie dahingehend verstärkt zu beraten. Es ist auch richtig, geplante Maßnahmen vorzuziehen, weil es nur so zur schnellen Umwandlung der Mittel in Beschäftigung kommt. Und es ist auch richtig, eine Vergabe in kleinen Losen anzustreben, damit kleine und mittelgroße Betriebe, insbesondere das Handwerk, zum Zuge kommen, denn sie sind das Rückgrat der Beschäftigung in Hamburg.

Aber das Konjunkturprogramm umfasst auch 30 Millionen Euro für Schulbaumaßnahmen. Auch da sage ich: Das ist grundsätzlich richtig und notwendig. Wer Hamburger Schulen kennt, weiß das. Wenn man aber in den Haushaltsplan-Entwurf schaut, gibt es dort eine Absenkung von 40 Millionen Euro für den Schulbau. Das macht unter dem Strich nach diesem Konjunkturprogramm 10 Millionen Euro weniger als vorher. Da kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch, tolles Konjunkturprogramm.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem haben wir auch immer noch keine Kenntnis darüber, wie Sie überhaupt die Schulbaumaßnahmen in der zweiten Hälfte des Jahres or-

(Michael Neumann)

ganisieren wollen. Auch hier trifft es zu: Weitsicht schaut anders aus.

Dann wollen Sie 35 Millionen Euro für ein Betreuungsprogramm Schule und Kita ausgeben, dabei geht es um Horte an Primarschulen. Auch dagegen kann niemand etwas haben, aber die sollen noch 2009 gebaut werden. Das Problem ist nur, dass dieser Senat noch überhaupt nicht weiß, wo in Zukunft Standorte von Primarschulen sein werden. Auch da sage ich: Weitsicht sieht ganz anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es noch – zumindest nach gegenwärtigem Stand – 2,3 Millionen Euro für den Ausbau von Fachräumen für Naturwissenschaften. Das finde ich richtig. Wir müssen etwas für den naturwissenschaftlichen Unterricht tun.

(Wolfgang Beuß CDU: Na toll!)

Aber auch da wissen Sie überhaupt noch nicht, wo die Schulen sein werden. Von daher ist es unklar, wie die Konjunktur 2009 davon profitieren soll. Der Höhepunkt dabei ist, dass Sie das Ganze auch noch Quantensprung nennen. Herr Freytag hat, wie ich schon angesprochen habe, beim letzten Mal aus Wikipedia das Thema Heuchelei definiert. Ich mache es viel harmloser, keine Sorge. Ich weiß gar nicht, ob Sie wissen, was ein Quantensprung ist. Ein Quantensprung ist ein angenommener Vorgang im Mikrokosmos. Weitsicht im Mikrokosmos – das sind genau Ihre Perspektiven.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Auch die Anpassung arbeitsmarktpolitischer Instrumente, wie Sie es nennen, ist richtig. Olaf Scholz ist da weit voraus. Sie können sich an ihm orientieren, dann wissen Sie, dass Sie in die richtige Richtung laufen.

(Jörn Frommann CDU: Wer ist das?)

Kurzarbeit statt Entlassungen, das Ganze verbunden mit Qualifizierung, das ist ein richtiger Weg. Ich finde auch gut und erfreulich, Herr Gedaschko – Sie kommen bisher seltener vor –, dass Sie das auch endlich eingesehen haben. Ich wünsche Ihnen persönlich – im Ergebnis wird es so enden –, dass Sie einen würdigeren Abgang finden als Herr Glos. Im Ergebnis spielen Sie aber eine ähnliche Rolle wie Herr Glos in der Bundesregierung und das finde ich schade.

(Beifall bei der SPD)

Ob jedoch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Senats ausreichen werden, daran haben ich und meine Fraktion erhebliche Zweifel. Es rächt sich, dass Sie zugesehen haben, wie in den letzten fünf bis sieben Jahren die Wirtschaftssenatoren und die Finanzsenatoren die in Hamburg vormals vorbildliche Arbeitsmarktpolitik zerschlagen

haben und als willfährigen Steinbruch für fragwürdige Maßnahmen missbraucht haben.

(Barbara Ahrons CDU: Das ist ja wohl der Gipfel!)

Auch diese Weitsicht fehlt Ihnen. Der Staat spannt Schutzschirme auf, Sie wollen wieder Arbeitsmarktpolitik machen und Sie möchten mit Unternehmen reden, damit diese nicht entlassen. Ich möchte Sie zum Schluss vielleicht noch einmal an Ihre Verantwortung als Arbeitgeber erinnern. Herr Gedaschko, das wäre vielleicht eine Aufgabe für Sie, dort aktiv einzugreifen. Reden Sie doch einmal mit der HSH Nordbank und ihren Eigentümern darüber, wie man Entlassungen verhindern kann. Es geht mittlerweile nicht nur um die 750 Arbeitsplätze, die schon verkündet worden sind, sondern um mehr als doppelt so viele Menschen, denen droht, dass sie ihre Arbeit verlieren. Rund 4000 Beschäftigte zittern also um ihren Arbeitsplatz, weil Vorstände und Aufsichtsräte erhebliche Fehler gemacht haben. Das sind 4000 Menschen und 4000 Familien, die derzeit Angst haben und nicht wissen, wie ihre Zukunft aussieht, und 4000 Menschen, die heute von Ihnen, Herr von Beust, wieder keine Antwort bekommen haben.

Herr Bürgermeister und auch Herr Gedaschko, nach alledem, was Sie zusammen mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat, insbesondere Herrn Freytag, angerichtet haben bei der HSH Nordbank: Gehen Sie wenigstens anständig mit den 4000 Beschäftigten und ihren Familien um. Gehen Sie als Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran, dann sind Sie auch in den Gesprächen mit anderen Unternehmern, was Entlassungen angeht, viel überzeugender. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Schira.

Frank Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Neumann, Sie haben zwei Vokabeln gebraucht: Weitsicht und Chance. Ich fange einmal mit der zweiten Vokabel an. Sie haben eindeutig die Chance verpasst, weitsichtig als Oppositionsführer der größten Oppositionsfraktion aufzutreten. Die Chance haben Sie verpasst.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie waren in einigen Passagen an Kleinkariertheit und Provinzialität nicht zu überbieten, Herr Neumann. Aber damit müssen Sie und Ihre Fraktion klarkommen. Im Namen meiner Fraktion möchte ich dem Ersten Bürgermeister danken dafür, dass er die richtigen Worte gefunden hat und den richtigen Ton getroffen hat, einen Ton, der Nachdenklichkeit und gleichermaßen den Blick für die letzten Monate der Krise und den Ausblick für die Bewältigung der Krise in der Zukunft ausgedrückt hat. Da-

(Frank Schira)

mit hat sich der Erste Bürgermeister, Herr Neumann, ganz eindeutig stark von Ihrer parteipolitischen Rede wohltuend unterschieden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich würde es gut finden, Herr Neumann und liebe SPD, wenn wir diese Stunde nutzen, die Aussprache zur Regierungserklärung, auch grundsätzlich über das zu sprechen, was uns und die Bevölkerung seit Wochen bewegt und umtreibt, denn allein die zahlenmäßige Dimension der Finanz- und Wirtschaftskrise übersteigt bei Weitem das Vorstellungsvermögen der Bürger und vieler von uns. Es werden Rettungsschirme für Banken gespannt, die allein in Deutschland fast 500 Milliarden Euro erreichen. Andere Industrieländer schaffen Bürgerschaftsrahmen und Unterstützungsfonds für Ihre Finanzinstitute in ähnlichen Größenordnungen. Hätte vor einem Jahr jemand mit solchen Beiträgen jongliert, wäre er kaum von uns ernst genommen worden. Auch die Summen für die geplanten staatlichen Hilfen allein in Deutschland sind eigentlich ungeheuerlich. Das erste Konjunkturprogramm umfasste 31 Millionen Euro

(Dr. Andreas Dressel SPD: Milliarden!)

– Milliarden Euro, Entschuldigung –, das zweite Konjunkturpaket, über das wir heute sprechen, sogar 50 Milliarden Euro zusätzliche Ausgaben allein in den nächsten zwei Jahren. Ich denke, wir stellen uns die gleichen Fragen wie die meisten Menschen. Was können wir eigentlich gegen die Krise tun? Wie weit muss oder darf der Staat eingreifen? Und schließlich: Wer soll dies alles bezahlen? Die Erkenntnis – der Bürgermeister hat darüber gesprochen –, dass Menschen mit viel Geld von Gier und Maßlosigkeit benebelt waren, dass Verantwortung von einer absolut gesetzten Risikobereitschaft vollständig abgelöst wurde, das sich über beide Ohren Verschuldens, obwohl man eigentlich weiß, dass man diese Kredite nur zurückzahlen kann, wenn über Jahrzehnte alles glatt läuft – was läuft in einem Menschenleben über Jahrzehnte alles glatt –, diese Erkenntnis ist hoffentlich auch beim Letzten angekommen. Ich mutmaße – ich möchte mich nicht einreihen in die Reihe von Propheten –, dass, sobald die Krise ein wenig wieder weg ist, wir wissen gar nicht wann, natürlich zum menschlichen Leben auch Maßlosigkeit und Gier dazugehört. Wir müssen sie aber einschränken und wie wir das machen sollten, dazu werde ich gleich etwas sagen.

Was nur wenige Mahner und Warner, die kaum jemand ernst genommen hat, vorausgesehen haben, ist wahr geworden. Die Zeche müssen jetzt alle zahlen. Das Vertrauen in Marktgeschehen und in Unternehmen, speziell in Banken, ist bei den meisten Menschen auf ein sehr geringes Niveau gesunken. Die Angst und Kritik vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung und das damit einhergehende Gefühl fehlender Geborgenheit ist

in den Vordergrund getreten. Dies gilt für viele Menschen. Der Wunsch nach einem Rahmen, nach Begrenzung und nach Aufsicht durch den Staat ist jetzt in Deutschland wieder sehr ausgeprägt. Dies vielleicht an den linken Flügel der SPD und an DIE LINKE selbst: Das ist nicht der Wunsch der Menschen nach Sozialismus, sondern es ist der Wunsch nach Vertrauen, Stabilität und Orientierung. Die wenigsten wollen die Allmacht des Staats.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Denn gerade wir Deutschen wissen um Allmacht der Staatsmacht und die Ohnmacht, die daraus entstanden ist. Umso wichtiger finde ich es, mit Augenmaß zu agieren. Extremer Staat oder uferloser Kapitalismus sind nicht die Antworten, die wir geben müssen. Es genügt auch nicht, das sage ich selbstkritisch, als CDU-Mitglied einfach in das Leipziger Grundsatzprogramm hineinzuschauen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da steht ganz was anderes drin! – Ingo Egloff SPD: Schmeißen Sie es weg, das wäre das Beste!)

Es wird bei Ihnen nicht genügen, liebe SPDler, in das Hamburger Programm zu schauen. Es wird auch bei den Grünen nicht genügen, ins Berliner Programm zu sehen. Und Marx und Engels, liebe LINKE, haben uns in der Vergangenheit nicht weitergebracht und die werden uns in Zukunft auch nicht weiterhelfen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Revolutionär!)

Es gibt bei uns Christdemokraten, anders als bei den Sozialdemokraten, eine spannende Diskussion über die Frage, wie stark die Eingriffe des Staats in den Markt sein dürfen. Natürlich führen wir diese Diskussion, denn bei Ihnen, Herr Egloff, ergibt sich diese Diskussion gar nicht, denn Sie wollen den staatlichen Einfluss auf den Markt als Dauerzustand und das halten wir für falsch. Wir in der CDU diskutieren über das staatliche Handeln, wir wollen funktionsfähige Märkte. In einer Zeit wie dieser muss der Staat die Funktionsfähigkeit wieder herstellen und deswegen greift er ein. Aber der Staat darf nach unserer festen Überzeugung kein beherrschender Marktteilnehmer werden. Das geht daneben und führt zur wirtschaftlichen und politischen Unfreiheit.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Aber regulieren darf er!)

Das beste Beispiel ist ein Experiment 50 Kilometer östlich von Hamburg von 1945 bis 1989, das durch die Bürger in der DDR mit sehr viel Mut vor zwanzig Jahren gewaltlos abgeschafft wurde.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Michael Neumann SPD: Das sind al-

(Frank Schira)

les Reden von der Jungen Union aus den Siebzigerjahren!)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei geht. Aber ich finde, dass jetzt nach einer gewissen Abstinenz des Politischen über einige Zeit durch den Vertrauensverlust zumindest bei den Bürgern das politische Element wieder stärker in den Fokus gerückt ist. Man diskutiert in der Familie und am Arbeitsplatz wieder mehr über Parlaments- und Regierungsbeschlüsse, gerade im Zusammenhang mit Wirtschaft. Politik selbst handelt zum Beispiel über Schutzschirme oder Konjunkturprogramme. Inwiefern das tatsächlich im Einzelnen hilft, wissen wir gar nicht. Aber ich glaube zutiefst, dass es falsch wäre und ein falscher und unpolitischer Weg wäre, wenn wir nicht agieren und nicht reagieren. Notwendig sind begrenzte Eingriffe, um die Funktion der Wirtschaft wieder herzustellen. Das ist auch unsere tiefste Überzeugung: Das gelingt am besten mit der sozialen Marktwirtschaft, die auf Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl fußt. Unser Grundgesetz sagt deshalb:

"Eigentum verpflichtet."

Neben der individuellen Verantwortung eines Einzelnen ...

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist gut, dass die CDU das auch einmal erkennt!)

– Ja, Herr Dr. Dressel, ich glaube, es ist wichtig, diese Fragen jetzt zu stellen und sie auszusprechen.

Die Verantwortung des Einzelnen geht vom einfachen Arbeiter bis zum Wirtschaftsführer. Wir sind als Staat, als Parlament, als Gesetzgeber gefordert, Spielregeln, Grenzen und auch Gesetze festzulegen. Ich bin aber davon überzeugt, dass genau auf dieser Basis die soziale Marktwirtschaft die beste – ich wüsste keine andere – Wirtschaftsordnung ist und bleibt.

(Andy Grote SPD: Dass Sie nichts anderes wissen, heißt noch nichts!)

Die soziale Marktwirtschaft – die Betonung liegt, Herr Grote, auch auf sozial – ruht auf den vorgenannten Grundwerten. Sie ruht auf der Freiheit des Einzelnen und fordert trotzdem von jedem Verantwortung und sie behält das Allgemeinwohl im Blick. Sie steht auf beiden Beinen, auf Sozialem und dem Markt, auf Arbeit und Kapital, auf Privateigentum und Gemeinwohl.

Die Krise hat uns aber auch gezeigt, dass wir Spielregeln verändern müssen, vor allen Dingen in den Finanzsystemen. Aktienleerverkäufe haben ganz offensichtlich großen Schaden angerichtet und dies muss Konsequenzen haben. Alle Arten von Geldgeschäften mit Hebelwirkung müssen auf den Prüfstand, die Kriterien für Rating-Agenturen und die Bankenaufsicht müssen überprüft werden,

möglicherweise muss auch in noch ganz anderen Gesetzen deutlicher als bisher Nachhaltigkeit und Gemeinwohl verankert werden. Trotzdem bleibt die Basis die soziale Marktwirtschaft. Wenn wir eine Krise dieses Ausmaßes in Zukunft verhindern wollen – der Bürgermeister hat es angesprochen –, dann müssen wir diese Krise international bekämpfen, denn national kann man solche Krisen nicht verhindern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Zu Hamburg: Welche Ausgangslage hatten wir zu Beginn dieser Krise? Die Hamburger Wirtschaft ist breit aufgestellt, denn sie besteht aus einem gesunden Mix von Industrie, Handel und Hafen, Handwerk und Dienstleistung und vor allen Dingen einem starken Mittelstand. Der Bürgermeister hat es ebenfalls angesprochen, wir haben Gott sei Dank keine Monokulturen wie in anderen Bundesländern, Städten und Regionen, denken Sie zum Beispiel an die Autoindustrie oder an die Chemieindustrie. Und Hamburg ist eins der finanzstärksten Bundesländer in Deutschland.

Was tun wir in Hamburg? Was versuchen wir in Hamburg zu tun gegen diese Krise? Der Senat und die Koalitionsfraktionen haben gemeinsam klare Kriterien entwickelt, nach denen wir handeln wollen. Nachdem die Bundesregierung mit den Rettungsschirmen für die Banken das Funktionieren der Geldversorgung der Wirtschaft sichergestellt hat, wollen wir die Konjunktur stützen, indem wir erstens Maßnahmen ergreifen, die möglichst viele Arbeitsplätze sichern oder schaffen, zweitens besonders betroffenen Branchen beistehen, soweit dies möglich ist, drittens möglichst zusätzlich private Ausgaben im Zusammenhang mit unseren Maßnahmen anregen und viertens dabei trotzdem versuchen, mit aller Ernsthaftigkeit die Ausgaben der Stadt im Griff zu behalten. Lassen Sie mich dabei eines feststellen. Die Konjunkturprogramme des Bundes und Hamburgs sind kein Geldsegen, der jetzt gleichermaßen verteilt wird, sondern sie dienen alleine den genannten Zielen der Stützung der Konjunktur. Wir wollen kein Strohfeuer wie Konsumgutscheine. Solche Ideen helfen nicht, sie verbrennen nur Geld, das ohnehin knapp ist. Deshalb werden wir mit unserem Hamburger Programm auch nur bereits geplante Investitionen vorziehen.

Unser Maßnahmenbündel – der Bürgermeister hat es beschrieben – kann sich sehen lassen: 75 Millionen Euro als Kofinanzierung zu den 230 Millionen Euro, die Hamburg aus dem 50 Milliarden-Programm des Bundes erhält; 250 Millionen Euro stellen wir zusätzlich für vorgezogene Investitionen bereit. Zusammen sind dies über 550 Millionen Euro für unsere Stadt. Dies ist ein großes und deutliches Signal an die Menschen, an die Wirtschaft und an die gesamte Region.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Frank Schira)

Gemäß unseren Kriterien haben wir dabei folgende Schwerpunkte im Hamburger Programm gesetzt.

Erstens: Hilfe für die direkt betroffenen Unternehmen und ihre Beschäftigten mit Bürgschaften, einem Hilfsfonds zur kurzfristigen finanziellen Unterstützung und einem Innovationsfonds.

Zweitens: Hilfen für die betroffenen Arbeitnehmer über Qualifizierung und Ausbildungsmaßnahmen auch in schon sehr frühen Stadien.

Drittens: Freihändige Vergabe oder beschränkte Ausschreibung in kleinen Losen, insbesondere für unser Handwerk und unseren Mittelstand.

Viertens: Vorziehen von Investitionen; ich sprach davon.

Das Bundesprogramm erfordert, wie der Bürgermeister es ausführte, neue Maßnahmen zu zwei Dritteln im Bildungsbereich und zu einem Drittel im Infrastrukturbereich, viele Einzelmaßnahmen wurden schon genannt. Wir werden dieses Programm nutzen, um einerseits den Betroffenen in der Krise zu helfen und um zu versuchen, die Krise abzumildern. Aber wir nutzen sie auch, um uns für die Zeit nach der Krise gerade mit den Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung gut aufzustellen. Wir handeln und wir sind zuversichtlich, Hamburg durch diese schwierigen Zeiten zu führen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir befinden uns in einer der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrisen nicht nur in unserem Lande, sondern auch der ganzen Welt seit vielen Jahrzehnten. Viele Gewissheiten der Vergangenheit, die Menschen auch Orientierung gegeben haben, gelten auf einmal nicht mehr. In vergangenen Krisen hatte man es häufig, dass die Bürgerinnen und Bürger betroffen waren und Angst vor der Zukunft hatten. Dann kamen die Experten und sagten, dass das schon alles werden würde, das würde alles nicht so schlimm, man fände schon einen Weg heraus. In dieser Krise ist es zurzeit gerade anders herum. Im Lande – der Bürgermeister erwähnte es – herrscht noch unglaubliches Staunen, was passiert und es ist noch nicht so klar, wie sehr das eigene Leben betroffen ist. Aber die Experten sind es, die auf einmal sagen, es werde alles ganz schlimm werden. Prognosen über treffen sich an Horrorszenarien und auf einmal werden Patentrezepte, die in den letzten Jahrzehnten praktisch unumstößlich waren, ersatzlos im Papierkorb entsorgt und die Rolle des Staats rückt auf einmal wieder in den Mittelpunkt des Interesses.

Jetzt muss ich als Vertreter einer Partei, die immer dafür geworben hat, dass der Staat eine wichtige Rolle nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Wirtschaft spielt, sagen, dass es auch in einer Globalisierung Regeln geben muss und soziale und ökologische Leitplanken eine Debatte sind, die wir sehr begrüßen. Es ist schon viel gewonnen und es ist eine Chance in der Krise, wenn verfehlte Rezepte, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Dominanz gewonnen haben, wo immer nur gesagt wurde, wir brauchen mehr Markt, der Staat muss sich mehr zurückziehen, Hauptsache, den Privaten geht es gut, solange der Kuchen für die Reichen immer größer wird, sind die Krümel für die Armen auch größer und das wird sich alles von selber regeln, jetzt nicht nur kritisch hinterfragt werden, sondern praktisch ihre Falschheit bewiesen haben. Das ist eine gute Botschaft und bietet auch eine Chance in der Krise.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wenn es in der Vergangenheit immer nur darum ging zu sagen, wir brauchen eigentlich immer weniger Staat, dann kann man jetzt als Politiker praktisch auch schon ein wenig erschrecken, weil wir im Grunde genommen von einem Extrem fast ins andere Extrem zu rutschen drohen. Jetzt wird nach dem Staat gerufen. Der Staat scheint auf einmal alles regeln zu müssen, sollen und können. Die Frage ist: Kann Politik das eigentlich leisten? Insofern wäre es heute angesichts der Regierungserklärung des Bürgermeisters eine Sternstunde der Politik, über das Verhältnis zu reden zwischen Markt und Staat, die Verantwortung von Politik, was Politik leisten kann, was sie leisten soll und welche Rolle die Bürger spielen sollen. All das sind Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger heutzutage natürlich interessieren.

Herr Neumann, als ich Ihre Rede gehört hatte, konnte man fast den Eindruck gewinnen, dass das einzige Problem, das Hamburg zurzeit hat, dieser Senat ist und dass, wenn jemand anderes Präsident dieses Senats wäre oder ein anderer Finanzsenator wäre mitten in der größten Wirtschaftskrise, die nicht nur Hamburg, sondern die ganze Welt erlebt, Hamburg keine Probleme hätte.

(Michael Neumann SPD: Berlin zeigt, es ist möglich!)

Da haben Sie sich die Antwort auf diese Fragen, die ich eben angesprochen habe, doch entschieden zu leicht gemacht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich finde das umso erstaunlicher, da Sie doch Vertreter einer stolzen Programmpartei sind, die zum Beispiel die Frage,

(Michael Neumann SPD: Was ist denn konkret mit den Fragen in Hamburg?)

(Jens Kerstan)

die ich eben angesprochen habe, welches die Rolle des Staats ist, immer gestellt hat. Sie haben in der heutigen Debatte, in der es um milliarden-schwere und millionenschwere Ausgaben des Staats geht, im Grunde genommen inhaltlich überhaupt keine Stellungnahme abgegeben. Sie haben nicht gesagt, wo Sie die Rolle des Staats sehen, sondern letztendlich haben Sie ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Kerstan, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Böwer zu?

Jens Kerstan (fortfahrend): – Nein, das möchte ich zurzeit nicht.

(*Michael Neumann SPD*: Er weiß schon warum!)

Sie haben sich dort, wo Sie inhaltlich geredet haben, im Wesentlichen auf die Schwächen eines Konjunkturpakets bezogen. Das finde ich alleine deshalb schon schwierig, weil eines doch klar ist: Wir leben im Moment in einer Zeit, in der eine große Vertrauenskrise herrscht, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Wirtschaft. Und all die Millionen und Milliarden Euro, die die Politik jetzt ausgibt, werden vergebens sein, wenn Vertrauen nicht wieder hergestellt wird. Wenn Sie in einer solchen Situation – ich habe es so wahrgenommen – 80 Prozent Ihrer Rede nur darauf verwenden zu sagen, warum dieser Senat der falsche Senat ist und abgelöst gehört, dann gefährden Sie die gemeinsamen Aufgaben, die im Moment im Land und im Bund von allen Parteien einvernehmlich angepackt werden. Das ist wirklich ein Trauerspiel.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie sprachen von der fehlenden Weitsicht, dem angeblichen Mikrokosmos dieses Senats. Wenn Sie innerhalb dieser Krise den einzigen Auftrag, den Sie hier zu erfüllen haben, darin sehen, ob Ihnen das eine Möglichkeit verschafft, Vorteile parteipolitischer Art zu erlangen, dann haben Sie dem schlechten Image der Politik, das wir ohne Zweifel alle haben, einen weiteren Baustein hinzugefügt und das ist ein bisschen wenig.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Haben wir jetzt immer diese Soße in der Politik?)

Ich möchte zum Thema dieses Tages kommen, ob es reicht, was dieser Senat oder auch die Bundesregierung tut, um die Wirtschaftskrise abzumildern und welche Auswirkungen die Maßnahmen haben werden, die wir ergreifen. Letztendlich haben wir die Situation, dass Hamburg Begleitschutz leisten kann und muss, aber die wesentlichen Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden, denn

nur der Bund hat die finanziellen Mittel zur Verfügung, um die Krise wirksam abzufedern.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Nur in einer konzentrierten Aktion, zu der auch Hamburg seinen Teil beiträgt, kann es gelingen, diesen Fall abzumildern.

Man kann darüber streiten, ob die eine oder andere Maßnahme richtig oder falsch ist, ob sie reicht oder nicht reicht, aber eines ist wichtig und muss auch einmal festgehalten werden. Was vor Jahren als undenkbar galt, dass so etwas in einer gemeinsamen Aktion in Berlin – Große Koalition mit Oppositionsfractionen – oder auch in diesem Hause gestemmt würde, ist schon mal ein gutes Zeichen dafür, dass die Politik angesichts dieser Herausforderungen gewillt und auch in der Lage ist, energisch und schnell Maßnahmen zu ergreifen und dabei auch ideologischen Ballast abzuwerfen, der teilweise in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass solche energischen Maßnahmen nicht erfolgt sind.

(*Wolfgang Rose SPD*: Welche denn?)

Das ist ein Zeichen der Hoffnung und zeigt auch, dass Politik in diesem Lande in der Lage ist, auf schwierige Situationen angemessen zu reagieren und das sollte man an dieser Stelle auch einmal festhalten, unabhängig vom Streit der Parteien.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ohne Zweifel ist es ein positives Signal, dass nach Jahrzehnten, in denen die öffentlichen Investitionen immer weiter heruntergefahren wurden, unabhängig davon, welche Partei in Hamburg oder auch im Bund regiert hat, in dieser Krise ein Großteil dieser Millionen- und Milliardenbeträge in öffentliche Infrastruktur fließen sollen, die das Leben der Menschen in dieser Stadt verbessert, die Zukunftschancen eröffnet und letztendlich dazu führen kann, dass Hamburg und die Bürgerinnen und Bürger nach dieser Krise in vielen Bereichen besser aufgestellt sind, als sie es vorher waren. Das ist ein wichtiger Punkt, den man betonen muss bei allem Streit im Detail, der vielleicht notwendig ist, um ein besseres Programm zu erreichen.

Wo sind neben der konjunkturellen Wirkung – Herr Schira hat eben schon sehr viel über die Programme gesagt, die die Wirtschaftsleistung ankurbeln sollen – die inhaltlichen Defizite, wenn man Hunderte von Millionen Euro in die Hand nimmt, um die Zukunftschancen dieser Stadt zu verbessern? In welchen Bereichen muss man investieren? Wir haben in Hamburg eine gute oder breit gefächerte Wirtschaft, die aber durch die Bank konjunkturanfällig ist. Wir haben einen Schwerpunkt auf Hafen und auf Logistik; das sind Bereiche, die als erste von einer Konjunkturkrise betroffen sind. Aber auch der Flugzeugbau wird in der Krise stärker getroffen als andere Branchen.

(Jens Kerstan)

(Michael Neumann SPD: Wann kommt denn was zur HSH Nordbank?)

Der Bereich Medien, wo Hamburg Stärken hat, spürt auch in der Krise als erstes die Schwächen, denn ein Großteil der Medien beschäftigt sich damit, Werbung bereitzustellen oder Produkte anzubieten, die über Werbung finanziert werden. Insofern zeigt sich in dieser Krise sehr deutlich, dass Hamburg mit seiner bisherigen Wirtschaftsstruktur anfällig ist, und zwar anfälliger als andere Bundesländer. Wenn die Weltkonjunktur gut läuft, geht es Hamburg immer wesentlich besser, wenn es der Weltkonjunktur schlecht geht, geht es Hamburg schlechter. Die Frage ist, ob wir die Kraft und den Mut haben, in dieser Situation zu versuchen, dieses Defizit auszugleichen.

Wenn Sie sich die beiden Konjunkturprogramme angucken, um die es hier geht, die dieser Senat auch zu verantworten hat, einmal das Hamburger Konjunkturprogramm, wo Investitionen vorgezogen werden, aber auch die zusätzlichen Mittel des Bundes, dann werden Sie feststellen, dass dieser Senat nicht nur einen Schwerpunkt auf Bildung und Wissenschaft legt, sondern insbesondere auch den Mut findet, weitere Branchen aufzubauen, die in Zukunft dafür sorgen sollen, dass Hamburg nicht mehr so stark schwankt, wenn die Wirtschaft mal hoch und runter geht, was ohne Zweifel weitergehen wird.

(Andy Grote SPD: Welche denn?)

– Sie fragen welche, Herr Grote.

Trotz der Wirtschaftskrise und Hunderter von Millionen Euro, die wir für die Stabilisierung der Konjunktur ausgeben, werden wir zum Beispiel eine Wissenschaftsstiftung gründen mit 375 Millionen Euro, um in diesem Bereich Hamburg nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Lächerlich!)

Es entspricht wirklich dem Niveau Ihrer Rede, Herr Neumann, die Sie eben gehalten haben, wenn Sie sagen, das sei lächerlich. Es ist richtig, dass dieser Senat nicht mehr hinnehmen will, wenn es um Exzellenz der Wissenschaft und Forschung in diesem Lande geht, dass Hamburger Hochschulen dabei keine Rolle spielen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Keine Showveranstaltung!)

Darum ist es auch richtig, dass dieser Senat in diesem Bereich handelt.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Wolfgang Beuß CDU: Der hat doch keine Ahnung, der Neumann! – Gegenruf von Michael Neumann SPD: Ach, jetzt kommt der Lehrer!)

Natürlich ist es wichtig, in dieser Krise verstärkt in Bildung zu investieren, weil ohne Zweifel in unserer Stadt sowie im übrigen Deutschland die Talente der jungen Menschen das Potenzial der Zukunft sind.

(Zuruf von Michael Neumann SPD)

– Genau, wir sind auch dabei, das zu tun, Herr Neumann. Ich weiß, dass Sie lieber über Strukturen und ähnliche Dinge reden, aber wir haben in unserem normalen Haushalt einen Ausbau der Kindertagesstätten, der frühkindlichen Bildung und auch der Schulen vorgesehen. Dort wird das Geld in die Absenkung der Klassenfrequenzen investiert, in einen früheren Fachunterricht, unter anderem Fremdsprachen ab der ersten Klasse, und eine Qualifizierung der Lehrer. Wir nutzen die Bundesmittel, um diesen Weg im investiven Bereich weiterzugehen, sodass nach dieser Krise unser Bildungssystem wesentlich besser und auch ge rechter aufgestellt sein wird. Das scheint ein Thema zu sein, das die Bildungs- und Aufstiegspar tei SPD im Moment nicht so sehr interessiert, es ist aber auch eine interessante Botschaft, Herr Neumann.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Das klang gestern im Festsaal anders! Da waren die Falschen eingeladen!)

Es geht darum, in dieser Krise nicht das zu tun, was jetzt viele Lobbyverbände versuchen, nämlich Wirtschaft gegen Ökologie auszuspielen, in einer wirtschaftlichen Krise die unliebsamen Regulierungen im Umweltbereich auszuhebeln und abzuschaffen und zu sagen, jetzt sind die Arbeitsplätze wichtiger. Wenn man da auf die Bundesregierung schaut, dann erfüllt es mich schon mit Sorge, wenn es zum Beispiel um die Zukunft der Automobilindustrie Deutschlands geht.

(Ingo Egloff SPD: Jeder achte Arbeitsplatz!)

– Jeder achte Arbeitsplatz, Herr Egloff. Es wurde gesagt, dass man diese zusätzlichen Hilfen nicht mit einer ökologischen Komponente versehen könne, weil dann ausländische Autos gekauft würden und keine deutschen.

(Michael Neumann SPD: Ihr Koalitionspartner wollte das nicht! Da reden Sie mal mit dem Umweltbeauftragten Ihres Koalitionspartners!)

Auch in diesem Punkt ist es wichtig, dass die Politik Anreize setzt und in der Krise zusätzliches Geld bereitstellt, aber nicht nur, um die Automobilindustrie und die deutsche Industrie, unökologisch, wie sie jetzt ist, zu stützen, sondern Anreize zu geben. Das hat die Bundesregierung – Herr Neumann, unter anderem mit SPD-Beteiligung – auch nicht getan und darum ist es ein gutes Zeichen, dass dieser Senat die Zustimmung zum Konjunkturpro-

(Jens Kerstan)

gramm des Bundes an die Bedingungen geknüpft hat, Hilfen für die deutsche Automobilindustrie an ökologische Kriterien zu knüpfen. Auch das ist eine wichtige Investitionsaufgabe, die wir als Senat erfüllen werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben viele Probleme, auch bei der HSH Nordbank, – da haben Sie vollkommen recht, Herr Neumann –, aber man konnte bei Ihrer Rede den Eindruck gewinnen, es wäre alles in Ordnung, wenn wir die HSH-Nordbank-Probleme bereinigen würden, denn über die anderen Bereiche haben Sie überhaupt nicht geredet. Da machen Sie es sich zu einfach. Wir haben eine weltweite Bankenkrise und wenn Sie sich anschauen, welche Banken im letzten Jahr untergegangen sind, was niemand für möglich gehalten hat, dann ist es bedauerlich, dass die HSH Nordbank auch in diesen Sog geraten ist. Aber Sie machen es sich wirklich zu einfach, wenn Sie in dieser Situation einzig und allein die Frage stellen, wer Schuld hat.

(*Michael Neumann SPD*: Und, wie geht es weiter?)

– Wie es weitergeht, will ich Ihnen gerne sagen, Herr Neumann.

Die Aufgabe der Politik besteht nicht darin zu sagen, wer Schuld hat, sondern dafür zu sorgen, dass diese 2,4 Milliarden Euro Abschreibungen, die im Raum stehen, nicht noch mehr werden. Darum müssen wir uns als Politiker kümmern und dieser Senat arbeitet daran.

Es wird auch darum gehen, Verantwortlichkeiten festzustellen, aber wir müssen in erster Linie dafür sorgen, Risiken vom Haushalt und von den Steuerzahlern dieser Stadt abzuwenden und nicht nur zu sagen, Schuld an dieser Krise habe der Finanzsenator. Sie haben nicht unter Beweis gestellt, dass Sie in der Krise verantwortungsbewusst mit den Problemen dieser Stadt umgehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Deshalb hätte ich mich heute gefreut, wenn wir die Situation genutzt hätten, über das Verhältnis von Staat und Markt zu reden, ob die Schwerpunkte, die dieser Senat beim Konjunkturprogramm gesetzt hat, richtig waren oder nicht.

(*Wolfgang Rose SPD*: Fangen Sie doch mal damit an!)

Unser Programm hat Ihnen Herr Schira vorgestellt. Sie haben es vorgezogen, lieber über die HSH Nordbank zu reden

(*Ingo Egloff SPD*: Unseres schicke ich Ihnen zu!)

und nicht über die Konjunkturkrise, die wir zu bewältigen haben, was das Thema dieser Debatte ist.

Wir machen ja eine zweite Runde und ich werde gerne noch einmal ans Pult kommen

(*Ingo Egloff SPD*: Das erwarten wir auch, dass Sie das tun!)

und dann hoffentlich in eine inhaltliche Debatte einsteigen können, um den Menschen dieser Stadt zu zeigen, dass wir ihre Ängste und Nöte ernst nehmen und daran arbeiten, diese Krise zu bewältigen. Wir sind dazu bereit, Sie müssen erst beweisen, dass Sie es auch sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die Regierungserklärung des Hamburger Bürgermeisters ein umfangreiches Konjunkturprogramm zum Gegenstand hat, bei dem es auf ein paar Millionen mehr oder weniger nicht ankommt, haben wir einem System zu verdanken, das keinerlei soziale Verantwortung kennt und bei dem es keine Grenzen gab.

(Beifall bei der LINKEN – *Harald Krüger CDU*: Haben Sie nicht zugehört?)

Das Kennzeichen dieses Kapitalismus war – ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar, Herr Bürgermeister, dass Sie kritische Worte zu allen Systemen gefunden haben –, dass Managergehälter zur gleichen Zeit explodierten wie im Zuge der sogenannten Deregulierung des Arbeitsmarkts – das heißt, wir arbeiten mehr für weniger Geld und können eher entlassen werden – und der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Zahl der Menschen explosionsartig stieg, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten konnten. Diese Koinzidenz war schon beunruhigend, es hat Sie leider nicht genug beunruhigt. An den Börsen und in den Banken, in den Großunternehmen, den Versicherungsunternehmen, auf allen Finanzmärkten wurde Geld kreiert, was es gar nicht gab und das hatte auch einen Namen: virtuelles Kapital.

Wenn Sie, Herr Kerstan, mit der Wissenschaftsstiftung in die Bütt gehen, dann machen Sie das genauso weiter. Durch irgendwelche Grundbucheintragen in irgendwelche Grundstücke dieser Stadt werden Zahlungsverpflichtungen fällig. Dabei kommen 15 Millionen Euro heraus, was die Wissenschaftsstiftung bekommt. Die setzen Sie gleich 4 Prozent und dann haben Sie ein virtuelles Kapital von 375 Millionen Euro und die Überschrift in der Zeitung lautet "Wissenschaftsbehörde stellt 375 Millionen Euro zur Verfügung" und das Geld gibt es gar nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Viele haben vor dieser Krise gemahnt, sie wurden übertönt. Die Krise ist nicht über uns hereingebro-

(Dora Heyenn)

chen, aber die Blase ist schließlich geplatzt und jetzt haben alle anderen die Schuld: Hamburg ist nicht schuld, die USA sind schuld, die europäischen Banken sind schuld, alle sind schuld, aber keiner ist es eigentlich gewesen. Es handelt sich ausschließlich – das konnten wir heute gut sehen – um abstrakte Schuldzuweisungen. Es werden auch sehr abstrakte Begriffe benutzt wie Gier, Zocker; das kann man aber nicht personalisieren. Bis auf wenige Ausnahmen, wie in Hamburg Herr Berger, sind von denen, die diese Krise verursacht haben, noch alle in Amt und Würden. Nur in Ausnahmefällen hat es drastische Gehaltskürzungen gegeben, wie bei der Commerzbank, und das ist keine Lösung des Problems und auch kein Umgang mit dieser Krise.

Andererseits muss diese Krise für alles herhalten, für Kurzarbeit, für Entlassungen, für Betriebsschließungen, für Betriebsverlagerungen, übrigens auch in Hamburg. Nicht in jedem Fall ist sie aber wirklich die Ursache und schon gar nicht die alleinige Ursache. So ist auch der Hamburger Senat von seiner Vorgabe, ohne Neuverschuldung in die nächsten Jahre zu gehen, abgerückt. Dabei zeichnete sich schon vor der Krise ab, dass das gar nicht zu halten war. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen war die Haushaltslage angespannt. Wir von der LINKEN haben diese Symbolpolitik mit dem sogenannten ausgeglichenen Haushalt ohnehin für Nebelkerzen gehalten. Dieser Senat hat die Rücklagen geplündert, er hat die Vermögen mobilisiert, das heißt, er hat Immobilien verkauft und Ausgliederungen aus dem Haushalt vorgenommen. Hamburg hat mit seinen öffentlichen Unternehmen einen gewaltigen Schattenhaushalt installiert, in dem die Kredite angesiedelt sind, und zugleich ist die demokratische Kontrolle durch das Parlament enorm eingeschränkt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Mit Moral und Ethik kommen wir an diesem Punkt überhaupt nicht weiter. Man liest es überall und heute ist es auch wieder gesagt worden: Jede Krise hat auch eine Chance. Ich würde gerne wissen, worin diese Chance besteht. Gordon Brown spricht ganz offen von Reparatur und der Bürgermeister hat auch gesagt, wir machen das solange mit der Verschuldung, bis die Konjunktur wieder anspringt. Genauso hört sich das an: Es geht alles weiter wie bisher.

Was der Bürgermeister in der Regierungserklärung gesagt hat, dass die Hamburger Konjunkturoffensive Konsequenzen nach sich ziehe, können wir überhaupt nicht erkennen. Letztendlich soll nur die Zeit überbrückt werden, bis alles wieder wie bisher in den üblichen Bahnen verläuft; es wird nichts an den Finanzmärkten geändert. Das geht aus unserer Sicht nicht, denn wenn wir so weitermachen wie bisher, dann wird es nicht mehr funktionieren.

Den abstrakten Forderungen nach Regulationsmechanismen oder internationalen Abkommen, wie Sie es genannt haben, müssen konkrete Maßnahmen folgen – ich habe noch keine konkreten Maßnahmen gesehen – und vor allen Dingen müssen sie jetzt folgen.

Die soziale Marktwirtschaft – Sie haben es angesprochen, Herr Bürgermeister – war schon seit Jahren faktisch außer Kraft gesetzt und der Fetisch Markt, das haben Sie auch sehr klar gemacht, der alles regeln sollte, hat versagt; daran besteht überhaupt kein Zweifel. Wer am Wachstumsgedanken unkritisch festhält – Sie haben kritische Worte dazu gesagt, Herr Bürgermeister –, der hat nichts dazu gelernt.

Auf der Pressekonferenz und auch von Ihnen, Herr Bürgermeister, habe ich gehört, dass es zu einem qualitativen statt einem quantitativen Wachstum kommen soll. Dieser Begriff ist mir entschieden zu blutleer, denn ich kann nicht nachvollziehen, was Sie darunter verstehen. Ich vermisse ausdrücklich die soziale Komponente dabei, nämlich dass am wirtschaftlichen Zuwachs die Menschen möglichst gleichmäßig partizipieren.

Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und für Ökologie. Sie sagen, Hamburg soll international Maßstäbe als eine wachsende Metropole der Talente, der Nachhaltigkeit und der Verantwortungsbereitschaft setzen. Wenn ich nur wüsste, was Sie damit meinen. Die Presseverlautbarungen des Senats haben immer darauf hingewiesen, dass Hamburg im internationalen Vergleich gut aufgestellt ist; das haben Sie auch heute wieder gesagt.

Spitze ist Hamburg allerdings, was den Anteil der Millionäre anbetrifft. Gleichzeitig hat Hamburg einen ganz traurigen Rekord, was die Anzahl der Kinder anbetrifft, die unter der Armutsgrenze leben. Immer mehr Menschen leben von ALG II, viele Arbeitnehmer sind sogenannte Aufstocker und die "Tafeln" kommen nicht mehr nach, um diejenigen, die sich nicht mehr täglich ein warmes Essen leisten können, zu versorgen. Wo bleibt eigentlich die Verantwortung für diese Menschen? Die kann ich nicht sehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Michael Neumann und Karl Schwinke, beide SPD)

Wann endlich stellt sich dieser Senat den Problemen der sozialen Spaltung?

Die LINKE fordert, schon seitdem wir in der Bürgerschaft sind,

(Jörn Frommann CDU: Das ist ja noch nicht so lange!)

Steuergerechtigkeit. Das ist ein Wort, was Sie offensichtlich nicht so gerne mögen. In der Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2008 kommen Sie zu dem Schluss, dass eine personelle Aufstockung

(Dora Heyenn)

der Stellen für Betriebsprüfer und Betriebsprüferinnen und Steuerfahnder und Steuerfahnderinnen in Hamburg nicht nötig sei. Das ist angesichts der vorliegenden Zahlen absolut skandalös. Sie schützen ganz offensichtlich die Einkommensmillionäre.

Wir von der LINKEN gehen noch einen Schritt weiter. Wir fordern sogar eine Sonderabgabe von 5 Prozent auf Privatvermögen von mehr als 1 Million Euro.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wir haben uns nie grundsätzlich gegen Neuverschuldung ausgesprochen, lehnen es aber ab, nur die Ausgabenseite des Staates zu betrachten. Wir begrüßen, dass bei den geringeren Einkommen die Bemessungsgrenzen heruntergesetzt werden, aber wir halten die Forderungen nach Steuersenkungen, die jetzt aus der Industrie, den Wirtschaftsinstitutionen, den Kammern, der CSU und der FDP kommen, für unverantwortlich. Nicht nur, dass uns die Steuersenkungen aus der Vergangenheit heute noch schwer zu schaffen machen, wie zum Beispiel die Erbschaftsteuer, die dazu beiträgt, dass wir jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag als Minderausgabe im Haushalt haben, sondern auch die Unternehmensteuer und die Vermögensteuer schlagen zu Buche. Diese Mittel fehlen der öffentlichen Hand und sind auch ein Schlag gegen die Steuergerechtigkeit.

Ab 2020 soll nun eine Schuldengrenze eingeführt werden; das ist ein schlechter Witz. Neulich wurde das im Radio einmal auf die Situation einer Familie übertragen. Eine Familie hat zu viele Schulden und weiß nicht mehr, wie sie weiterkommen soll. Dann berät sie und beschließt, dass alles so weitergeht wie bisher. Sie nehmen noch ein paar mehr Schulden auf und die Kinder übernehmen ab 2020 die Schulden; so kann das wirklich nicht gehen.

(Beifall bei der LINKEN – *Harald Krüger CDU*: Ein durchdachtes Konzept!)

Der Nobelpreisträger Robert Solow hat in der "Frankfurter Rundschau" erklärt, Steuersenkungen könnten zu einer Belebung der Konjunktur beitragen, sofern sie hauptsächlich Haushalten zugute kämen, die von Liquiditätsbeschränkungen betroffen sind. Deshalb begrüßen wir auch die Steuersenkungen im Zuge der Einstufung. Aber genau an dieser Stelle setzt auch unsere Kritik an dem Konjunkturprogramm des Senats an. Das vorgestellte Programm greift unserer Meinung nach zu kurz, es ist zu einseitig und verstärkt die soziale Schieflage in dieser Stadt. Der Senat hat immer zugestanden, dass es bei Schulen einen Sanierungsstau von rund 4 Milliarden Euro gibt; es werden jetzt aber nur 97 Millionen Euro eingesetzt. Die konjunkturellen Impulse gehen hauptsächlich an Handwerk und Gewerbe. Wir finden es gut, dass viele kleine Handwerksbetriebe, auch im Baugewerbe, jetzt

Aufträge bekommen, aber das allein kann es nicht sein; alle anderen bleiben nämlich außen vor.

Um zu verhindern, dass die Menschen, die nicht schuld an dieser Finanzkrise sind, nun auch noch besonders darunter leiden müssen, sind umfassende arbeitspolitische Maßnahmen notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen zwar, dass die freien Stellen im öffentlichen Dienst wieder besetzt werden sollen, aber das reicht nicht, eine Aufstockung ist erforderlich.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das glaube ich!)

Genauso ist es mit der Bildung. Sonst kommt es auf Millionen und Milliarden nicht an, um es einmal deutlich zu sagen.

(*Harald Krüger CDU*: Soviel zum Stichwort Wirtschaftskompetenz!)

Es klingt natürlich gut, wenn man sagt, wir investieren in Bildung. Hier werden aber nur die von der CDU über Jahre selbst verursachten Missstände viel zu spät angegangen. Erst die Schulen verfallen lassen und dann die notwendigen Maßnahmen als Konjunkturoffensive zu verkaufen, ist schlicht unseriös.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Wer hat denn 40 Jahre die Stadt regiert?)

Das sind keine vorgezogenen Investitionen, das sind verspätete Investitionen.

Außerdem beschränken sich die für die Bildung vorgesehenen Maßnahmen vor allem auf bauliche Maßnahmen, auf Investitionen in Beton. Es werden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden. So stehen zum Beispiel hinter dem Betreuungsprogramm Schule und Kita – da denke ich an Betreuung, an Menschen aus Fleisch und Blut, die Kinder in der Kita betreuen – nichts anderes als bauliche Maßnahmen, die die Voraussetzungen für die Primarschulen herstellen sollen. Das ist wieder nur eine Investition in Bau und nicht in Menschen.

Die LINKE fordert hingegen 840 neue Lehrerstellen für 2009 und 2010. Ich weiß, dass Sie dafür nie Geld haben, sonst aber Millionen und Milliarden ausgeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Während die Arbeitslosigkeit auch in Hamburg in den nächsten Monaten deutlich zunehmen wird – der Bürgermeister hat darauf hingewiesen –, bleibt der Senat bei wenigen Mitteln für Ausbildungsförderung in Qualifizierungskursen begleitend zur Kurzarbeit. Ich finde das wirklich einfallslos. Wie will man mit 3,5 Millionen Euro für Arbeitsmarktpolitik den drohenden Anstieg auf bis zu 100 000 Arbeitslose gegen Jahresende bekämpfen?

(Dora Heyenn)

Die LINKE erneuert ihre Forderung nach einer Rückkehr zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir fordern die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und wir wollen eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes. Wer die Krise bekämpfen und den Menschen Zuversicht geben will, der muss entschieden handeln. Um mich nicht falsch zu verstehen: Es gibt eine ganze Menge Ansätze, die wir durchaus unterstützen. Wir finden es zum Beispiel sehr gut, dass im baulichen Bereich investiert wird, dass kleine Handwerksbetriebe Aufträge bekommen, dass es eine energetische Nachrüstung im Altbau gibt. Das finden wir alles wunderbar, aber es reicht bei Weitem nicht aus.

Wirtschaftssenator Gedaschko hat selbst in einer Zeitung gesagt, als er das Hamburger Konjunkturprogramm vorgestellt hat, wichtigstes Ziel der Landespolitik sei die Abmilderung des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit um 20 000 Menschen.

(Harald Krüger CDU: Ein guter Mann!)

Wir glauben, dass Sie mit diesem Programm das Ziel, das Herr Gedaschko sich gestellt hat, glatt verfehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, wenn Sie uns Ihre Wissenschaftsstiftung als Ausweg aus der Krise darlegen, dann können Sie nicht erwarten, dass wir das ernst nehmen. Das besprechen wir am besten, wenn Ihre Drucksache der Bürgerschaft vorliegt und wir erfahren, dass Sie 375 Millionen Euro neue Schulden in obskuren Grundbucheinträgen verstecken wollen. Das ist nicht das heutige Thema, das sind Ihre schwarz-grünen Obskuritäten und Kuriositäten. Darüber wollen wir heute nicht sprechen, sondern die Regierungserklärung des Bürgermeisters ist das Thema.

Der hat heute die Lage beschrieben, in der sich Hamburg vor der beginnenden Konjunkturkrise befindet, und er hat zu Recht die Lage Hamburgs mit der Haushaltslage des Senats in Verbindung gebracht. Dabei hat er allerdings das gleiche Ablenkungsmanöver, die gleiche Täuschung zur Haushaltslage vorgenommen, die wir von seinem Finanzsenator kennen. Er hat darauf verwiesen, dass der Senat in den letzten zwei Jahren keine offiziellen Schulden gemacht habe, aber er hat kein Wort zu den unsoliden Haushaltstricks gesagt, die der Senat vorgenommen hat und die sich zu einem Defizit von 1,4 Milliarden Euro im kommenden Doppelhaushalt summieren, ohne dass sich die Finanzmarktkrise überhaupt ausgewirkt hat.

Lesen Sie noch einmal das Protokoll der Bürgerschaft vom 7. Mai 2008. Da haben wir gesagt, dass Sie mit Ihrer Haushaltspolitik auf einer großen konjunkturellen Welle reiten und dass, wenn diese konjunkturelle Welle abbricht, Ihr Finanzsenator mit seiner Rhetorik hart aufs Pflaster schlagen wird. Und dazu kommt es nun. Man muss noch nicht einmal Wirtschaftsexperte oder Prophet gewesen sein, um das vorherzusagen.

(Beifall bei der SPD)

Es nützt jetzt aber nichts, sich bei der CDU über die Finanzpolitik der Vergangenheit zu beschweren. Wenn man nicht aufpasst und die Dinge beim Namen nennt, wirft einem der Bürgermeister plötzlich auch noch Häme vor. Wir brauchen jetzt einen Weg, wie wir gemeinsam am besten aus der Krise kommen. Dafür gibt es kein Patentrezept, aber es gibt ein paar wichtige Grundsätze und einer ist, dass wir die Ausgangslage zutreffend beschreiben und die Handlungsmöglichkeiten nicht schönreden. Zu dieser Lage gehört die Erkenntnis, dass dieser Senat uns ohne jede finanzielle Reserve in die Krise führt. Es sind zwei Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben.

Erstens: Der Senat kämpft mit den Folgen seiner unsoliden Haushaltspolitik in den wirtschaftlich guten Jahren; Herr Neumann hat es dargestellt. Sie haben ertragreiche Vermögen verkauft, Fehlinvestitionen wie die U 4 vorgenommen, teure Großprojekte wie die Elbphilharmonie schlecht gemanagt und schließlich eine riskante Geschäftspolitik der HSH Nordbank gefördert und Renditeforderungen von 17 bis 20 Prozent gestellt. Dies wird alles zu einem Vermögensverlust in Milliardenhöhe führen. Während nahezu alle anderen Bundesländer die wirtschaftlich guten Jahre genutzt haben, um ihr Defizit zu verringern, hat Hamburg genau in diesen Jahren das Defizit vergrößert. Deshalb haben wir jetzt keine finanziellen Reserven mehr für ein eigenes, zusätzliches, regionales Konjunkturprogramm. Deshalb erschöpft sich das Senatshandeln darin, bereits geplante Investitionen vorzuziehen. Das ist sinnvoll, aber es ist eben kein zusätzliches Konjunkturprogramm. Sie können noch nicht einmal Ihren 25-Prozent-Anteil am Bundesprogramm ohne neue Schulden finanzieren.

Zweitens: Die Senatsmitglieder verkünden derzeit stolz und mit großem Presseaufwand, wie sie das zusätzliche Geld des Bundes ausgeben wollen. Herr Bürgermeister, ich sage Ihnen eines. Ihre Senatoren werden mit ein bisschen Pech noch nicht einmal in der Lage sein, das Geld überhaupt kurzfristig und wirksam in kleinteiligen Vergaben zur Förderung der mittelständischen regionalen Wirtschaft einzusetzen. Schon daran werden Ihre Behörden vermutlich scheitern, weil sie die Planungs-, Vergabe- und Baubetreauungskapazitäten gar nicht haben. Das sind die beiden Probleme, die wir aktuell lösen müssen. Sie haben keine Mittel für

(Dr. Peter Tschentscher)

ein eigenes Konjunkturprogramm und Sie sind nicht in der Lage, Ihre vorgezogenen Investitionen und die zusätzlichen Mittel des Bundes kurzfristig sinnvoll einzusetzen. Deshalb brauchen Sie Hilfe. Sie sollten sich nicht zur Senatsklausur nach Lüneburg zurückziehen, um über einen neuen Slogan zu beraten und zu besprechen, wie Sie das Geld des Bundes für eine Politikshow einsetzen. Sie brauchen Hilfe. Sie brauchen die Hilfe der Bezirke, der öffentlichen Unternehmen,

(Wolfgang Beuß CDU: Und der SPD!)

möglicherweise auch Dritter, die in der Lage sind, vorgeplante, dem Gemeinwohl dienende Investitionen kurzfristig umzusetzen, vielleicht auch durch Anreize und Zuschüsse an Dritte, die dann private Investitionen auslösen. Wenn ich die Liste sehe, die Sie in Lüneburg beraten haben, dann sind da einige richtige Punkte. Es sind aber auch viele Punkte dabei, die unter die Kategorie fallen, wie der Rechnungshof es nennt – gar nicht wahr, der Bund der Steuerzahler nennt es so –:

(Jens Kerstan GAL: Das ist ein Unterschied!)

"Abarbeitung schwarz-grüner Wunschzettel." Über diese Punkte sollten Sie mit der Opposition, mit den Verbänden und mit den Gewerkschaften reden. Lassen Sie sich helfen bei diesen Problemen, die Ihnen derzeit an allen Fronten über den Kopf wachsen.

Herr Kerstan, Sie haben uns als Opposition angesprochen und gesagt, wir seien die SPD-Programmpartei, und das ist richtig.

(Frank Schira CDU: Waren!)

Wir haben im Oktober 2007 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. In einem ersten Kapitel "Die Zeit, in der wir leben" haben wir etwas gesagt, was hochaktuell ist. Wir haben gesagt, wir brauchen

"... eine soziale Antwort auf den globalen Kapitalismus ...".

Und wir haben gesagt:

"Der globale Kapitalismus häuft große Mengen an Kapital an, die aber nicht zwangsläufig neuen Wohlstand erzeugen. Entfesselte Finanzmärkte bringen Spekulation und Erwartungen hervor, die einer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Wirtschaftsweise entgegenstehen. Wo das einzige Ziel die schnelle und hohe Rendite ist, werden allzu oft Arbeitsplätze vernichtet und Innovationen verhindert. Kapital muss der Wertschöpfung und dem Wohlstand dienen."

Das ist die Programmpartei SPD zu Beginn des 20. Jahrhunderts in dieser Finanzmarktkrise.

(Beifall bei der SPD – Frank Schira CDU: Warum hat Ihr Fraktionsvorsitzender das eigentlich nicht gesagt? – Zuruf von Jens Kerstan GAL)

Zum Vergleich, Herr Schira, darf ich jetzt aus Ihrem Grundsatzprogramm zitieren. Das ist Ihr Koalitionspartner hier in Hamburg, Herr Kerstan, hören Sie sich dieses Zitat aus dem Grundsatzprogramm der CDU an, beschlossen auf dem 21. Parteitag im Dezember 2007, die Finanzmarktkrise hatte begonnen. Grundsatz 158:

"Der globale Finanzmarkt trägt zur Erhöhung des Wohlstands in der Welt bei ... Offene Märkte und freie Wettbewerber sichern Attraktivität und Liquidität des deutschen Kapitalmarktes. Fonds auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, wie die Private-Equity-Fonds, können auch in Deutschland dazu beitragen, Unternehmen wettbewerbs- und innovationsfähiger zu machen."

(Frank Schira CDU: Das haben wir doch gesagt!)

Herr Schira, das sind Sätze zum internationalen Finanzmarkt, die Sie schleunigst aus Ihrem Grundsatzprogramm streichen sollten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Frank Schira CDU: Wir diskutieren das doch!)

Denn solche Sätze, Herr von Beust – der Parteivorsitzende, Herr Freytag, ist schon weg –, sind Gift für eine soziale Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik. Sie sind Gift in den Köpfen der Politiker, Manager und Banker, die uns in diese Krise hineingeritten haben, für die wir alle,

(Wolfgang Beuß CDU: Haben Sie eigentlich nicht zugehört?)

die Menschen in Hamburg, die Zeche zahlen müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war sicherlich nur ein Versprecher, Herr Tschentscher, dass Sie sich auf das SPD-Parteiprogramm von zu Beginn des 20. Jahrhunderts bezogen haben,

(Zurufe: Oh, oh!)

obwohl es einem manchmal doch so vorkommt.

Die Kritik, die Sie am Schluss vorgetragen haben, hätte ein Anstoß sein können. Aber offensichtlich haben Sie dem Bürgermeister nicht zugehört, denn er hat genau an diesem Punkt die entscheidenden Worte gesagt.

(Rüdiger Kruse)

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Das hat Herr Schira alles wieder relativiert in seiner Rede!)

Vielleicht können Sie nicht damit umgehen, dass wir einen ebenso tatkräftigen wie auch nachdenklichen Bürgermeister haben. Das mag nicht das Übliche sein, aber es ist eine sehr gute Konstellation für diese Stadt in dieser Zeit. Es passt zu Hamburg und darum geht es. Es geht nicht darum, ob eine Partei gut dasteht, sondern es geht darum, ob die Stadt gut dasteht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

In Zeiten wie diesen kann man – wir hatten den Namen Schmidt heute schon häufiger – sagen: Es gab einmal den Begriff "Guter Mann in der falschen Partei". Das dürfen Sie gerne bei unserem Bürgermeister sagen. Aber Sie dürfen sich dann auch mit uns freuen, dass er in dieser Stunde dort ist, wo er ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Tschentscher, Sie analysieren Dinge und sagen dann: mit ein bisschen Pech.

(*Michael Neumann SPD*: Kruse steht allein im Wald!)

– Besser als Sie allein im Sumpf.

(Lachen bei *Wolfgang Beuß CDU*)

Ein bisschen Pech, das ist der Blickwinkel, den Sie und auch Ihr Kollege Neumann auf den Senat haben. Das ist das, was Sie wünschen. Es ist die Frage, ob es ein guter Wunsch ist in dieser Zeit, dass der Senat ein bisschen Pech haben möge, damit er mit seiner Politik scheitert. Was Sie uns wünschen müssen, ist, dass wir Fortune haben, weil es um die Stadt geht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das haben aber nur Fleißige!)

– Sie haben recht, Herr Neumann, Glück ist nur mit den Tüchtigen. Das ist ein schweres Problem für Sie.

(*Ingo Egloff SPD*: Das Glück ist mit den Doofen!)

Herr Neumann, wenn ich mir den Aufbau Ihrer Reden anschau, dann fällt mir ein schönes Beispiel meines Vaters ein. Er sagte: Es ist immer schön, wenn man ein Thema hat, es ist nur ein bisschen wenig. Das machte er daran fest, dass er einen jungen Mann kannte, der Zoologie studierte und dessen Lieblingsthema der Regenwurm war. Über den Regenwurm wusste er alles. In der mündlichen Prüfung hatte er das Pech, dass der Professor etwas über einen Elefanten hören wollte, und er konnte nur sagen: Der Elefant ist ein großes Tier, lebt auf der Erde und hat einen langen regen-

wurmförmigen Rüssel. Der Regenwurm lebt unter der Erde.

Was Sie machen, mündet immer darin, den Rücktritt von Herrn Freytag zu fordern, den gesamten Senat zum Rücktritt aufzufordern, und Sie haben eigentlich zurzeit auch gar kein anderes Thema als die HSH Nordbank. Das ist zwar ein sehr wichtiges Thema, nur steht gerade das Konjunkturprogramm an. Schauen Sie doch einmal auf Ihren Sprechzettel. Bekommen Sie keinen, werden Sie nicht unterstützt? Informiert man Sie nicht, wenn Sie vielleicht ein bisschen zu spät in die Sitzung kommen und nicht genau sehen, was gerade dran ist? Es ist das Konjunkturprogramm. Wenn Sie nächste Woche in den Haushaltsausschuss kommen, reden wir dort über die HSH Nordbank; Sie sind herzlich willkommen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dort einmal hereinschauen würden.

(*Ingo Egloff SPD*: Sagen Sie doch mal etwas Inhaltliches, Herr Kruse!)

– Sehr gerne, ich weiß, dass Sie das bei den Beiträgen Ihrer Fraktion vermisst haben.

Wen ich einmal loben möchte, ist Frau Heyenn. Frau Heyenn hat immerhin andere Vorschläge gemacht, Herr Egloff. Sie als Wirtschaftsexperte haben gar nichts gesagt. Das ist ein Konjunkturprogramm, aber Sie haben nichts gesagt. Frau Heyenn hat immerhin gesagt, sie wolle mehr; das ist doch eine Aussage. Darüber könnte man auch diskutieren. Zu Recht hat Herr Kerstan angemahnt, dass Sie das nicht tun und hier nicht über unser Programm diskutieren, sondern nur allgemeine Anwürfe machen.

Richtig ist, dass wir dieses Programm nutzen. Sie haben gesagt, wir würden eine schwarz-grüne Wunschliste abarbeiten. Ganz oben auf der schwarz-grünen Wunschliste steht: Mehr Bildung für alle. Das arbeiten wir auch in diesem Zusammenhang ab. Wenn Sie das falsch finden, dann müssen Sie das sagen. Auch da gibt es einen Spruch und das haben die Generationen vor uns auch aus Not gelernt: Was man im Kopf hat, kann man einem nicht wegnehmen. Deswegen ist Bildung gerade in der Krise ein sehr hohes Gut. Das heißt, wenn wir heute in Bildung noch mehr investieren, wissen wir, dass wir alle Menschen in dieser Stadt fitter machen für die Zukunft.

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

Jetzt kritisieren Sie, wir würden in Schulgebäude investieren.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das wurde abgesenkt, Herr Kruse!)

Es geht darum, ein Konjunkturprogramm zu machen, und wir verbinden dieses Konjunkturprogramm auch mit bildungspolitischen Inhalten. Dazu gehört natürlich auch, dass man Schulen wieder zu besseren Orten macht, indem man dort konzen-

(Rüdiger Kruse)

trierter und besser arbeiten und lernen kann. Für mich spricht überhaupt nichts dagegen, Schulen energetisch zu sanieren. Für mich spricht überhaupt nichts dagegen, Schulen zu einem freundlicheren Ort zu machen. Ich bin zum Beispiel auch durch das sozialdemokratische Schulsystem gegangen, insofern kann es nicht ganz so schlecht gewesen sein.

(Michael Neumann SPD: Spätestens das macht deutlich, dass wir viele Fehler gemacht haben, wenn ich Sie reden höre!)

– Wenn Sie das als Fehler sehen.

Aber auch ich hätte mir gewünscht, dass die Schulen – die sind ja in einer Gesellschaft, die einmal bildungsorientierter war, als Bildungstempel gebaut worden – danach nicht jahrzehntelang vernachlässigt worden wären. Wir nutzen dieses Konjunkturprogramm, um auch hier anzusetzen und bessere Arbeitsbedingungen für unsere Kinder zu schaffen.

Vielleicht ist ein Grund, warum wir in diese Krise geschlittert sind, das, was der Bürgermeister auch angedeutet hat, dass es uns nämlich 50, 60 Jahre lang eigentlich immer sehr gut gegangen ist. Die Generation, Herr Neumann, vor Ihnen konnte nicht nur zuhören, sondern sie hat natürlich auch ganz andere Lebenserfahrungen gemacht. Wenn wir heute Mittag Hannelore Schmidt ausgezeichnet haben, dann ist das ein Lebensweg mit so vielen massiven Einbrüchen, wie wir ihn Gott sei Dank nicht erleben mussten. Aber diese Menschen hatten natürlich auch eine ganz andere Einschätzung und ein ganz anderes Gefühl für Krise und für Dinge, die richtig sind, und für Dinge, die gefährlich sind. Wenn 40, 50 Jahre lang alles sehr glatt läuft, dann ist es normal, dass vielleicht gewisse Kreise übermütig werden und das Ganze überziehen und wir es alle nicht rechtzeitig gesehen haben. Das ist der Punkt, an dem wir jetzt sehen müssen, wie wir gemeinschaftlich aus dieser Krise wieder heraussteuern.

Wenn der Bürgermeister und mit ihm die Koalitionsfraktionen sagen, dass Hamburg eine gute Chance habe herauszukommen, dann ist das doch auch begründet. Ich will einmal darauf eingehen, was wir in der Vergangenheit vorgefunden haben. Natürlich war diese Stadt immer sehr stark exportorientiert und dementsprechend wächst und fällt sie auch mit der globalen Wirtschaft. Aber wir haben gleichzeitig, nicht, weil wir gewusst haben, dass diese Krise kommen würde, differenziert und Neues aufgebaut.

Zum Beispiel ein Sektor, der von dieser Krise nicht betroffen ist, ist die Gesundheitswirtschaft. Das ist für Hamburg ein Feld, das wir früher nicht hatten und wo es früher auch so war, dass man, wenn man ernsthaft krank wurde, versucht hat, mit letzter Kraft in eine andere Stadt zu kommen. Das ist

heute vorbei. Heute sind wir auch weltweit ein interessanter Anbieter in der Gesundheitswirtschaft. Das heißt, diese Investition hat sich mit Sicherheit gelohnt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Natürlich ist es völlig falsch, wenn man so wie Sie, Herr Neumann, versucht darzustellen, dass die ganze Krise dieser Welt nur durch diesen Senat hervorgerufen wurde und die Beseitigung dieses Senats die Krise beenden würde. Was ich allerdings auch ganz klar sagen muss: Wir werden alleine diese Krise nicht stoppen und wenn nicht alle ihren Teil dazu beitragen, dann wird das nicht gelingen. Die Voraussetzung dafür ist, dass auch wir unseren Teil dazu beitragen und dies auch mit einer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen tun. Das ist genau das, was wir heute tun. Wir legen ein Konjunkturprogramm mit Weitsicht vor. Dieses Programm ist geeignet, unseren Beitrag am Gesamtbeitrag in Deutschland zu leisten. Es wäre schön, wenn Sie uns darin unterstützen würden. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Kerstan.

(Michael Neumann SPD: Der will noch Mitglied bei der CDU werden!)

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es mag Sie irritieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass wir jetzt, wenn es um die Konjunkturkrise und die Maßnahmen geht, die wir dort ergreifen, mehr darüber reden, welche Maßnahmen wir ergreifen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, um die Zukunftschancen der Stadt zu verbessern, und nicht so sehr darüber reden, welche Partei man in der politischen Auseinandersetzung voranbringen kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann können Sie dem Konjunkturpaket ja zustimmen!)

Ich merke, dass Sie das irritiert, aber vielleicht kommen wir zu unserem Leitbild, das auch aussagen soll, was für eine Stadt wir uns eigentlich wünschen, und zwar nicht nur eine Stadt für die SPD- oder für die Grünen- und CDU-Wähler.

Sie haben etwas despektierlich über dieses Leitbild "Wachsen mit Weitsicht" gesprochen. Wenn man das einmal auf diese Krise bezieht, die wir jetzt gehabt haben, die eindeutig im Finanzsektor ihren Ursprung hatte – einem Finanzsystem, in dem Renditen von 25 Prozent der Maßstab aller Dinge waren –, dann muss man eines sagen: Wenn jemand sagt, alle Anlagen in dieser Gesellschaft, in der Wirtschaft oder im Finanzsystem müssen

(Jens Kerstan)

25 Prozent erbringen, ist das mit Sicherheit kein Wachstum mit Weitsicht. Wenn man ein solches Leitbild zugrunde gelegt hätte, dann wäre ein solches Handeln gar nicht mehr möglich gewesen.

Auch wenn man sagt "Wachsen mit Weitsicht", dann kommt man ganz schnell zu dem Thema, dass es nicht nur um ökonomisches Wachstum geht. Was soll denn wachsen in dieser Stadt? Gerechtigkeit, Wissen, Chancen für Menschen, Lebensqualität – das ist alles in diesem Leitbild enthalten. Es ist auch eine wichtige Botschaft aus dieser Krise, die wir erleben, dass es nicht nur um ökonomisches Wachstum geht, nicht nur um den schnellen Euro und nicht nur um die größte Rendite. Auch wenn es im Moment einfach ist, auf die Banker einzuprügeln, die viel falsch gemacht haben, muss man auch feststellen, dass auch viele Bürgerinnen und Bürger diesem Wahn verfallen sind und bei ihren privaten Anlagen hohe Renditen haben wollten und sich dann auch haben falsch beraten lassen.

Wenn diese Krise dazu führt, das, was man in der Vergangenheit getan und gedacht hat, kritisch zu hinterfragen, dann wäre viel gewonnen. Es hilft wenig, aus Leitbildern oder Grundsatzprogrammen von vor ein paar Jahren zu zitieren, sondern man sollte schlichtweg sagen, welche Konsequenzen man jetzt zieht. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Nach der Rede des Bürgermeisters und auch dem neuen gemeinsam verabschiedeten Leitbild "Wachsen mit Weitsicht" finde ich es ein bisschen unlauter, aus irgendwelchen CDU-Grundsatzprogrammen von vor ein paar Jahren zu zitieren,

(*Michael Neumann SPD*: Warum müssen Sie eigentlich immer die CDU verteidigen? – *Ingo Egloff SPD*: 14 Monate ist das her!)

weil dieser Senat jetzt schon eine Linie eingeschlagen hat, die das nicht mehr so, wie es dort steht, unterstützt. Ich hätte mir im Grunde genommen bei Ihnen auch gewünscht,

(*Ingo Egloff SPD*: Es geht nur darum, darüber einmal nachzudenken, wer uns diesen Scheiß-Neoliberalismus eingebrockt hat!)

dass Sie einmal Ihre Oppositionsstrategie der letzten Monate und Jahre überprüfen und sagen, welche Konsequenzen Sie jetzt aus der Krise ziehen, um diese Stadt voranzubringen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Westerwelle, Merz und wie sie alle heißen!)

Eines will ich Ihnen auch ganz ehrlich sagen. Die HSH Nordbank ist ein wichtiges Thema, Sie sprechen sie wieder an. Auch dort wird man den Maßstab "Wachsen mit Weitsicht" anlegen müssen und natürlich werden für eine öffentlich-rechtlich beein-

flusste Bank andere Maßstäbe gelten als für die Ackermänner dieser Stadt, die diese Welt an den Rand des Abgrunds gefahren haben. Aber auch das ist die Absicht dieses Senats und ich weiß nicht, warum Sie an diesen Punkten Ihre Kritik ansetzen. Treten Sie doch einfach ein in den Wettstreit der Ideen, kommen Sie selber einmal mit Vorschlägen und sagen, wo wir zu kurz greifen.

Wir werden eine der nächsten Debatten zum sozialen Wohnungsbau haben. Das haben Sie in dieser Debatte gar nicht angesprochen. Warum bringen Sie eigentlich keine Alternativen, um im Streit von unterschiedlichen Positionen ein besseres Konzept zu erreichen?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist manchmal ein bisschen anstrengend, wir erleben das in unserer Koalition auch. Wir kommen von sehr unterschiedlichen Ansätzen und müssen dann inhaltlich ringen.

(*Michael Neumann SPD*: Merkt man gar nicht mehr!)

Wie ich finde, kommen dann manchmal auch Maßnahmen heraus, die sehr sinnvoll sind.

(Glocke)

Warum nutzen Sie diese Chance nicht? Das habe ich an dem heutigen Tag immer noch nicht begriffen.

(Beifall bei *Frank Schira CDU*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Kerstan, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer zu?

Jens Kerstan (fortfahrend): – Gerne.

Zwischenfrage von Thomas Böwer SPD: Herr Kerstan, würden Sie uns im Zusammenhang mit der HSH Nordbank die Zahlen heute im Plenum nennen, die Ihnen bekannt gegeben worden sind bezüglich einer Kapitalaufstockung und dem zu erwartenden Stellenabbau?

Jens Kerstan (fortfahrend): Herr Böwer, das würde ich gerne tun, wenn ich diese Zahlen hätte. Der Zeitplan sieht vor, dass das auf einer Sitzung an diesem Freitag passieren soll. Die genauen Zahlen, die Eckpunkte aus dem KPMG-Gutachten, werden uns am Freitag zur Kenntnis gegeben. An diesem Dienstag haben wir diese Zahlen noch nicht vorliegen gehabt und konnten deshalb auch noch nicht darüber reden.

(*Michael Neumann SPD*: Freitag ist eine Haushaltsausschusssitzung, oder was?)

– Nein, Freitag ist keine Sitzung des Haushaltsausschusses, sondern es wird eine gemeinsame Sit-

(Jens Kerstan)

zung der öffentlichen Anteilseigner Hamburg und Schleswig-Holstein geben, auf der sie sich gemeinsam über die Zukunft ihrer gemeinsamen Bank beraten. Ich hoffe, dass dann diese Zahlen vorliegen und dann werden wir darüber beraten. Deshalb finde ich es auch so verquer, dass Sie diese Debatte ganz gerne in eine HSH-Nordbank-Debatte umfunktionieren wollen, denn eines ist doch klar. Selbst wenn wir die Risiken bei der HSH Nordbank jetzt nicht hätten, hätten wir in der Wirtschaftspolitik und im Finanzmarkt immer noch ein Problem, das dieser Senat und auch diese Stadt bewältigen müssen. Wir haben Pakete vorgelegt und ich hoffe, dass wir mit Ihnen noch inhaltlich eine Debatte darüber führen können, wo wir diese Stadt hinbringen wollen und ob diese Maßnahmen, die wir vorschlagen, wichtige Schritte auf diesem Weg sind. Sie haben auch in der zweiten Runde diese Chance nicht genutzt, aber vielleicht kommt es noch dazu. Es würde dieser Stadt und auch dem Ansehen der Politik in dieser Stadt nutzen, wenn wir diese Chance irgendwann einmal ergreifen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck – die Debatte zeigt das deutlich –, dass diese Krise, die wir gegenwärtig haben, von den meisten Menschen in dieser Stadt, aber auch in diesem Parlament, noch unterschätzt wird. Wir diskutieren gegenwärtig das Konjunkturprogramm. Alles, was in dieser Stadt, in diesem Staat und weltweit schon gemacht worden ist, hat bisher, obwohl es angekündigt worden ist, ökonomisch noch nicht gewirkt, um die gegenwärtige Krise abzuschwächen. Alle Voraussagen gehen weiter von einem dramatischen Absturz aus und dementsprechend haben wir dort eine riesige Schwierigkeit.

Und wir haben immer noch zwei Momente, nicht nur, dass wir weltweit gemeinsam eine Konjunkturkrise oder eine Strukturkrise haben, sondern dass immer noch nicht die Situation der Finanzkrise gelöst ist. Das sind zwei unabhängige Momente. Immer noch ist die Situation so, dass die Banken untereinander kein Vertrauen haben. Immer noch ist es so, dass sich trotz der Milliarden, die dort hineingepackt worden sind, diese Situationen nicht aufgelöst haben. Von daher wird diese Krise uns noch lange beschäftigen und wir müssen uns damit auseinandersetzen, was das eigentlich genau bedeutet.

Ich finde, der Bürgermeister hat zwei gute Ansätze gemacht. Der eine ist, wenig über die Ursachen zu diskutieren. Eines hatte er richtig gut genannt, und zwar die Frage der Deregulierung, der mangelnden

Regulierung der Finanzmärkte. Das ist politisch auch gewollt worden, da nehme ich die Selbstkritik in gewisser Weise auch wahr. Es sind politisch viele Dinge abgebaut worden an Regulierungen, die weltweit innerhalb des Finanzmarkts zu katastrophalen Auswirkungen geführt haben.

Die zweite Sache, die wir gemeinsam feststellen sollten, ist, dass damit auch eine gewisse Ideologie gestorben ist, und zwar die Ideologie, die uns jahrzehntelang begleitet hat, dass es gut sei, wenn die Reichen reicher werden, wenn die Betriebe gut verdienen und wenn die Mächtigen reicher werden, weil das irgendwann nach unten durchlaufen werde, das sogenannte Triple Down, das in der Ökonomie dargestellt worden ist. Diese Krise zeigt eindeutig, dass es erstens nicht funktioniert und zweites sogar katastrophale Auswirkungen hat, wenn die Reichen dieser Welt zu reich werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sollte man sich in allen Konsequenzen noch einmal genau überlegen, auch was das gegenwärtig bedeutet und wo die Politik ansetzen sollte.

Das Zweite, was mir gut gefallen hat beim Bürgermeister, war der Satz, den ich noch einmal unterstreichen will,

(Andy Grote SPD: Gibt es auch etwas, was Ihnen nicht gefallen hat?)

dass er gesagt hat, große Teile der Eliten dieser Gesellschaft hätten versagt. Das kann ich vollkommen unterstreichen. Ich finde, dass wir in der Art und Weise die ganze Diskussion führen sollten. Die Schwierigkeit beim Bürgermeister ist leider, dass ich ein bisschen den Eindruck habe, dass er selber nicht sehr konsequent ist in dem Augenblick, in dem er das weiterdenkt.

Ich möchte zwei Punkte nennen. Der eine Punkt ist: Wie kann man als CDU eine politische Perspektive entwickeln mit einer Partei, der FDP, die die absoluten Hasardeure der Deregulierung des Finanzmarkts sind, die absolut nicht gelernt haben, wie man mit so etwas gegenwärtig umgehen kann und Steuersenkungsprogramme auf weiter Flur fordern, wie kann man mit denen ein politisches Bündnis eingehen. Dann kann man die Konsequenzen aus dieser Krise nicht richtig gezogen haben und daher glaube ich Ihnen die Kritik der Elite nicht.

Das Zweite ist – und da ist das Argument im Zusammenhang mit der HSH Nordbank nach meiner Meinung durchaus wichtig – das Argument von Herrn Freytag – ich glaube, Herr Goldberg hat das auch einmal vorgetragen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Dann war es richtig!)

als wir beim letzten Mal über die die Konsequenzen diskutiert haben –, indem er sagte, wir haben

(Norbert Hackbusch)

bei der HSH Nordbank eigentlich alles richtig gemacht. Wir hatten nur leider Pech, zu spät an die Börse gegangen zu sein, denn wenn uns das gelungen wäre, dann würden wir gegenwärtig gut dastehen. Das ist eine Kasino-Mentalität, die nicht in die Politik gehört.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Dementsprechend hat diese Frage bezüglich der HSH Nordbank durchaus etwas mit der politischen Grundstruktur zu tun, wo wir gegenwärtig stehen und was man eigentlich politisch machen soll.

Ich bin diese Woche überrascht worden von der größten Zeitschrift Amerikas mit der Überschrift:

"We Are All Socialists ..."

(Heiterkeit bei der CDU)

Das sagen die Amerikaner, was sagen wir dazu? Was sagt denn die CDU dazu? Gehört das auch dazu?

(Ingo Egloff SPD: Der Bürgermeister hat sich schon beworben!)

Was bedeutet das eigentlich?

Als Erstes stellen wir voller Überraschung Folgendes fest: Es gehört eine gewisse Selbstkritik der herrschenden Parteien dazu, gerade der CDU, zu sagen, man hätte in den letzten Jahren viele Fehler gemacht und müsse aufgrund dessen zu solchen Schritten wie einem Konjunkturprogramm, zu stärkeren Investitionen und zu stärkerem Einfluss des Staats kommen. Diese Selbstkritik fällt so schwach aus, dass ich nicht daran glaube, dass das wirklich hält. Man hofft auch – das geht aus allen Beiträgen hervor –, nach dem Motto: Diese Krise werden wir bald hinter uns bringen und dann kommen die neuen glorreichen Zeiten und dann steht Hamburg gut da.

Das Zweite ist, dass wir uns natürlich beim Konjunkturprogramm politisch streiten müssen. Deswegen mag ich gar nicht diese Sätze von Herrn Kerstan oder von Herrn Kruse nach dem Motto, wir kennen keine Parteien mehr, wir sind nur noch Hamburger. Die Kaiser-Wilhelm-Zeiten sind auch lange vorbei.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Wir sollten uns darüber streiten können und das führt auch zu Vernunft und Demokratie und Parteiendemokratie ist dazu nach meiner Meinung absolut notwendig.

Dementsprechend sind beim Konjunkturprogramm insgesamt zwei Dinge sehr scharf zu kritisieren. Zum einen habe ich mich darüber gefreut, dass Sie soviel dazu gesagt haben, dass Bildung jetzt so stark unterstützt wird. Das Problem dieses Programms ist, dass Sie nur in Beton investieren. Das Programm sieht nicht vor, beispielsweise für die

Problemschulen, die wir gegenwärtig haben, für die Haupt- und Realschulen und dort die Klassen 5 bis 10 in der Lage zu sein, mit vielen neuen Sozialpädagogen und Lehrern aufzutreten, um den Unterricht auszuweiten, denn das wäre existenziell notwendig. Das ist eine Maßnahme, die nicht vorgesehen ist. Sie malen die Räume schön neu, aber Sie machen nicht diesen Schritt. Deswegen sind die Begründungen im Zusammenhang mit der Bildung, die Sie gegeben haben, zum Teil einfach nicht wahr.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zweitens ist es notwendig, und besonders für diese Stadt ist es notwendig, für die Ärmsten in dieser Stadt etwas zu machen. Ein Drittel der Kinder in dieser Stadt wächst in Armut auf. Das bedeutet auch, dass viele erwachsene Menschen in Armut aufwachsen. Das bedeutet nicht nur, dass das sozial ungerecht und unverschämte und eigentlich nicht auszuhalten ist – das ist das eine, das haben wir häufig genug gesagt –, sondern es ist auch volkswirtschaftlich ein Problem. Eine Unterstützung gerade in dem Bereich wirkt als Konjunkturprogramm am allerbesten. Es ist das wichtigste Konjunkturprogramm, das wir machen müssen. Da heißt es, zum Teil von den USA zu lernen. Gerade das zu stärken hieße, wichtige Schritte vorwärts zu machen. Die Schwächsten zu stärken und Kampf gegen die Armut sind das beste Konjunkturprogramm für diese Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Drittens ist das – da möchte ich an das Selbstbewusstsein dieses Parlaments appellieren –, was gegenwärtig an Schuldenbremse bundesweit von allen Parteien diskutiert wird, von den Grünen über die FDP – bei der SPD bin ich mir nicht ganz sicher, da gibt es unterschiedliche Auffassungen – bis zur CDU eine absolute Katastrophe. Wer lernt denn gegenwärtig daraus, wie ein Staat in der Lage ist, konjunkturell und politisch überhaupt noch wirken zu können? Jetzt ist es doch gerade notwendig, in der Lage zu sein, auch einmal Schulden aufzunehmen und diese auch irgendwann wieder abzubauen. Was ist das für ein Populismus und wie irrational ist das, dann auch noch von einem Länderparlament zu verlangen, uns gar nicht mehr zu verschulden? Wollen Sie die Politik abgeben in dieser Stadt?

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Wollen Sie die Länderparlamente kastrieren? Was dort diskutiert worden ist – wir werden das die nächsten Wochen weiter diskutieren –, ist eine absolute politische Katastrophe und dementsprechend werden wir kräftig dagegen etwas machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

(Norbert Hackbusch)

Als Letztes müsste ich sagen: Für die meisten Menschen in dieser Stadt, auf die diese Krise zukommt, ist doch die wichtigste Auswirkung eigentlich, dass sie in den letzten Jahren nichts vom Aufschwung gehabt haben, materiell nicht an diesem Aufschwung in irgendeiner Form partizipieren konnten. Ihre Löhne sind kaum gestiegen. Wenn sie von Hartz IV abhängig waren, ist gar nichts passiert. Entscheidend wird sein, dass die Kosten dieser Krise nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher ist es wichtig, dass diese Menschen – das ist die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt – nicht diejenigen sind, die die Krise zu bezahlen haben. Deswegen freue ich mich, wenn morgen möglichst viele an der Demonstration von ver.di und anderen Gewerkschaften teilnehmen. Diese Auseinandersetzung wird in dieser Stadt zu führen sein, nicht nur im Parlament, und sie wird viel härter sein als alles, was wir bisher kennengelernt haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat für eine Minute Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, das reicht noch für eine kurze Bemerkung zu den Reden von Herrn Kerstan und Herrn Kruse.

Sie reden hier von Leitbild und Weitsicht in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und so weiter. Das mag richtig oder falsch sein, aber wir stehen vor einer Wirtschaftskrise und alle Experten sagen, dass wir jetzt schnell konjunkturell wirksame Maßnahmen brauchen.

(Frank Schira CDU: Ja, machen wir!)

Also begründen Sie die unmittelbare Konjunkturwirksamkeit ihrer Lüneburger Liste. Wir haben ein Konjunkturprogramm vorgelegt, zum Beispiel einen Masterplan Wohnungsbau. Nehmen Sie die Vorschläge auf und verträdeln Sie die Zeit nicht, das ist unser Appell, denn wir brauchen diese Zeit und wir brauchen ein Konjunkturprogramm. Das ist das heutige Thema der Regierungserklärung und nicht das, was schon immer richtig gewesen ist in den Bereichen Bildung, Kultur und Wissenschaft bis hin zu einer Wissenschaftsstiftung, die mit obskuren Grundbucheinträgen finanziert ist. Das nimmt dieses Konjunkturprogramm-Thema nicht ernst. Beginnen Sie die Diskussion mit der Opposition und unseren Anträgen,

(Frank Schira CDU: Das haben wir Ihnen doch angeboten! Da ist nichts gekommen!)

mit den Gewerkschaften und den Verbänden, um möglichst in Wochen und Monaten zu wirksamen Maßnahmen zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Herr Abgeordneter, das war eine Punktlandung.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann ist die Beratung abgeschlossen.

Ich rufe Punkt 20 auf, Drucksache 19/2085, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Bericht zum Verkauf von städtischen Grundstücken für den Geschosswohnungsbau.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1048: Bericht zum Verkauf von städtischen Grundstücken für den Geschosswohnungsbau (Senatsmitteilung) – Drs 19/2085 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Grote hat das Wort.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Konjunkturpolitik kommen wir nun zu einem weiteren Kompetenzschwerpunkt des Senats, zum Thema Wohnungsbau, konkret zur sogenannten Wohnungsbauoffensive des Senats.

Wir erinnern uns: Im Jahr 2006 sahen die Wohnungsbauzahlen schlecht aus, 3251 gegenüber einem Bedarf von 5000 bis 6000. Das konnte so nicht bleiben in den Zeiten der "Wachsenden Stadt", deswegen wurde die große Wohnungsbauoffensive zur Belebung des Wohnungsmarkts ins Werk gesetzt. Die Idee war, auf städtischen Grundstücken kurzfristig 1000 Wohneinheiten zu errichten und dasselbe noch einmal auf privaten. Baubeginn sollte der 31. Dezember 2007 sein. Das wäre auch ein wünschenswertes Datum gewesen, um eine kurzfristige Belebung zu erzielen.

Über das Ergebnis, über die Drucksache und die Befassung im Ausschuss sprechen wir heute. Am 31. Dezember 2007 hatten wir den Baubeginn von 150 Wohneinheiten, bis zum September 2008, dem Zeitpunkt der Drucksache, 286 Wohneinheiten und bis zum Februar 2009 383 Wohneinheiten. Das heißt, das Ziel, 1000 Wohneinheiten zu erreichen, haben Sie aufgegeben; maximal rechnen Sie noch mit 690 Wohneinheiten irgendwann. Statt 1000 Wohneinheiten bis zum 31. Dezember 2007 haben wir 383 Wohneinheiten bis zum Februar 2009; das sind in zweieinhalb Jahren jährlich 150 Wohneinheiten. Ihre Offensive ist auf dem Wohnungsmarkt praktisch nicht spürbar gewesen. Wenn das ein Erfolg sein soll, wie in der Drucksache

(Andy Grote)

che tapfer behauptet wird, dann möchte man nicht wissen, wie ein Misserfolg aussieht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Nun soll aber auf den eigenen Grundstücken der Wohnungsunternehmen wenigstens eine ordentliche Zahl erreicht werden und es steht auch eine schöne Zahl in der Drucksache. 2160 Wohneinheiten sind gemeldet worden, allerdings über einen Zeitraum von drei Jahren, von 2006 bis 2008. Dabei wissen wir alle, dass diese Zahlen

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

schöngeredet sind. In Wahrheit ist das die ganz normale Bautätigkeit dieser Unternehmen. Das sind Wohnungsbauunternehmen, die bauen Wohnungen, selbst unter CDU-Senaten, übrigens im Gegensatz zu den städtischen Wohnungsbauunternehmen derzeit. Das hat aber nichts zu tun mit irgendeiner Offensive.

Man kann das auch daran erkennen, dass mit einem erheblichen Teil der von den privaten Unternehmen auf eigenen Flächen gemeldeten Wohneinheiten schon 2006 begonnen worden war, also bevor die Initiative überhaupt richtig anlief. Im Übrigen sieht man auch an den Zahlen eines der großen beteiligten Verbände, des VNW, dass diese nach Beginn der Wohnungsbauoffensive, nämlich in 2007 und 2008, unter denen der beiden Vorjahre liegen. Das heißt, die Offensive hat hier nicht zu einer Belebung, sondern sogar zu einem Rückgang geführt.

(*Dirk Kienscherf SPD*: So sind Sie!)

Wenn man also einen Strich darunter zieht, dann war diese sogenannte Wohnungsbauoffensive auf ganzer Linie ein Schlag ins Wasser.

(Beifall bei der SPD)

Bei einer solchen Offensive stellt sich in der Tat die Frage, was Sie außerhalb von Offensivzeiten machen. Ich weiß nicht, ob Sie dann anfangen wollen, Wohnungen abzureißen; viel schlechter als jetzt geht es jedenfalls nicht.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Viele von denen, die Sie gebaut haben, hätten es verdient!)

– Die können Sie jetzt ja neu bauen, Herr Hesse.

Das Ergebnis war in 2007 dann auch entsprechend: 3173 Wohneinheiten insgesamt, noch schlechter als im Jahr 2005, dem Referenzjahr für die große Wohnungsoffensive.

Dabei, Herr Hesse, sahen die Wohnungsbauzahlen in Hamburg nicht immer so traurig aus. In den Neunzigerjahren hatten wir ähnliche Bevölkerungszuwächse wie jetzt, aber wir hatten ganz andere Neubauzahlen. Ich will sie Ihnen einmal nennen, nur so zum Zurücklegen und Genießen: 1994

8601 Fertigstellungen, 1995 9750, 1996 8902, 1997 8099, 1998 8471 und so weiter, 2001 immerhin noch über 5000 Wohneinheiten; das sind Zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Von solchen Zahlen träumt der Senat heute und da wurde nicht von einer Offensive gesprochen, das war die ganz normale Wohnungsbautätigkeit unter SPD-geführten Senaten.

(Beifall bei der SPD – *Kai Voet van Vormizele CDU*: So ein Blödsinn!)

2001 hatten wir über 5000 Wohneinheiten. 2002 – man sprach von der "Wachsenden Stadt" – gab es 3711 neue Wohneinheiten, 2003 3862 und so weiter bis zum traurigen Tiefstand im Jahr 2007, dem Jahr der großen Wohnungsbauoffensive. Da hatten wir mit 3173 die schlechteste Zahl seit Jahrzehnten. Das ist das Ergebnis der Wohnungspolitik dieses Senats im Zeichen der "Wachsenden Stadt", dass sie zwischenzeitlich den Weg aller vormaligen Markenzeichen von CDU-Politik in Hamburg gegangen ist.

Jetzt haben wir ein neues Leitbild "Wachstum mit Weitsicht". Aber wenn ich mir die neue Wohnungspolitik unter Schwarz-Grün ansehe, dann ist sie weder von Wachstum noch von Weitsicht geprägt. Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag die wirkungslose und verfehlte Wohnungsbaupolitik des CDU-Senats fortgesetzt und insbesondere das Minimalniveau in der öffentlichen Förderung festgeschrieben. Da gibt es einen kleinen Saison-Aufschlag zum Konjunkturprogramm, aber im Prinzip haben Sie die Förderung festgeschrieben.

Das einzige neue Instrument, mit dem Sie jetzt begonnen haben, ist die Zielvereinbarung mit den Bezirken, mit der Sie 5000 bis 6000 Wohneinheiten von der Flächenseite her sicherstellen wollten. Wenn man sich die jetzt abgeschlossene Vereinbarung ansieht, dann ist allerdings erkennbar, dass Sie gerade einmal 3600 Wohneinheiten in den Jahren 2008 bis 2011, also in der gesamten Legislaturperiode, erreichen werden. Sie bleiben damit im Schnitt der Jahre 2002 bis 2007; es wird keinerlei Steigerung erreicht. Das heißt, Sie werden die Bedarfszahlen der von Ihnen selbst genannten Zielzahlen mit diesen Instrumenten nicht erreichen. Mit Ihrer bisherigen Wohnungsbaupolitik schaffen Sie es nicht, die Menschen dieser Stadt mit ausreichendem Wohnraum zu versorgen.

Wir haben als SPD dazu eigene Vorschläge gemacht und gestern ein Eckpunktepapier vorgelegt, das wir im Rahmen der Haushaltsberatungen noch weiter konkretisieren werden. Ihnen fehlt jedoch jedes, aber auch wirklich jedes Rezept, um der beginnenden Wohnungskrise in Hamburg entgegenzutreten. Wenn Ihnen nichts weiter einfällt und Sie nicht entschlossen einen neuen Kurs einschlagen,

(Andy Grote)

dann ist die Wohnungspolitik dieses Senats bereits jetzt gescheitert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war mir klar, Herr Grote, dass Sie größtenteils Ihre sieben Jahre alten Textbausteine der SPD wieder aus der Tasche ziehen würden.

(Andy Grote SPD: Die Zahlen sind sehr aktuell!)

Das zeigt deutlich, dass sich die SPD nicht ernsthaft und nur oberflächlich mit der Wohnungspolitik beschäftigt.

(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Wenn Sie die Zahlen je erreichen!)

Sie erzählen seit sieben Jahren, dass in Hamburg kurzfristig eine Wohnungskrise entstünde; dies ist aber mitnichten eingetreten. Panikmache verunsichert die Menschen in unserer Stadt und das ist schlecht, meine Damen und Herren von der SPD.

(Andy Grote SPD: Es gibt kein Problem!)

Lieber Herr Grote, viel Erhellendes hat auch Ihre gestrige Pressekonferenz nicht gebracht, aber darauf werde ich in meinem Beitrag noch eingehen. Wie war denn die Ausgangslage? Wir haben in einer konjunkturell schwierigen Zeit die Wohnungsbauoffensive auf den Weg gebracht,

(Andy Grote SPD: Was sind denn Ihre Ideen?)

ein bundesweit einmaliges Projekt, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft. Hamburg hat damit neue Wege beschritten und der Erfolg gibt uns recht. Die vereinbarte Zielzahl von 2000 Wohnungen wurde bei Weitem überschritten. Ich weiß nicht, Herr Grote, woher Sie Ihre Zahlen haben.

(Andy Grote SPD: Aus Ihren Antworten!)

Deshalb noch einmal zur Verdeutlichung: Bis Dezember 2007 wurde mit dem Bau von 2310 Wohnungen begonnen, weitere 540 Wohneinheiten werden nach Klärung der baurechtlichen Rahmenbedingungen demnächst gebaut werden. Im Ergebnis werden also 2850 Wohnungen fertiggestellt

(Andy Grote SPD: Begonnen, nicht fertiggestellt, begonnen!)

und das ist doch die gute Botschaft in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Insofern hat es auch Sinn gemacht, die zweite Wohnungsbauoffensive auf den Weg zu bringen. Die Verträge wurden in wichtigen Punkten angepasst. Hierzu gehören unter anderem Klimaschutz, altlastenfreier Verkauf von Grundstücken, Berücksichtigung von Baugemeinschaften – wir haben erst in der letzten Bürgerschaftssitzung darüber gesprochen – und Teilnahme von Investoren, die keinem Verband angehören.

Ich will nochmals darauf hinweisen, dass Hamburg bundesweit die höchste Pro-Kopf-Förderung hat. Es werden pro Jahr 103,5 Millionen Förderbarwert für den Wohnungsbau bereitgestellt. Im Rahmen des Konjunkturprogramms wird dieser Förderbarwert nochmals auf insgesamt 120 Millionen erhöht und insbesondere dem Mietwohnungsbau zugeschlagen; damit können insgesamt 1000 Wohneinheiten gefördert werden. Wir haben bei dem Konjunkturprogramm großen Wert darauf gelegt, den Mittelstand, das Handwerk, insbesondere auch das Bauhandwerk, in Hamburg zu unterstützen; Herr Schira hat vorhin schon einmal darauf hingewiesen.

Im Übrigen ist unser Förderprogramm nicht statisch, sondern wird stetig angepasst, ist in den Segmenten gegenseitig deckungsfähig und kann von daher jederzeit flexibel auf Bedarfe reagieren.

Herr Grote, Sie fordern in Ihrem sogenannten Zehn-Punkte-Programm oder Eckpunkteprogramm unter anderem die Bereitstellung von städtischen Flächen für den Geschosswohnungsbau. Haben Sie sich eigentlich tatsächlich mit diesem Thema befasst, bevor Sie Ihre Forderung formuliert haben, denn diese Forderung ist längst Bestandteil der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Bezirken und wird auch Bestandteil des Wohnungsbauentwicklungsplans sein.

(Andy Grote SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie nennen es Masterplan, wir machen den Wohnungsbauentwicklungsplan, das haben wir in der Koalition so vereinbart.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie sehen also: Wo Sie hinwollen, da sind wir schon längst.

(Beifall bei der CDU und der GAL und Heiterkeit bei der SPD)

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal darauf hinweisen, dass Sie gerade in Bezug auf die Flächenbereitstellung im Parlament den Mund ziemlich voll nehmen, vor Ort aber opportunistisch Widerstände organisieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Karin Timmermann SPD: Wohldorf-Ohlstedt!)

– Sie haben recht, Frau Timmermann, der Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt. Aus unserer Sicht ha-

(Hans-Detlef Roock)

ben Sie hier ein massives Glaubwürdigkeitsproblem.

(Beifall bei der CDU – *Karin Timmermann SPD*: Wir nicht, Sie haben das Problem!)

Sie fordern weiterhin eine Eigentumsförderung mit Schwerpunkt für Familien und Abkehr vom Höchstgebotsverfahren; auch das passiert schon längst. Beispiele sind doch die Wohnungsbauoffensiven und auch das Projekt familienfreundlicher Wohnungsbau in Altona sowie die verstärkte Förderung von Baugemeinschaften. Hier sind Abschlüsse auf die Grundstückspreise beziehungsweise Festpreise vereinbart worden. Insofern finde ich es gut, dass Sie unsere Politik so unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Auch der Ankauf von Belegungsbindungen, insbesondere für sozial schwache Menschen, ist Bestandteil des Förderprogramms.

(*Andy Grote SPD*: Das haben Sie hier abgelehnt in der Bürgerschaft!)

Den von Ihnen eingeforderten Wohnungsbaubeauftragten haben wir schon längst, und zwar mit der Wohnungsbau-Clearingstelle in der BSU.

(Zurufe von der SPD)

– Herr Grote, das steht sogar in der Drucksache auf der letzten Seite oder haben Sie die letzte Seite nicht gelesen?

(*Andy Grote SPD*: Wir meinen etwas anderes!)

Nach meinen Erfahrungen ist dort in der Vergangenheit sehr gute Arbeit geleistet worden und ich frage mich, was Sie eigentlich wollen.

(Zurufe von der SPD)

Dem Verfassungsauftrag als Opposition, Kritik an der Regierung zu äußern, wenn auch vielfach unberechtigt, kommen Sie ja nach, aber dass Sie eine Alternative zur Regierung bilden, sehe ich nicht. Das soll uns nur recht sein; Herr Kerstan hat dazu vorhin auch schon deutliche Worte gefunden.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur feststellen, dass Hamburg im Wohnungsbau gegenüber allen anderen Bundesländern trotz der schwierigen Lage besser dasteht. Abschließend möchte ich sagen, dass die Regierungsfractionen und der Senat alles dafür tun werden, den Wohnungsbau in Hamburg weiter anzukurbeln. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Karin Timmermann SPD*: Auch den Mietwohnungsbau?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Augenblick bin ich wirklich durcheinander. Ich muss in den Manuskripten wühlen, um das SPD-Masterprogramm – vielleicht nicht zum Festhalten, aber zur Erinnerung – hervorzuholen, denn sonst vergisst man immer so schnell, was drin steht.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das ist auch besser so!)

Ich bin völlig überrascht, denn ich hatte gedacht, dass wir jetzt über den Masterplan diskutieren. Als der Tagesordnungspunkt angemeldet wurde, die Drucksache 19/2085, Ausschussbericht über den Verkauf von Flächen für den Geschosswohnungsbau, habe ich gedacht, du meine Güte, wollen die denn den kalten Kaffee zum dritten Mal umrühren. Dann hörte ich gestern, dass Sie eine Pressekonferenz zu einem neuen Masterplan machen würden. Ich erwartete also, dass Sie einen neuen Masterplan vorstellen. Doch dann stellt sich Herr Grote hier hin und rührt tatsächlich zum dritten Mal in dem kalten Kaffee rum.

(*Andy Grote SPD*: Ich habe zum Thema gesprochen!)

– Ja, Sie sprechen zum Thema. Ich habe mich allerdings gefragt, wie Sie das machen, über Ihr Thema zu reden und nichts zu dem Thema zu sagen.

(Zurufe von der SPD)

– Wozu soll ich denn reden, zu 2006 oder zu 2007?

Herr Grote hat im Grunde genommen gesagt, dass diese Wohnungsbauoffensive ein Fehlschlag war und nichts gebracht hat.

(*Carola Veit SPD*: Das haben Sie letztes Jahr auch immer noch gesagt!)

Wir sind uns doch völlig einig, dass die Zahlen nicht ausreichen. Ich denke, dass es keinen Dissens in diesem Haus darüber gibt. Doch wenn Sie jetzt von einem Misserfolg sprechen, dann muss man das in zwei Teile aufspalten. Erstens ist zusätzlicher Wohnungsbau durch die Wohnungsbauoffensive angeregt worden.

(*Karin Timmermann SPD*: Angeregt, das ist das richtige Wort!)

Der hat auch stattgefunden, das ist Fakt, dagegen können Sie auch nichts sagen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Zahlen gefallen Ihnen nicht, sie gefallen uns allen nicht. Aber wenn Sie jetzt darüber herfallen, dann muss ich Ihnen Punkt 1 Ihres Zehn-Punkte-Programms entgegenhalten:

(Horst Becker)

"Bereitstellung attraktiver Flächen für 2000 Wohnungen. Hamburg braucht ein Sofortprogramm ..."

Sie wissen selber, dass man Flächen nicht sofort zur Verfügung stellen kann; das geht vielleicht in zwei Jahren. Insoweit täuschen Sie die Öffentlichkeit darüber, was überhaupt im Wohnungsbau möglich ist.

Weiter führen Sie aus, es sollten

"... geeignete städtische Flächen als preisgünstige Baugrundstücke für den Geschosswohnungsbau zur Verfügung gestellt werden."

Das ist doch dasselbe wie die Wohnungsbauoffensive. Das heißt, Sie reden das hier schlecht und hinterher schlagen Sie genau dasselbe vor, wollen nur noch ein bisschen mehr machen; das ist doch völlig widersinnig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie stellen das hier als erfolglose Politik bloß und in Ihrem Programm steht, Sie wollen noch mehr machen als vorher die CDU. Das ist völliger Unsinn, das glauben Sie doch selber nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wie angekündigt, werden wir im April über den Wohnungsbauentwicklungsplan reden und ein Programm vorlegen. Der Senat arbeitet daran und es wird darum gehen, die Maßnahmen zielgenau einzustellen, um zumindest eine Annäherung an die Einheiten und Zahlen, die wir brauchen, zu erzielen.

(Andy Grote SPD: Wie denn?)

Das ist eine gute Frage.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das gelesen und nicht einmal eine halbe Stunde gebraucht, um es in seine Bestandteile zu zerlegen. Machen wir uns den Spaß, uns das anzuschauen. Sie fordern:

"Neuorientierung im sozialen Wohnungsbau.

... Neubau von derzeit 650 auf mindestens 2000 Mietwohnungen jährlich im Rahmen der Objektförderung ..."

Wir haben auf 1000 erhöht, das ist bereits passiert.

(Andy Grote SPD: Das ist die Hälfte davon!)

Das ist die Hälfte von dem, was Sie wollen. Wenn Sie uns jetzt noch sagen, wo wir die restlichen 55 Millionen hernehmen sollen ...

(Andy Grote SPD: Das kann ich Ihnen sagen! Aus Ihren Titeln, die nicht verbraucht wurden!)

Wenn Sie uns sagen, wo die 55 Millionen herkommen sollen, dann können wir das gerne verdop-

peln. Allerdings wäre zu bedenken, dass die Gesellschaften gar nicht mehr unbedingt an sozialem Wohnungsbau interessiert sind.

(Karin Timmermann SPD: Weil Sie keine bebaubaren Grundstücke zur Verfügung stellen!)

Sie reden doch auch mit der Bauwirtschaft und von denen bekommen Sie zu hören: Geht doch einmal weg von der Objektförderung, wir bauen tolle Wohnungen und Ihr habt so tolle Systeme, mit denen die Subjekte gefördert werden, das heißt, wir bauen die Häuser und Ihr zahlt den Leuten die Miete.

Und wenn Sie Programme mit 2000 Mietwohnungen jährlich auflegen, werden die Mittel doch gar nicht abgerufen. Sie können natürlich Zahlen in die Welt setzen, aber damit haben Sie noch längst keine Wohnungen gebaut.

(Beifall bei Harald Krüger CDU)

Dann lese ich weiter:

"Hamburg braucht eine maßvolle Verdichtung."

(Jörn Frommann CDU: Und Mitte stellt sich gerade dagegen!)

Dann fordern Sie

"... die Umwandlung älterer Reihenhausbstände in moderne Stadthäuser ...".

Was soll denn das heißen?

(Andy Grote SPD: Dass Sie das nicht wissen! Das wäre mir unangenehm, hier zu fragen!)

– Das können Sie uns ja bei Gelegenheit einmal erläutern.

Weiter fordern Sie

"... die Zulassung von Wohnnutzungen in innerstädtischen Geschäftsgebieten ...".

In MK-Gebieten ist bis zu 40 Prozent Wohnen möglich; das wird heute alles längst gemacht. Warum schreiben Sie so etwas auf?

(Andy Grote SPD: In der Innenstadt gibt es keine MK-Gebiete, das sind reine Geschäftsgebiete!)

Das ist doch heute alles längst möglich und wird gemacht. So eine alte Brühe verkaufen Sie hier als ein neues Konzept.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Andy Grote SPD: Sie haben keine Ahnung!)

Weiter steht hier, es solle

"... nicht länger nach dem Höchstgebotsverfahren vergeben werden."

Das machen wir längst.

(Horst Becker)

Nächste Forderung:

"Wohnungsbauoffensive, Grundstücke für Baugemeinschaften".

Auch das machen wir längst. Und Sie schreiben, es solle

"... bis zu 35 Prozent auf den Verkehrswert ..."

ermäßigt werden. Bis zu 25 Prozent machen wir das auch. Wo ist denn hier ein toller Vorschlag? Das ist doch alles dasselbe in Grün.

(Jörn Frommann CDU: In Rot!)

Sie wollen das als neues Konzept verkaufen. In der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, haben Sie überhaupt keine neuen Konzepte, Sie tun bloß so.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Unsere Vorschläge werden mit dem Wohnungsbauentwicklungsplan kommen. Dann werden wir sehen, wie weit wir damit kommen und werden darüber diskutieren. Dazu bin ich heute nicht sprechfähig, aber wenn der Plan auf dem Tisch liegt, werden wir den auch diskutieren.

(Zurufe von der SPD)

Hier noch weitere Forderungen aus Ihrem Papier:

"Förderprogramm für barrierefreies Wohnen ... 400 Wohneinheiten ... Förderung sowohl von Umbau als auch von Neubau."

Sie schreiben, es würden derzeit 120 Wohneinheiten erreicht und Sie möchten das auf 400 steigern. Ich habe in der Behörde nachgefragt und die tatsächlichen Zahlen liegen ziemlich nahe bei 400 Wohneinheiten, also ist dieser Punkt im Prinzip erledigt.

Weiter fordern Sie:

"Ankauf von Belegungsbindungen"

Es sollen

"... jährlich 1000 Belegungsbindungen im Wohnungsbestand angekauft werden."

Lesen Sie einmal Merkblatt vier oder fünf; seit dem 1. Januar ist dies bereits in Kraft, das gibt es längst.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

So könnte man das weiter fortführen. Beim letzten Punkt steht dann, es solle

"... ein Wohnungsbaubeauftragter des Senats im Range eines Senatsdirektors eingesetzt ... werden."

Wir wissen natürlich, welcher hohe Beamte mit SPD-Parteibuch hier gefeiert und versorgt werden soll.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der GAL)

Und wir wissen, dass das alles auf dem Mist der SPD-Fraktion in Hamburg-Mitte gewachsen ist. Die Art, wie Sie hier Politik machen, ist uns ja bekannt und wir wundern uns über nichts mehr.

(Heiterkeit bei der CDU und Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Vor wenigen Wochen erst haben die Parteien der Regierungskoalition unseren Antrag abgelehnt, einen Bericht zur Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vorzulegen. Die Ablehnung hat Ihnen nichts genützt. Die Misere auf dem Wohnungsmarkt ist offensichtlich und wird täglich größer. Ihr Beitrag, Herr Roock, hat mich wirklich erschreckt, denn Sie scheinen in einer Welt zu leben, in der Sie die Not, die andere betrifft, nicht einmal sehen können.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Ingo Eglöff SPD: So etwas nennt man Scheuklappen!)

Weil die Misere offensichtlich ist, schickt sich Frau Senatorin Frau Hajduk an, im Frühjahr einen Wohnungsbauentwicklungsplan vorzulegen. Wir hoffen, dass dieser Entwicklungsplan nicht allzu lange auf sich warten lässt, das Frühjahr kommt bald und die Zeit drängt.

Man kann nicht sagen, dass Hamburg nicht baue. Hamburg baut, aber viel zu wenig. 883 000 Wohnungen waren im Jahr 2007 auf dem Markt, das waren immerhin 24 000 Wohnungen mehr als im Jahr 2000. Aber die Zahl der Haushalte ist von 910 000 im Jahr 2000 auf 960 000 im Jahr 2007, also um 50 000 gestiegen. Der Wohnungsbau kommt seither bei Weitem nicht nach. Experten schätzen den jährlichen Bedarf an Wohnungsneubau in Hamburg auf rund 8000 Mietwohnungen. Doch selbst, wenn man von den Zahlen ausgeht, die der Senat nennt, nämlich jährlich 5000 bis 6000 Wohnungen, ist Hamburg weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen, Offensive hin oder her. 2007 wurden, Herr Grote hat es gesagt, gerade einmal 3173 Wohnungen fertiggestellt, 2008 werden es nicht sehr viel mehr sein.

Aber das ist nur die eine Seite des großen Problems auf dem Wohnungsmarkt, das Sie vor wenigen Wochen und auch heute so vehement bestreiten. Hamburg fördert zwar familiengerechtes Bauen und Wohnen und das ist gut. Der Wohnbedarf kleiner und einkommensschwacher Haushalte, auch solcher mit Kindern, ist für den Senat aber praktisch kein Thema. Und das ist dramatisch, weil

(Christiane Schneider)

der soziale Wohnungsbestand rasant schrumpft und damit der Reservebestand zur Versorgung einkommensschwacher und benachteiligter Haushalte.

Das ist auch deshalb bedrückend, weil die Ambulantisierung im Gesundheitswesen und der Abbau von Pflegeplätzen dringend mehr Wohnraum für Menschen mit besonderen Bedarfen erfordert, die überwiegend auch noch über geringe Einkommen verfügen. Die stadt eigene SAGA-GWG – das ist der eigentliche Skandal – wird als soziales Instrument nicht mehr in die Pflicht genommen. Zum einen fallen in rasantem Tempo weitere Wohnungen aus der Bindung, zum anderen beteiligen sich SAGA-GWG so gut wie überhaupt nicht am Neubau, im Jahr 2008 mit gerade einmal 82 Wohnungen.

Wissen Sie eigentlich, Herr Roock, dass zum Beispiel 2007 knapp 5700 Menschen mit Dringlichkeitsschein keine Wohnung gefunden haben? Nur ein Viertel der Wohnungssuchenden konnte versorgt werden. Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE ist es dringend erforderlich, mehr Fördergelder gezielt für den Wohnungsbau im unteren Preissegment bereitzustellen, das heißt, für den Bau von Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen, für ältere Menschen, für physisch und psychisch Kranke.

Das heißt, die Fördersumme muss aufgestockt werden und es müssen gezielte Maßnahmen für den Wohnungsbau im unteren Preissegment ergriffen werden. Die hier zur Debatte stehenden Drucksachen zeigen deutlich, dass der Markt und auch die Offensiven des Senats das Wohnungsproblem nicht aus eigener Kraft lösen können. Gefordert ist eine soziale Wohnungsbaupolitik. Das heißt auch, dass die Verteilung der Fördergelder geändert werden muss. Die Bilanz der Wohnungsbaukreditanstalt deckt eine total verfehlte Politik auf. Eigentumswohnungen wurden mit 32,5 Millionen Euro gefördert, der Mietwohnungsbau dagegen nur mit knapp 20 Millionen Euro.

Der angekündigte Wohnungsbauentwicklungsplan wird sich nicht zuletzt an folgenden Zielsetzungen messen lassen müssen: Wird eine sozial ausgewogene und zukunftsfähige Entwicklung des Hamburger Wohnungsmarkts in Angriff genommen? Wird den städtischen Wohnungsbauunternehmen und den Genossenschaften folgerichtig eine tragende und aktive Rolle zugewiesen? Wird öffentlich geförderter Mietwohnungsbau in nennenswertem Umfang geplant? Wird ein preisgünstiger Wohnungsbestand für Menschen mit besonderem Bedarf und Menschen mit geringem Einkommen geschaffen, der den Bedarf von 180 000 bis 250 000 Wohnungen – so jedenfalls schätzen Experten – deckt? Wir sind gespannt auf die Antworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über den Bericht zur ersten Wohnungsbauoffensive. Ziel dieses Sofortprogramms war es, bis Ende 2007 mit dem Bau von 2000 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau zu beginnen. Dieses Ziel wurde durchaus erreicht, aber wir müssen – ich glaube, darüber sind wir uns hier im Hause alle einig – dennoch unsere Anstrengungen deutlich erhöhen, um mehr bezahlbaren Wohnraum und vor allen Dingen familienfreundlichen Wohnraum zu schaffen.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und bei Dr. Andreas Dressel und Karin Timmermann, beide SPD)

Ich will auf den Bericht zur ersten Wohnungsbauoffensive auch nur ganz kurz eingehen. Erstens haben einige schon etwas dazu gesagt, zweitens ist es auch ein bisschen Vergangenheit aus der vorherigen Legislaturperiode und drittens haben wir heute schon ganz viel darüber diskutiert, was wir in Zukunft realisieren wollen. Die Kollegen von der SPD haben diese Debatte angemeldet und gestern in einer Pressekonferenz ihre eigenen Vorstellungen zur Wohnungspolitik vorgestellt. Es ist richtig, heute schon einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Das Ziel der ersten Wohnungsbauoffensive, das will ich noch einmal sagen, wurde erreicht. Mit dem Bau von 2310 vorwiegend familienfreundlichen Wohnungen wurde begonnen, aber ein Erfolg an der Stelle kann nicht darüber hinwegtäuschen, und das will ich hier auch für die Zukunft sagen, dass wir insbesondere familiengerechte größere Wohnungen im städtischen Bereich brauchen, und zwar zu erschwinglichen Miet- und Kaufpreisen. Einen weiteren Schwerpunkt müssen wir auf Ein-Personen-Haushalte legen, wo es keinen ausreichend preiswerten Wohnraum gibt. Ich glaube, dass wir diese Schwerpunkte durchaus alle so sehen.

Die zweite Wohnungsbauoffensive hat versucht, gesammelte Erfahrungen durch Modifikation in den Rahmenbedingungen umzusetzen. Dazu zählte zum Beispiel eine Berücksichtigung von Baugemeinschaften bei den städtischen Flächen, es zählte auch dazu ein altlastenfreier Verkauf der Grundstücke an die Unternehmen, eine verbesserte Auswahl von städtischen Grundstücken, die zeitgerecht eine Baureife erhalten. Dies sind alles richtige und wichtige Maßnahmen – da befinden wir uns noch in der weiteren Umsetzung –, aber unsere aktuellen Bemühungen werden trotzdem noch darüber hinausgehen müssen.

In den Koalitionsverhandlungen haben wir uns darauf geeinigt, nach diesen Erfahrungen mit den er-

(Senatorin Anja Hajduk)

sten beiden Wohnungsbauoffensiven einen Wohnungsbauentwicklungsplan zu erstellen. Dieser wird eine Gesamtstrategie für die Förderung des Wohnungsbaus sein, die unter anderem junge Familien in Hamburg hält, attraktivere Quartiere insbesondere durch Nachverdichtung, Wiederbebauung und Konversion entstehen lässt und auch – das dürfen wir beim Bauen nie aus dem Auge verlieren – ökologisch innovative Bauweisen fördern soll.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das ist ein ehrgeiziges Programm.

Ich hatte Ihnen schon gesagt, dass wir mit Hochdruck daran arbeiten.

Aber erlauben Sie mir eine Anmerkung. Auch ich würde mir natürlich wünschen, frühzeitiger greifbare Ergebnisse präsentieren zu können. Die Damen und Herren von der Opposition können uns nicht vorwerfen, nicht dieselben Ziele zu verfolgen. Und wenn Sie sagen, wir seien nicht erfolgreich und schnell genug, dann verstehe ich das vielleicht auch als Kritik am Verfahren, aber nicht so sehr an den gemeinsamen inhaltlichen Zielsetzungen.

Wir haben, auch wenn der Wohnungsbauentwicklungsplan noch nicht vorliegt, in den vergangenen Monaten schon einiges in der Wohnungspolitik auf den Weg gebracht; die Beispiele sind genannt worden. Im Rahmen der Konjunkturoffensive werden wir nicht nur das einsetzen, was wir ursprünglich geplant hatten, nämlich ein Subventionsbarwertvolumen von 103,5 Millionen Euro, sondern wir werden dies noch einmal auf 120 Millionen Euro steigern. Das ermöglicht uns dann, auch wirklich die Förderkapazität für Mietpreis- und Belegungsbindung von rund 650 Wohneinheiten auf 1000 Wohneinheiten zu steigern. Ich mir sicher, dass das auch Unterstützung im Hause findet.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zweitens haben wir die Förderkonditionen für Baugemeinschaften 2009 verbessert und vereinfacht und besondere Anreize – das will ich hier auch betonen – für Integrationsleistungen, zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen, eingeführt. Es ist vorgesehen, diese sozialen Integrationsleistungen künftig auch in der allgemeinen Mietwohnungsbauförderung einzuführen. Auch das ist ein Aspekt, den man nicht vergessen darf.

Wir stehen in intensiven Gesprächen mit unserem städtischen Wohnungsbauunternehmen SAGA-GWG, um auch sicherzustellen, dass von dieser Seite die Anstrengungen intensiviert werden, die Integrationsleistungen zu steigern und die Versorgungslücken zu schließen.

Vieles von dem, was die SPD in das Eckpunktepapier ihres Masterplans Wohnungsbau geschrieben hat, verfolgen wir bereits. In diesem Sinne fühle ich

mich auch durch Ihre Forderungen in manchen Zielen eher bestärkt. Sie nennen Zielzahlen und da haben Sie es als Opposition natürlich ein bisschen leichter als wir, denn diese Zielzahlen müssen auch einer unmittelbaren Realisierung standhalten.

Ich gehe darauf ein, da wir bei den Bedarfszahlen mit 5000 bis 6000 nicht auseinander liegen. Wenn die SPD fordert, dass auf städtischen Grundstücken mit einem Sofortprogramm mindestens 2000 neue Wohneinheiten entstehen sollen, dann gehört bei einer seriösen Argumentation auch dazu, entsprechende Flächen zu benennen. Diese Antwort ist nicht so einfach, das will ich Ihnen gar nicht zum Vorwurf machen, aber das gehört zu der Problematik, mit der man sich auseinandersetzen muss, wenn man wirksam in Hamburg Ergebnisse präsentieren will, dazu. Wenn Sie fordern, jährlich 1000 Wohneinheiten durch städtische Wohnungsunternehmen zu realisieren, dann muss man auch überlegen, welche Leistungen die städtischen Wohnungsunternehmen im Moment erbringen, wenn sie die zwingend notwendigen Modernisierungs- oder Sanierungsbemühungen im Bestand intensiviert haben. Die SAGA-GWG hat zum Beispiel von ihren 130 000 Wohnungen zwischenzeitlich 70 000 energetisch saniert. Der Heizenergieverbrauch im Bestand konnte dadurch zwischen 1990 und 2007 deutlich gesenkt werden und bis zum Jahr 2012 ist eine weitere Senkung geplant.

Ich stimme Ihnen zu, dass wir auch bei den städtischen Wohnungsunternehmen mehr Aktivität einfordern müssen – Frau Schneider hat das gesagt –, aber wir sollten auch das Geleistete und den Klimaschutz dabei nicht aus den Augen verlieren, das wäre in der Tat kurzsichtig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Diese energetische Sanierung bezieht sich natürlich nicht nur auf die Leistungen der SAGA-GWG, sondern auch auf die Modernisierungen, die über die Wohnungsbaukreditanstalt gefördert werden; ich will das noch einmal nennen. Die Resonanz auf das Klimaschutzkonzept des Senats war mit einer Zuschussförderung von rund 23 Millionen Euro für 2932 Wohnungen im Startjahr 2008 sehr erfreulich. Es sei an dieser Stelle auch erwähnt – ich will hier nicht ausweichen –, dass wir insgesamt eine Stärkung des Wohnungsneubaus und mehr neue Wohnungen brauchen. Aber es geht uns nicht nur um die quantitative Frage, sondern auch um die Qualität und den Klimaschutzaspekt. Den habe ich als Senatsvertreterin im Blick und der fehlt im SPD-Eckpunktepapier.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn die SPD eine Abkehr vom Höchstgebot für ein begrenztes Kontingent fordert, dann beschreiben Sie in der Tat letztendlich einen wesentlichen Mechanismus, der in der Wohnungsbauoffensive angewendet wurde. Insofern finde ich diese Forde-

(Senatorin Anja Hajduk)

rung nach Qualität gar nicht so falsch, aber dann müssen Sie auch den Mut haben zu sagen, an der Stelle sind schon Dinge versucht worden, vielleicht nicht in dem Ausmaß, wie Sie es wollten.

Es ließe sich auch noch zu weiteren Forderungen etwas ausführen, aber lassen Sie mich zum Abschluss einen anderen Aspekt ansprechen, der in der Debatte und auch im Eckpunktepapier der SPD-Fraktion weitgehend ausgeblendet wurde, von dem ich aber glaube, dass wir uns dennoch darauf einigen können, ihn stärker im Fokus zu behalten. Wir müssen für Menschen, die auf dem freien Markt enorme Schwierigkeiten haben, auch mit Belegungsbindung eine Wohnung zu bekommen, ebenso Antworten liefern. Menschen mit psychischen Erkrankungen, mit Suchtproblemen gehören dazu. In 2009 wollen wir deswegen in einem Pilotprojekt 100 Besetzungsrechte erwerben. Über die reine Belegungsbindung hinaus wollen wir das Recht erwerben, dass die Mieterin oder der Mieter selber auswählen darf, und wir wollen die Rechte dafür einwerben. Das setzt aber voraus, dass es ausreichend Wohneigentümer gibt, die uns dieses Recht auch verkaufen. Dazu werden wir in einen Dialog mit der Wohnungswirtschaft treten und ich hoffe, dass wir in dieser Zielsetzung auch die Unterstützung des Hauses haben.

Wohnungspolitik ist ein anspruchsvolles und schwieriges Thema in der Großstadt Hamburg, das ist überhaupt nicht zu leugnen; wir werden uns diesem Thema mit Engagement widmen. Wir müssen die schwierigen Realitäten, auch mit Blick auf die Flächenfrage, im Auge behalten und in der politischen Debatte immer ganz klar sagen, dass wir auch die Kooperation Dritter, die Kooperation mit der Wirtschaft brauchen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Balcke.

Jan Balcke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Diskrepanz zwischen dem, was die Senatorin gerade gesagt hat, und dem, was Herr Roock gerade zum Besten gegeben hat, könnte größer nicht sein.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das haben Sie falsch verstanden!)

Normalerweise ist es üblich – das habe ich mir aus unserer Regierungszeit sagen lassen –, sich hin und wieder einige Informationen aus der Behörde zukommen zu lassen. Das war hier offensichtlich auch der Fall, aber, Herr Roock, wohl aus der vergangenen Legislaturperiode.

(Wolfgang Beuß CDU: Werden Sie mal nicht frech! – Hans-Detlef Roock CDU: Weil Sie immer den gleichen Unsinn erzählen!)

Das Problem ist, dass Sie Ihren eigenen Zielen nicht im Ansatz nachkommen. Das Wohnungsbaudesaster, und ich betone das an dieser Stelle, ist offensichtlich; die Zahlen belegen es. Es handelt sich hier um einen wohnungsbaupolitischen Offenbarungseid dieser Koalition nach einem Jahr. Besonders erschreckend ist, dass die GAL noch vor genau einem Jahr dieselben kritischen Punkte angemerkt hat, die wir schon damals in diesem Hause kritisiert haben. Getan hat sich – und das ist dramatisch – seitdem nichts. Im Gegenteil, es ist schlimmer geworden, die Neubauzahlen sind weiter zurückgegangen. Warum? Es handelt sich hier um eine ideologische Wohnungsbaupolitik oder, besser gesagt, um eine Geschosswohnungsbau-Verhinderungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik des Höchstpreisverfahrens stammt aus der ideologischen Feder des damaligen Stadtentwicklungssenators Freytag. Er verwies immer gerne auf seine geschönte Bilanz, auf den Betriebshaushalt, mit dem er sich gebrüstet hat. Die Einnahmen, das ist auch bekannt und nichts Neues, sind insbesondere durch den Verkauf städtischer Flächen erzielt worden, und zwar zu Höchstpreisgeboten. An dieser Stelle, meine Damen und Herren von der CDU, sei noch einmal an den bedenklichen Deal zwischen SAGA und GWG erinnert – reine Taschenspielertricks.

(Beifall bei der SPD)

Bedenklich ist das Verhalten der GAL. Die CDU-Position kennen wir, insofern sind Sie in der Defensive, weil Sie nicht mehr am Machthebel dieser so wichtigen Behörde in dieser Stadt sind, bedenklich ist aber das Verhalten der GAL.

(Wolfgang Beuß CDU: Haben Sie 'ne Ahnung, Herr Balcke!)

Herr Lieven – möglicherweise ist er Ihnen bekannt, uns ist er noch bekannt – hat ungefähr vor einem Jahr in diesem Hause gesagt, dass die Wohnungsbaupolitik des damals allein regierenden CDU-Senats grottenschlecht sei. Und jetzt frage ich die Kollegen, die so staatstragend, Herr Becker, die jetzige Politik hier verteidigen, was sich denn seitdem substantiell getan hat. Es hat sich nichts getan,

(Beifall bei der SPD)

im Gegenteil, aus den Antworten auf unsere Kleinen Anfragen wird deutlich, dass die Zahlen weiter in den Keller sinken.

Ich will noch einmal auf die Flächenpolitik eingehen. Hier wird immer – Herr Roock, Ihre Klientel ist es nicht – von den Baugemeinschaften gespro-

(Jan Balcke)

chen. Wer sind denn die Baugemeinschaften? Die Baugemeinschaften sind reine Klientelpolitik für die GAL,

(Heiterkeit bei der CDU und der GAL)

nämlich jene Objekte, die in Ottensen realisiert werden. Es handelt sich nur zum geringen Teil tatsächlich um Mietwohnungsbau, sondern es ist viel Eigentum dabei. Das weiß hier natürlich jeder, es wird nur nicht gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Bedenklich sind natürlich – es ist interessant, dass Frau Schneider darauf hingewiesen hat – die Abrisszahlen der SAGA-GWG. Wir sprechen von ungefähr 1000 Wohnungen, dazu wurde überhaupt nichts gesagt. Insgesamt wurde zu der städtischen Verpflichtung des Wohnungsunternehmens der Freien und Hansestadt überhaupt nichts vonseiten der GAL und der CDU gesagt. Im Saldo zwischen neuen und abgerissenen Wohnungen haben wir mittlerweile eine dramatische Diskrepanz.

Was sind die Auswirkungen? Die Auswirkungen sind, dass die fundamentalen Zahlen sich nicht geändert haben, das hat Herr Lieven damals bestätigt, weil nämlich die Flächen, auf die immer Bezug genommen wird, die der Wohnungswirtschaft für den Wohnungsbau angedient werden, nach wie vor – das hat auch die letzte Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses wieder bestätigt – "reine Ladenhüter" sind.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesem Zitat sagte Herr Becker noch, es sei ungeheuerlich, dass die SPD so etwas sage. Ihr eigener Kollege, Herr Lieven, hat es damals in diesem Haus an dieser Stelle genau so bezeichnet. Ich kann nur sagen: Recht hatte der Mann.

(Beifall bei der SPD)

Problematisch sind die Auswirkungen; es geht hier nicht um den Selbstzweck. Die Auswirkungen von sinkenden Wohnungsbauzahlen werden zwangsläufig sein, dass die Mieten steigen. Diejenigen, die sich Reihenhäuser, Eigentumswohnungen und Einzelhäuser leisten können, werden nicht darunter leiden, sondern es werden jene Menschen in dieser Stadt darunter leiden, die sich diese Preise nicht mehr leisten können, und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Insofern bedauern wir diese Politik des Flächenfraßes, anstatt eine Politik des Wachstums mit Weitsicht zu realisieren. Weitsichtigkeit – ich habe das einmal nachgeschaut – wird definiert als pathologischer Zustand. Möglicherweise hat die GAL ganz besonders auf diesen Zusatz der Weitsichtigkeit Wert gelegt. Das Problem ist nur, dass Sie zu kurz greifen.

(Wolfgang Beuß CDU: Er hat im Pschyrembel nachgeguckt!)

Die Koalition hat seit einem Jahr nichts getan;

(Wolfgang Beuß CDU: Dann sind Sie ja Betroffener!)

das ist das eigentlich Bedenkliche. Insofern war es an der Zeit, dass Herr Grote gestern die Forderungen der SPD-Fraktion vorgestellt hat. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass Frau Senatorin Hajduk – ich habe einmal mitgezählt – acht unserer aufgeführten Punkte lobend erwähnt hat. Einige haben wir allerdings im Vorwege noch nicht gehört, insofern scheint es für sie eine interessante Anregung gewesen zu sein; wir nehmen das positiv zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren! Was kommt nach Sinkflug? Ich habe gesagt, die Zahlen befinden sich im Sinkflug. Noch 2899 Wohnungen wurden 2007 fertiggestellt – das sind die Antworten Ihrer Behörde, hier nachzulesen. Frau Hajduk, ich weiß, dass die Verunsicherung in Ihrer Behörde im Moment besonders groß ist, da die Zahlen für 2008 noch dramatisch schlechter werden; das wissen Sie. Die Frage ist, und da sind wir sehr gespannt, wie Sie es verpacken. Nach Sinkflug kommt, ich arbeite in der Luftfahrtbranche, die Bruchlandung. Die Zeche werden, das sehen wir mit Erschrecken, die Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt zahlen, möglicherweise auch Sie, weil Sie irgendwann natürlich an Ihrer Politik gemessen werden. Ich gebe Ihnen ein ganz praktisches Beispiel, wie in Hamburg Wohnungsbau betrieben wird beziehungsweise, ich wiederhole mich, Wohnungsverhinderungsbau. Ich bin Organmitglied einer großen Hamburger Baugenossenschaft und diese große Hamburger Baugenossenschaft – dass die CDU das Wort wahrscheinlich noch nie gehört hat, wundert mich gar nicht – versucht seit fünf Jahren, im innerstädtischen Bereich in der Grabenstraße direkt an der Messe 42 Wohneinheiten zu realisieren. Ich weiß nicht, wie man das anders als Wohnungsbauverhinderungspolitik nennen soll. Dank des Einsatzes von Bezirksamtsleiter Markus Schreiber kommen wir nun voran.

(Beifall bei der SPD – Hans-Detlef Roock CDU: Wer regiert denn im Bezirk-Mitte! Fragen Sie mal Herrn Schreiber!)

Wir erwarten von Ihnen – insofern sind wir froh, Frau Senatorin, dass Sie uns hier die Hand ausstrecken – ein proaktives Vorgehen der Behörde in Bezug auf den Wohnungsbau. Wir brauchen dreierlei. Wir brauchen eine Bau-, Flächen- und Verwaltungsoffensive. Wir brauchen mehr Wohnungen und insbesondere, darauf ist auch niemand eingegangen, mehr Wohnungen im Geschosswohnungsbau.

(Beifall bei der SPD)

(Jan Balcke)

Das ist das Entscheidende, es geht um die innerstädtische Verdichtung, dazu sagen Sie gar nichts.

Es geht zweitens um die Frage einer Flächenoffensive, nämlich intelligente Flächenbereitstellung statt Höchstpreisverfahren, bei denen nur diejenigen zum Zuge kommen, die sich die Filetstücke in dieser Stadt leisten können. Es bedarf also einer konzertierten Aktion aus Politik und Wohnungswirtschaft. Herr Roock, Sie haben auf Ihr geradezu freundschaftliches Verhältnis mit der Wohnungswirtschaft hingewiesen. Das sind die offiziellen Statements, wir wissen, wie es inoffiziell aussieht. Die Zusammenarbeit im zwischenmenschlichen Bereich ist geradezu tadellos, das kann ich auch gut verstehen bei einem so sympathischen Kollegen wie Ihnen. In der inhaltlichen Frage jedoch ist es desaströs, die Wohnungswirtschaft beklagt das übrigens seit Jahren, und das ist nicht das Versäumnis der GAL, sondern das geht auf Ihr Konto.

(Beifall bei der SPD)

Und dann brauchen wir eine Verwaltungsoffensive. Da habe ich die Ausführungen von Senatorin Hajduk mit Freude zur Kenntnis genommen. Übrigens findet überhaupt keine Flächenbereitstellung statt, sondern es handelt sich um reines Planrecht, das wissen Sie, Herr Roock, sagen es hier aber natürlich nicht. Wir brauchen eine Flächenoffensive, um Hamburg wieder attraktiver zu machen für Geschosswohnungsbau, für Mietwohnungsbau und vor allem für jene Menschen in dieser Stadt, die nur ein mittleres Portemonnaie haben. Dass die GAL sich mittlerweile längst von dieser Klientel verabschiedet hat, haben wir mitbekommen.

(Farid Müller GAL: Blödsinn!)

Wir stehen an der Seite. Wir haben gestern ein Angebot vorgelegt. Die zehn Punkte sollten Sie jetzt abarbeiten. Bis Punkt acht sind Sie schon gekommen, die letzten zwei werden wir Ihnen noch mit auf den Weg geben. Wir werden sehr genau darauf achten, Frau Senatorin und verehrte Koalition, wie die Zahlen Mitte Mai aussehen. Dann werden die Zahlen von 2008 wohl vorhanden sein und dann werden wir uns erneut hier wiedersehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es fällt mir jetzt ein bisschen schwer, hier noch einmal zu entgegnen.

(Zuruf von der SPD: Dann lassen Sie es doch!)

Aber mein Chef hat gesagt, ich solle es tun. Sie bringen hier Dinge an, die Herr Lieven in der letzten Legislatur genannt hat. Er ist ein sehr ge-

schätzter Kollege, nur haben wir hier andere Zeiten, wir haben andere Rollen. Sie können meinetwegen auch über 1895 reden, aber das ist vorbei. Nach noch nicht einmal einem Jahr sagen Sie, die neue Koalition wäre mit ihren Zielen gescheitert.

(Andy Grote SPD: Wenn Sie jetzt nicht umsteuern!)

Dabei wissen Sie oder sollten zumindest wissen, dass die Periodik am Wohnungsmarkt ungefähr zwei Jahre dauert. Das heißt also, die Zahlen, die wir jetzt haben, basieren auf den Grundlagen der letzten Legislaturperiode. Wenn wir jetzt etwas Neues aufbauen, dann wird es auch wieder zwei Jahre dauern, bis es frühestens greift. Das sollten Sie eigentlich wissen. Was Sie hier ablassen, ist vielleicht für das Fernsehen oder für die Presse oder wofür auch immer, aber es hat mit der Sache nichts zu tun.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir sind uns einig darüber, dass wir mehr Einheiten brauchen, und es ist angekündigt, dass wir im April das Programm bekommen werden und darüber können wir dann auch reden. Sie sagen, wir machten Klientelpolitik mit den Baugemeinschaften, aber wenn 20 Prozent der städtischen Flächen, die wir an Baugemeinschaften vergeben und die auch abgenommen werden, an die GAL-Klientel gingen, dann würden wir uns wahrscheinlich nicht in der Minderheitenposition befinden, in der wir jetzt sind.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Wir haben mit vielen anderen – vielleicht auch mit Ihnen – und auch mit dem Koalitionspartner erkannt, dass Baugemeinschaften letztlich das soziale Umfeld stabilisieren und wir erreichen können, dass Menschen in einer Qualität wohnen können, in der sie vielleicht sonst nicht wohnen könnten, dass vielleicht sogar Menschen Eigentum bilden können, die dazu sonst nicht in der Lage wären. Das ist für die Stadt eine sehr sinnvolle Investition. Insofern sollten Sie das als ein Konzept würdigen, das für die Stadt etwas Positives bewirkt, und das ist nicht exklusiv für Leute, die die GAL wählen. Wenn Sie einen Antrag stellen und selber gerne in einer Baugemeinschaft wohnen möchten, glaube ich nicht, dass Sie aufgefordert werden, Ihr GAL-Mitgliedsbuch vorzulegen, Herr Grote,

(Beifall bei der GAL – Andy Grote SPD: Das wär' ja auch noch schöner!)

abgesehen davon, dass Sie auch keines haben. Aber das empfinde ich in diesem Fall auch nicht als Mangel.

(Zuruf von der GAL: Geben Sie zu, Sie haben schon darüber nachgedacht!)

Es ist im Prinzip alles gesagt.

(Horst Becker)

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist im Prinzip alles gesagt zu Ihrem Zehn-Punkte-Programm. Es hat sich schon sozusagen erledigt und wir werden das dann ernsthaft diskutieren, wenn uns die Planung der Behörde auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei der GAL und der CDU –)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/2085 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 28 der heutigen Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses, Neufassung des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes und Entwurf eines Gesetzes zum Neuerlass des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes.

[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksachen 19/780 und 19/1283: Neufassung des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes (Antrag der SPD-Fraktion) und Entwurf eines Gesetzes zum Neuerlass des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes (Senatsantrag) – Drs 19/2052 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Müller.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Informationsfreiheit ist ein Grundgebot unserer Verfassung. Informationsfreiheit ist aber auch ein Gebot politischer Klugheit, denn Bürgerbeteiligung ist aus Sicht der Grünen der wichtigste Schmierstoff der Demokratie und ein gutes Bollwerk gegen den Extremismus. Beteiligen kann sich bekanntlich nur jemand, der auch informiert ist und da schließt sich der Kreis.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Wenn wir uns einmal anschauen, wann das erste Mal Informationsfreiheit in der politischen Debatte aufgetaucht ist und zu Empfehlungen geführt hat, dann liegt das 30 Jahre zurück, als der Europarat das empfohlen hat, und das Hamburger Gesetz ist jetzt drei Jahre alt. Manchmal ist alles etwas langsam, aber jetzt sind wir umso schneller, denn schon nach drei Jahren gibt es eine Novelle, über die wir heute reden. Dass es Gründe für Verbesserungen gibt, kann man dem Gesetzesvorschlag des Senats entnehmen. Wir wollen, dass der Bereich, in dem Bürger mehr Informationen bekommen können, erweitert wird. Jetzt sollen auch öffentliche Körperschaften und Stiftungen die Mög-

lichkeit haben, den Bürgern zu antworten und vor allen Dingen hat der Bürger auch ein Recht darauf, dass er eine Antwort bekommt. Das ist eine Erweiterung des Kreises seitens der Stadt Hamburg, wo die Informationsfreiheit greift.

Ein weiterer Punkt, der auch uns Grünen sehr wichtig ist, ist, dass der Kreis der Personen erweitert wird, damit nicht nur Bürger dieses Landes und dieser Stadt, sondern auch außerhalb der EU die Möglichkeit haben, nachzufragen und tatsächlich auch juristische Personen; auch das ist neu, das hatten wir im bisherigen Gesetz nicht. Und wie das so oft ist, wenn Behörden Auskunft geben sollen, gibt es natürlich erst einmal den Reflex zu sagen: Oh, wir wissen nicht, ob wir das herausgeben können, das sehen wir als schwierig an und bekanntlich laufen auch jetzt schon Widerspruchsverfahren. Wir haben gesagt, dass der Bürger ein Recht darauf hat und dass der Vorgang, damit er das Gefühl hat, dass es schnell läuft, innerhalb eines Monats abgeschlossen werden soll. Das finden wir gerecht und das bindet auch die Verwaltung gegenüber der Bevölkerung zeitlich.

Wenn es dann aber immer noch Streit gibt, haben wir den bisherigen Datenschutzbeauftragten damit beauftragt, in Zukunft der Beauftragte für den Informationsvorhalt zu sein. Er muss sich der Dinge annehmen, wenn Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger im Clinch liegen und er ist dann auch der Anwalt für die Bürgerinnen und Bürger. Das wollen wir so und deswegen werden, wenn wir den Haushalt verabschieden, dafür auch zwei neue Stellen geschaffen.

Meine Damen und Herren! Es gibt, wie wir auch im Ausschuss beraten haben, natürlich die Situation, dass die Verwaltung gerne bei der Ablehnung oder bei der widerwilligen Herausgabe von Informationen den Datenschutz anführt. Natürlich gibt es einen Interessenkonflikt zwischen Datenschutz auf der einen Seite und Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite. Wir wollen aber, dass er im Falle der Ablehnung konkretisiert wird. Das heißt, wir wollen nicht, dass Datenschutz nur ein vorgeschobener Vorwand ist. Das finden wir wichtig, damit das Gesetz auch in der Realität greifen kann und nicht ausgekontert wird.

Das vorliegende Gesetz wird Hamburg nützen und es zeigt auch, dass wir Schluss machen mit dieser behördlichen Geheimniskrämerei und das ernst meinen. Wir wollen die Verwaltung mitnehmen, deswegen haben wir diese Instrumente auch im Sinne von mehr Informationsvorhalt neu justiert. Wir haben uns vorgenommen, für Offenheit in dieser Stadt zu sorgen, denn es ist ein qualitativer Sprung zu dem, was bisher war. Das hat auch damit zu tun, dass man drei Jahre lang Erfahrungen sammeln konnte, wie das mit dem bisherigen Gesetz gelaufen ist. Hamburg kann sich nicht "Tor zur

(Farid Müller)

Welt" nennen, wenn die Türen der Verwaltung geschlossen sind.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen glauben wir, dass wir hiermit einen guten Schritt nach vorne machen. Auch die Diskussion im Rechtsausschuss hat gezeigt, dass das die fraktionsübergreifende Meinung ist. Wir gehen hier auch weiter als der Bund. Das ist ein Qualitätssprung, den wir in Hamburg, vielleicht gerade in dieser Konstellation, gut hinbekommen haben, denn wenn ich mir anschau, was meine Kollegin im Bundestag jetzt herausgefunden hat, dass bei den Abfragen an die Bundestagsverwaltung die Anfragen gestiegen sind, aber leider auch die Ablehnung, dann führt das zu Frust bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben dann ein Gesetz, aber wenn sie es anwenden wollen, führt es zu einem negativen Erlebnis. Diese Ausnahmen, die der Bund macht, sind nicht gut. Deswegen bin ich froh, dass wir als Koalition der Großen Koalition in Berlin zeigen, dass bei einer Großen Koalition nicht immer das Beste herauskommen muss. Wir bitten um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die CDU-Fraktion hat durch die Verabschiedung des Gesetzes aus dem Jahre 2006 gezeigt, dass sie für Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns ist und hat deswegen während ihrer Alleinregierung bereits ein Informationsfreiheitsgesetz eingereicht. Das ist in anderen CDU-regierten Ländern nicht unbedingt selbstverständlich.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das war auch eine schwere Geburt!)

Es ist ein erster Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung und mehr Bürgerorientierung gewesen, dafür stehen wir ein und das wollen wir mit der Neufassung, die wir zusammen mit der GAL erarbeitet haben, fortführen.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf wird der Anwendungsbereich erweitert; das ist auch richtig so. Jetzt kann jede natürliche und juristische Person Informationen verlangen. Besonders interessant sind diese Informationen häufig für Journalisten und auch im Sinne von mehr Transparenz der öffentlichen Verwaltung, mehr Kontrolle ist das ein Bereich, den wir unterstützen.

Wir haben durchaus Probleme gehabt und uns überzeugen lassen – insoweit kamen von den Grünen gute Anregungen –, auch laufende Verfahren

mit hineinzunehmen. Wir werden einmal beobachten, was sich dabei ergibt. Wir waren durchaus kritisch, aber manchmal machen wir auch Zugeständnisse.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Sie haben sich überzeugen lassen!)

Wir haben uns von den guten Argumenten überzeugen lassen. Die kamen aber von den Grünen und nicht von der SPD.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ein sehr wichtiger Punkt ist insbesondere, dass wir die beschleunigte Abwicklung regeln mit der zwei-monatigen Untätigkeit. Wenn nichts passiert, dann gilt ein verschärftes Verfahren. Gut ist, dass wir, einmalig in ganz Deutschland, einen IFG-Beauftragten haben. Mit dieser Konstruktion des Datenschutzes und des Informationsfreiheitsbeauftragten ist Hamburg Vorreiter – eine sehr spannende Entwicklung. Das sind durchaus Fortschritte, die wir weiter beobachten müssen.

Besonders spannend finde ich bei der SPD die Aussagen zu Veröffentlichungspflichten. Da sind Sie mit Ihren Anträgen über das Maß hinausgeschossen. Das würde bedeuten, dass jede kleine Auskunft, jeder Telefonanruf in der Verwaltung protokolliert werden muss. Das geht zu weit, das würde die Verwaltung wieder lähmen. Wir sind für Entbürokratisierung und nicht für weitere Bürokratie, die Sie damit schaffen würden. Deswegen haben wir das im Ausschuss auch abgelehnt. Sie haben es noch nicht einmal mehr als Änderungsantrag eingebracht, also scheint es Ihnen nicht wichtig gewesen zu sein.

(Beifall bei der GAL)

Wir stehen mit diesem Gesetz für mehr Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung. Insoweit werden wir dem so zustimmen; stimmen Sie auch zu. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Schiedek.

Jana Schiedek SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt nicht mehr viele Bereiche, in denen wir mit den Koalitionsfraktionen übereinstimmen. Aber nach der Lektüre des Berichts des Rechtsausschusses, das wird Sie sicherlich nicht sonderlich verwundern, begrüßen wir, wenn auch nicht mit so pathetischen Worten und Superlativen wie Herr Müller, dieses richtige und wichtige Gesetz.

Die grundlegende Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes der CDU war dringend notwendig und hat im Ergebnis dazu geführt, dass der uns jetzt vorliegende Gesetzesentwurf auch tatsächlich

(Jana Schiedek)

den Titel Informationsfreiheitsgesetz verdient hat. Dabei ist es genauso überraschend wie auch schön zu sehen, wie die CDU diese Transparenz des Verwaltungshandelns mittlerweile quasi verinnerlicht hat. Ich hoffe, dass die CDU-geführten Behörden dieses Gesetz dann mit dem gleichen Brustton der Überzeugung leben werden und freue mich darauf.

Die Zustimmung wird uns dadurch erleichtert, dass der jetzige Gesetzesentwurf unsere wesentlichen Kritikpunkte an dem alten CDU-Gesetz aufgreift beziehungsweise unsere eigenen Forderungen aus unserem Gesetzesentwurf vom Juli letzten Jahres umsetzt.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Genau so ist es!)

Damit meine ich insbesondere die Ausweitung des Kreises der Antragsteller, was bereits hinlänglich dargelegt wurde, des Anwendungsbereiches, was auch von meinen Vorrednern hinlänglich dargelegt wurde, sowie die Rücknahme der zahlreichen Einschränkungen und Ausschlusstatbestände des CDU-Gesetzes.

(Wolfgang Beuß CDU: Dann verkürzen Sie es doch!)

– Das tue ich doch gerade. Sie ahnen gar nicht, was ich hier alles aufgeschrieben habe.

Wir begrüßen explizit, dass das IFG nun endlich den Informationsfreiheitsbeauftragten in Person des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten vorsieht, vor allen Dingen, dass dieser dann auch mit den entsprechenden Stellen ausgestattet wird.

Sie haben in der Tat recht, dass wir es versäumt haben, unseren Zusatzantrag noch einmal einzubringen. Ich befürchte allerdings, er wäre auch wieder abgelehnt worden, aber da Sie sich so gerne von Argumenten überzeugen lassen, hätte er vielleicht eine Chance gehabt; da haben wir einen Fehler gemacht.

Völlig unverständlich ist uns aber – deshalb haben wir in der Sitzung des Rechtsausschusses nach der Ablehnung unseres eigenen Antrags noch einen Zusatzantrag gestellt – das Fehlen von Pflichten der Behörden zur Veröffentlichung von Informationen und das Fehlen einer Evaluationsklausel in Ihrem Gesetzesentwurf. Wenn Sie schon in Ihrem Gesetzesentwurf Informationsrechte der Bürger stärken und ausweiten wollen, dann hätten Sie dafür sorgen müssen, dass die Bürger auch einmal erfahren, bei welcher Behörde sie welche Informationen bekommen können. Das dient nicht nur der Bürgerfreundlichkeit und Transparenz der Verwaltung, sondern auch der sachgerechten Antragstellung, sodass es durchaus der Verwaltung selbst helfen kann.

(Beifall bei der SPD)

Solche Veröffentlichungspflichten sind keine Besonderheit, wie Frau Spethmann das hier darstellen wollte, sondern finden sich in zahlreichen Informationsfreiheitsgesetzen in den Bundesländern und im Bund, nur nicht in Schleswig-Holstein. Das, so mussten wir in den Ausschussberatungen lernen, ist der Grund, warum es in Hamburg auch keine solchen Veröffentlichungspflichten geben soll, denn im Koalitionsvertrag sei geregelt, so die Senatsvertreter, dass sich der Gesetzesentwurf an dem Schleswig-Holsteiner Gesetz anpassen soll; das nenne ich eine überzeugende Gesetzesbegründung.

(Beifall bei der SPD)

Da würde man sich doch wünschen, dass die Regierungsparteien ihren Koalitionsvertrag auch in anderen Bereichen so strikt umsetzen. Im Bereich der verfassungswidrigen Privatisierung des Maßregelvollzugs wäre das deutlich dringender und sinnvoller,

(Beifall bei der SPD)

zumal auch der Grund für diesen Gleichklang der Informationsfreiheitsgesetze zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg das Bestreben der Koalitionspartner war, einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten mit Schleswig-Holstein einzurichten, der dann für beide Länder Informationsfreiheitsbeauftragter sein sollte. Dieses Bestreben war offensichtlich nicht erfolgreich, da Schleswig-Holstein kein Interesse an einem gemeinsamen Datenschutzbeauftragten hatte. Es hätte vielleicht einmal vorher jemand im Nachbarland anrufen können, ob die überhaupt ein Interesse an Ihren Plänen haben; dazu fällt mir wieder das Stichwort Weitsicht ein.

(Beifall bei der SPD)

Aber das erspart uns zumindest die Debatte über den Sinn eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten.

Ihre Weigerung, Veröffentlichungspflichten in den Gesetzesentwurf aufzunehmen, ist umso absurder vor dem Hintergrund – da verstehe ich Ihre Argumentation auch nicht mehr –, dass sowohl das derzeit noch geltende Gesetz der CDU Veröffentlichungspflichten vorsah als auch der GAL-Entwurf der letzten Legislaturperiode. Ihr Gesetzesentwurf bleibt also nicht nur hinter unserem Antrag zurück, sondern hinter der geltenden Gesetzeslage und hinter Ihren eigenen Ansprüchen.

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Spethmann erklärt Ihnen das!)

– Frau Spethmann erklärt mir das, dann bin ich gespannt.

Mit Verlaub, die Ausführungen des Senats im Ausschuss, dass die Behörden in ihrer Entscheidung frei seien, weiterhin Organigramme, Aktenpläne

(Jana Schiedek)

und Weiteres zu veröffentlichen, geht an der Realität vorbei. Wie die Anfrage von Herrn Schmidt erbracht hat, schaffen die Behörden das nicht einmal alle unter der derzeit geltenden Verpflichtung. Insofern frage ich mich, wie das auf freiwilliger Basis funktionieren soll.

Das alles macht deutlich, dass eine Evaluationsklausel hier mehr als sinnvoll erscheint. Gerade, wenn die Rechte der Bürger gestärkt werden, muss der Staat sicherstellen, dass das auch effektiv erfolgt, und zwar nicht nur theoretisch, sondern auf der Basis tatsächlicher und gesicherter Daten. Aber auch das werden die Behörden sicherlich wieder freiwillig erledigen, da können wir uns sicher sein.

(Farid Müller GAL: Warum nörgeln Sie eigentlich soviel?)

– Bevor ich in den gleichen Jubelkanon ver falle wie Sie – das ist auch nicht meine Aufgabe –, möchte ich einmal sagen, was bei Ihnen nicht so optimal gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die geringe Anzahl der bisherigen Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz macht meines Erachtens zweierlei deutlich. Einerseits widerlegt dies die Kritiker des Informationsfreiheitsgesetzes, die damals eine Riesenwelle von Anträgen prognostiziert hatten, die die Verwaltung überrollen und quasi lahmlegen würde – es ist auch gut so, dass die endlich widerlegt sind –, andererseits macht sie aber auch deutlich, dass in diesem Bereich gerade in der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit noch einiges geleistet werden muss, damit die Bürger überhaupt über ihre Informationsrechte informiert werden. Insofern kann man nur hoffen, dass die Justizbehörde ihre Ankündigung einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit wahr macht und vielleicht im Rahmen dessen noch einmal ihre Gebührenstruktur hinsichtlich Transparenz und Angemessenheit überprüft.

Ein Abgeordneter der GAL hat das alte CDU-Informationsfreiheitsgesetz in der letzten Legislaturperiode einmal als zahnlosen Papiertiger bezeichnet. Ohne diese Anmerkung hier weiter kommentieren zu wollen, kann ich nur hoffen, dass wir durch diese Überarbeitung, der wir heute alle zustimmen werden, Ihr IFG so aufgepäppelt haben, dass es seiner Aufgabe wirklich sinnvoll nachkommen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Meine Fraktion teilt trotz einiger Kritik, auf die ich natürlich noch einge-

hen werde, insgesamt die Auffassung, dass die vorgelegte Neufassung des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes eine deutliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Rechtslage bedeutet.

(Harald Krüger CDU: Dann haben wir etwas falsch gemacht!)

Das bisher geltende Gesetz verweist auf das Bundesinformationsfreiheitsgesetz und dieses kennt mehr Ausnahmen als Regelfälle, wenn es darum geht, Informationen zu erteilen oder zu verweigern.

Herr Müller hat schon angesprochen – das hatten Sie so nicht gesagt, aber ich sage es jetzt –, dass es angesichts der eklatanten Schwächen des Bundesgesetzes nicht verwundert, dass die Zahl der Anfragen auf Bundesebene, auch wenn sie 2008 leicht gestiegen ist, mit 1548 immer noch sehr niedrig ist, wie ich einer Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen entnahm. Noch bezeichnender ist, dass von diesen Anträgen mehr als ein Drittel, nämlich 536, abgelehnt wurden, deutlich mehr als im Jahr zuvor, und dass die Zahl der vollständig beantworteten Anfragen zurückging. Das ist kein guter Trend und verweist auf die Schwächen des Bundesgesetzes. Ich gehe aber davon aus, dass sich die Hamburger Bilanz nach Inkrafttreten des Gesetzes deutlich besser darstellt.

Da wir den Gesetzesentwurf insgesamt für einen Fortschritt halten, werde ich im Folgenden nicht im Einzelnen die Zustimmung begründen, da schon vieles gesagt worden ist, sondern einige Kriterien nennen, an denen wir den Gesetzesentwurf messen und die auch unsere Kritikpunkte beleuchten.

Erstens: Das Geheimhaltungsinteresse der Verwaltung muss in möglichst engen Grenzen gehalten werden. Auskunftsverweigerung sollte nur in wenigen strikt begründeten Fällen möglich sein. Generell gilt, dass Öffentlichkeit ein Lebenselixier jeder Demokratie, ein urdemokratisches Prinzip ist. Ich zitiere:

"Alle auf das Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind un-recht."

Dies formulierte schon vor einigen Jahrhunderten Immanuel Kant.

(Wolfgang Beuß CDU: Königsberg!)

– Richtig.

Dass viele Ausnahmeregelungen und Ausschlussstatbestände gefallen sind, begrüßen wir ausdrücklich. Manche Einschränkungen, die noch enthalten sind, halten wir für sachgerecht, andere nicht. Für sehr problematisch halten wir etwa, dass unter den Schutz öffentlicher Belange, bei denen der Antrag auf Information abzulehnen ist, in Paragraph 8 sehr

(Christiane Schneider)

allgemein und weit auslegungsfähig Informationen fallen sollen, deren Bekanntwerden – ich zitiere –:

"... die internationalen Beziehungen, die Beziehungen zum Bund oder zu einem Land, die Landesverteidigung oder die innere Sicherheit nicht unerheblich gefährden würde."

– Zitatende.

Das ist eine regelrechte Gummiklausel, die es zum Beispiel der Innenbehörde ermöglichen kann, jede Menge Informationen unter Verschluss zu halten und der Öffentlichkeit vorzuenthalten und so den öffentlichen Meinungskampf um Fragen der Inneren Sicherheit zu erschweren. Außerdem teile ich das Ansinnen der SPD, dass die Aufnahme eines allgemeinen Veröffentlichungsgebots sowie der Veröffentlichungspflichten sinnvoll wäre. Leider haben Sie den Antrag nicht eingereicht.

Ich will es trotzdem begründen, weil jahrhundertlang mit der Amtsverschwiegenheit des deutschen Beamten das Amtsgeheimnis ein eherner Grundsatz der Verwaltung war. Das sollte nun ausdrücklich beerdigt, der endgültige Wandel vom Amtsgeheimnis zur Informationsfreiheit deutlich dokumentiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens: Alle Behörden müssen im Prinzip in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen und Ausnahmen gut begründet sein. Leider enthält der Gesetzesentwurf hier für unseren Geschmack recht viele Ausnahmen, was die Tendenz zur weiten Auslegung fördern mag. Einige dieser Ausnahmen sind wiederum einleuchtend, andere nicht. Für besonders problematisch halten wir, dass ein Anspruch nach dem neuen Gesetz nicht gegen ein Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform gerichtet werden kann, soweit es am Wettbewerb teilnimmt. Damit werden bestimmte, wie es in der Begründung heißt, Aktivitäten der Hamburg Port Authority, der Stadtreinigung, der Stadtentwässerung, des UKE und anderer Einrichtungen von der Informationspflicht ausgenommen.

Drittens: Private und Beliehene, die hoheitliche Aufgaben erfüllen – das hatten wir in der letzten Sitzung – sollten ebenfalls Auskunft geben müssen. Das ist in dem neuen Gesetz geregelt.

Viertens: Das Auskunftsverfahren sollte so wenig wie möglich formalisiert sein. Auch telefonische Anfragen oder Anfragen per E-Mail sollten Anerkennung finden; auch das finden wir geregelt.

Fünftens: Das Gesetz sollte ausführliche Regelungen über die Art und Weise der Erschließung und Ordnung des Materials enthalten. Hier unterstützen wir oder hätten wir unterstützt den Vorschlag der SPD zur Art und Weise der Veröffentlichung, insbesondere die Einrichtung eines zentralen Informationsregisters.

Sechstens: Der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Recht darf nicht am Geldbeutel hängen. Das ist aber leider derzeit nicht ausgeschlossen. Der Senat hat sich mit der Frage der Änderung der Gebührenordnung bisher nicht befasst und sieht nach eigener Auskunft derzeit auch keinen Bedarf. Das ist schade, doch dieser Frage werden wir weiter nachgehen.

Auch wenn ich vor allem Kritikpunkte genannt habe, möchte ich abschließend noch einmal betonen, dass wir dem Gesetz zustimmen werden, weil seine Regelungen gegenüber dem jetzigen Zustand einen nicht unerheblichen Fortschritt bringen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält der Justizsenator Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Neufassung des Informationsfreiheitsgesetzes vom 1. August 2006, das in der letzten Wahlperiode beschlossen wurde, ist ein wichtiges rechtspolitisches Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung von CDU und GAL. Statt wie bislang sich mit Verweisen auf das Bundesinformationsfreiheitsgesetz zu behelfen, wird ein vollständiges und aus sich selbst heraus verständliches Hamburger IFG erlassen. Wir erreichen dadurch eine Angleichung der Gesetzeslage in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die Erfahrungen, die wir mit dem Informationsfreiheitsgesetz seit dem 1. August 2006 machen durften, sprechen dafür, dass eine deutliche Ausweitung sehr sinnvoll wäre. Die Bürgerinnen und Bürger gehen mit ihren Informationsrechten sehr verantwortungsbewusst und maßvoll um und die Verwaltung ist in der Lage, die Anfragen zeitnah zu beantworten, ohne dass dadurch andere Aufgaben zurückgestellt werden müssten.

Mit dieser Neufassung des Informationsfreiheitsgesetzes werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger erweitert und gestärkt. Dies schafft eine neue Form der Transparenz in der Verwaltung und erhöht somit die Akzeptanz des Verwaltungshandelns. Die Neufassung ermöglicht es, den Bürgern einen grundsätzlich freien Zugang zu allen in der öffentlichen Verwaltung existierenden Informationen zu gewährleisten, ohne dass sie ein berechtigtes Interesse nachweisen müssen, warum sie die begehrte Information haben wollen. Stattdessen muss die Verwaltung erklären, warum sie gegebenenfalls Informationen zurückhält. Darin liegt ein Wandel des Selbstverständnisses der Verwaltung. Die moderne demokratische Verwaltung will sich nicht vom Bürger abschotten und viel zu viele Amtsgeheimnisse bewahren, sondern sie begreift die Offenheit und die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit als ein eigenes Anliegen.

(Senator Dr. Till Steffen)

Die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger sind Teil ihrer demokratischen Rechte. Information ist die Grundlage für Kontrolle und für Mitbestimmung. Informierte Bürgerinnen und Bürger können sich auch engagieren und an der politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsfindung teilhaben.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Das neue IFG ist damit ein Baustein einer modernen Bürgerrechtspolitik.

Die Neuerungen sind von den Vorrednern zutreffend dargestellt worden. Alle haben offenbar die Drucksachen sorgfältig gelesen

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

und insoweit will ich das auch nicht wiederholen. Ich will aber ein paar Beispiele bringen, damit ein bisschen plastisch wird, was sich realistisch ändert.

Erstes Beispiel: Ein künftiger Germanistikstudent, der sich für den Studienort Hamburg entscheiden will, kann bei der Universität in Erfahrung bringen, ob es Planungen zu einer Änderung der Studienordnung gibt.

Zweites Beispiel: Die Rentnerin, die sich über ihren Bescheid für die Abwasserrechnung ärgert, kann überprüfen, ob die für die Erhöhung der Rechnung genannten Gründe tatsächlich stichhaltig sind.

Drittes Beispiel: Der Freizeitsportler, bei dem eine Knieoperation ansteht, hat die Möglichkeit, sich bei der Universitätsklinik darüber zu informieren, ob die Struktur der Schichtenpläne ein ausgerichtetes medizinisches Personal garantiert.

Oder viertes Beispiel: Das australische Unternehmen, das größere Solaranlagen betreibt, kann sich einen Überblick über die Genehmigungspraxis in Hamburg verschaffen.

Schließlich Beispiel Nummer fünf: Die umweltinteressierte Bürgerin, die vom geplanten Fällen mehrerer Bäume in ihrem Stadtteil in der Zeitung liest, kann bei ihrem Bezirksamt das eingeholte Gutachten zur Notwendigkeit der Maßnahme einsehen.

(Beifall bei *Christiane Blömeke GAL*)

Das macht plastisch, worum es geht, dass es ganz lebensnahe Beispiele sein können. Gerade das letzte Beispiel ist all denjenigen geläufig, die sich jemals in der Bezirkspolitik getummelt haben. Gerade solche Verwaltungsentscheidungen, die häufig sehr konkrete Auswirkungen haben, werden sehr intensiv hinterfragt. Es gibt ein großes Interesse der Bürgerinnen und Bürger, genau zu wissen, auf welcher Basis die Entscheidung ergeht.

Wir haben auch wesentliche Stärkungen der Durchsetzungsmöglichkeiten der Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Gesetzesentwurf vorgesehen – auch das ist zutreffend wiedergegeben wor-

den –, die Beschleunigung des Rechtsbehelfsverfahrens auf der einen Seite und, ganz wichtig, endlich auch in Hamburg der Beauftragte für die Informationsfreiheit.

An der Stelle will ich ein Wort zu den Veröffentlichungspflichten sagen. Ich bin mir sicher, dass die Behörden auch weiterhin Informationen zur Verfügung stellen werden, die es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, sich zurechtzufinden und herauszufinden, welche Behörde zuständig für ein bestimmtes Anliegen ist und wo die Informationen sind, die Basis einer bestimmten Entscheidung sind.

(*Stefan Schmitt SPD*: Was heißt hier weiterhelfen? Bekommen die ihr Geld wieder?)

Wir werden natürlich auch weiterhin erleben, dass die Behörden Organigramme und ähnliche Informationen zur Verfügung stellen. Die Frage ist, ob die bisherige gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung von Aktenplänen der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wirklich eine Hilfe ist, ob wirklich ein erhöhtes Maß an Transparenz hergestellt wird oder ob nicht – das muss man schon im Zusammenhang sehen – gerade die Beratung durch den Beauftragten für die Informationsfreiheit viel hilfreicher ist. Deswegen meinen wir, dass man sehr wohl auf diese umfassenden Verpflichtungen verzichten kann, weil wir jetzt Personal zur Verfügung stellen, um parteiisch die Bürgerinnen und Bürger zu beraten, wie man sein Informationsrecht durchsetzt. Das ist gewollt und wird auch geschehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das Erfreuliche in der Gemengelage – wir haben es eben in der Debatte erlebt – ist, dass unser Anliegen, die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, sehr breit geteilt wird. Das wird auch deutlich, wenn man abgleicht, welche Unterschiede zwischen dem Gesetzesentwurf des Senats und dem Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion bestehen, den wir heute abschließend beraten; da sind die Unterschiede sehr gering. Wir haben in der Debatte erlebt – bei der SPD war das vielleicht eher ein Thema für die Feinschmecker, das Interesse bei den Koalitionsfraktionen war etwas ausgeprägter – und ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Feinschmeckerinnen und Feinschmecker umso vehementere Befürworter der Informationsfreiheit sind und es ist doch erfreulich, wenn es einen allgemeinen Rückenwind für ein solches wichtiges Vorhaben des Senats gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Wenn weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Wer Ziffer 1 der Empfehlungen des Rechtsausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so geschehen.

Wer sich Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen anschließen und das Gesetz zum Neuerlass des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes aus Drucksache 19/1283 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch dies ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wer darüber hinaus den Ausschussempfehlungen zur Drucksache 19/1283 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch das ist einstimmig so geschehen.

Ich rufe dann Punkt 29 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/2080: Bericht gemäß § 25 Absatz 7 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz über die Kontrolltätigkeit des Parlamentarischen Kontrollausschusses gemäß § 24 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz im Berichtszeitraum 2008.

[
Bericht gemäß § 25 Absatz 7 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz (HmbVerfSchG) über die Kontrolltätigkeit des Parlamentarischen Kontrollausschusses gemäß § 24 HmbVerfSchG (Berichtszeitraum: 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008)
– Drs 19/2080 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, bitte.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Von wem, glauben Sie, stammt die Forderung nach – ich zitiere –:

"Abschaffung unnötiger Ämter wie zum Beispiel des Verfassungsschutzamtes."

– Zitatende.

(Klaus-Peter Hesse CDU und Karl-Heinz Warnholz CDU: Von Ihnen!)

– Nein, vom Bund der Steuerzahler Hessen, der diese Forderung zusammen mit elf anderen Ende Januar den hessischen Koalitionsparteien vorlegte.

Natürlich kann sich meine Partei, meine Fraktion, dieser Forderung auch unter dem Gesichtspunkt der immensen Gelder anschließen, die dieses Amt verschlingt, ohne dass die Verausgabung irgendeiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt, ja unterliegen kann, denn der Haushalt des Landesamtes für Verfassungsschutz ist zwar im Haushalt der Behörde für Inneres mit knapp 12 Millionen Euro enthalten, aber wie und wofür das Geld ausgegeben wird, das darf diese Bürgerschaft, die den Haushalt zu beschließen hat, nicht erfahren und auch nicht, wie viele Beamte, wie viele Angestellte, wie viele bezahlte Spitzel unter den 142,6 Vollzeitäquivalenten sind.

Die Forderung des hessischen Bundes der Steuerzahler – die sind ein bisschen zurückgerudert, das will ich ihnen gerne zugestehen – ...

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Sie rudern weiter!)

– Ich rudere weiter –. Die Forderung stieß, wie Sie sich denken können, auf breiten, wenngleich unterschiedlichen Widerhall. Die hessische Humanistische Union griff sie auf und erklärte, es sei tatsächlich am besten, wenn die Verfassungsschutzämter aufgelöst würden und die Bürger selbst den Schutz der Verfassung als gemeinsame Bürgerpflicht übernehmen.

(Zuruf: Spitze!)

Ein großes Problem sei, so die Humanistische Union – und dieser Kritik stimmen wir vorbehaltlos zu –, vor allem die mangelhafte Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden. Bedürfte es eines Beweises, wie recht die Humanistische Union hat, so liegt er in dem Bericht des Parlamentarischen Kontrollausschusses vor. Zu befürchten ist, dass der Ausschuss wirklich nicht mehr weiß, als er berichtet, und das ist fast nichts.

Übrigens ist es der schlechteste Bericht, den ich je gelesen habe. Ich habe mir die früheren Berichte vorhin angeschaut. So einen schlechten Bericht habe ich noch nie gesehen. Der Ausschuss erfährt nur, was ihm der Geheimdienst mitteilt, das heißt, diejenigen, die eigentlich kontrollieren sollen, sind ganz auf die Informationen derjenigen angewiesen, die sie zu überwachen haben.

Meine Frage an die Mitglieder des Kontrollausschusses lautet: Haben Sie durch das Landesamt eigentlich mehr erfahren, als man ohnehin in der Zeitung lesen kann oder als man mit ein bisschen Recherche selbst in Erfahrung bringen kann? Wurden Sie zum Beispiel – das ist der einzige inhaltliche Punkt Ihres Berichts – rechtzeitig vom Landesamt darüber informiert, dass man sich automatisch alle Organisationen und Personen melden ließ, die

(Christiane Schneider)

Infostände anmeldeten? Insgesamt wurden vom 1. Oktober bis zum Zeitpunkt, an dem diese Praxis aufgedeckt wurde, 164 Infostände von Bezirksämtern an das Landesamt gemeldet von Parteien, Bürgerinitiativen, Einzelpersonen, ja selbst von Kirchen.

Die Praxis ist übrigens nicht beendet worden, als es aufgedeckt wurde, sondern hat insgesamt drei Monate andauert. Das Landesamt startete ohne jede Rechtsgrundlage in Selbstermächtigung eine automatische Abfrage aller Anmeldungen, schnüffelte in Personalien von allen möglichen Leuten herum, die nichts anderes wollten, als sich an die Öffentlichkeit zu wenden und völlig legal handeln. Das Amt stellte generell jede zivilgesellschaftliche Aktivität im Zusammenhang mit Infoständen unter Generalverdacht. Hat das Landesamt von sich aus den Parlamentarischen Kontrollausschuss informiert? Nein.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das ist ja wie in der DDR gewesen!)

– Dazu komme ich noch.

Es war DIE LINKE, die nicht im Kontrollausschuss vertreten sein darf – natürlich aus rein mathematischen Gründen –, die sich aber nicht davon abhalten lässt, ihrer parlamentarischen Kontrollverantwortung so gut es geht nachzukommen. Wir haben den Skandal aufgedeckt.

(Beifall bei der LINKEN – Harald Krüger CDU: Sie sind doch befangen in dieser Frage!)

– Auch dazu komme ich noch.

Damit komme ich zum zweiten Punkt in Sachen Kontrolle. Was ist das Schutzgut, um das es bei der Kontrolle geht? Meiner Meinung nach bestünde die zentrale Aufgabe der Kontrolle darin zu prüfen, ob und inwiefern geheimdienstliche Tätigkeit Grundrechte oder Freiheitsrechte verletzt. Es ginge also bei der Kontrolle um den Schutz der Verfassung vor maßlosen Überwachungsansprüchen des Verfassungsschutzes, nicht um den Schutz dieser maßlosen Ansprüche vor Einschränkungen, die aus der Gültigkeit der Grundrechte resultieren. Der Kontrollausschuss kritisiert aber nicht etwa die Verletzung der Grundrechte durch diese, wie ich finde, unappetitliche Ausspähung und Überwachung der Infostände, sondern er kritisiert, dass aufgrund der öffentlichen Debatte eine – ich zitiere –

"Diskontinuität des Informationsflusses"

– Zitatende – eingetreten sei und daraus – Zitat

"Informationslücken"

entstanden seien.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das ist ja ein Skandal!)

Er sorgt sich, dass durch rechtstaatliche Einhegung der Überwachung geheimdienstliche Informationslücken entstehen, und nicht darum, dass durch die Überwachung völlig legalen Verhaltens Grundrechte verletzt werden.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder gibt der Bericht den Diskussionsstand im Ausschuss in Sachen Infostände falsch wieder. Dann verstehe ich nicht, dass dieser Bericht unwidersprochen vorliegt. Oder er gibt ihn richtig wieder, dann hat sich der Kontrollausschuss vom Landesamt freiwillig sämtliche Zähne ziehen lassen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wenn Sie wüsten!)

Ich ziehe aus diesem Bericht den Schluss, dass der Verfassungsschutz an diesem Punkt als Geheimdienst, unbehindert von demokratischer Kontrolle, mit fragwürdigen und intransparenten Mitteln arbeitet.

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt. Bürgerrechtsorganisationen wie die Humanistische Union kritisieren, dass innerstaatliche Geheimdienste ein Mittel zur Unterdrückung von Andersdenkenden sind. Dieser Auffassung schließt sich DIE LINKE gerade angesichts der schlimmen und durch nichts zu rechtfertigenden uferlosen Schnüffel- und Überwachungstätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR an.

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Was etwa in den Verfassungsschutzberichten als Aufklärung daherkommt, ist in erheblichen Teilen eine Diffamierung politischer Gegner und eine heucheliche Verrufserklärung. Auch hierzu habe ich eine Frage an die Mitglieder des Kontrollausschusses. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat bei Vorstellung seines letzten Verfassungsschutzberichts mitgeteilt, dass der Hamburger Landesverband der LINKEN als Ganzer nicht mehr beobachtet wird, sondern nur noch einzelne Strukturen und Personen innerhalb der LINKEN.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommen wir zu des Pudels Kern, Frau Schneider!)

Mindestens zweimal hat seither die "Bild"-Zeitung unter Berufung auf den Verfassungsschutz der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass ich weiterhin überwacht werde.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das machen wir!)

Ich gehe davon aus, dass die "Bild"-Zeitung weiß, wovon sie spricht, auch wenn das Drumherum frei erfunden war. Es wird zum Beispiel behauptet, ich sei Mitglied der Kommunistischen Plattform, was einfach den Tatsachen nicht entspricht. Ich gehe ferner davon aus, dass die Fütterung der "Bild"-Zeitung durch den Verfassungsschutz Teil einer Strategie gezielter Diffamierung meiner Person ist, einer Strategie der Desinformation, die beim Lan-

(Christiane Schneider)

desamt angesiedelt ist. Nun meine Frage an die Mitglieder des Kontrollausschusses. Haben Sie das Thema Bespitzelung und Überwachung von Abgeordneten durch den Verfassungsschutz eigentlich ein einziges Mal behandelt?

Ich weiß zum Beispiel nicht, ob meine Telefonate mit Bürgern abgehört werden. Ich weiß nicht, ob E-Mails, die Bürger an mich schreiben oder die ich an Bürgerinnen und Bürger schreibe, gelesen werden. Ich weiß nicht, ob zum Beispiel in meinem Wohnzimmer eine Videokamera installiert ist, und ich weiß auch nicht, ob der Verfassungsschutz in meine nächste Umgebung Spitzel gesetzt hat. Das alles weiß ich nicht.

Meine Frage also: Haben Sie ein einziges Mal darüber gesprochen, dass, wenn schon Geheimdienste mit welchen Mitteln auch immer Abgeordnete bespitzeln, wenigstens klare, eindeutige, allgemein geltende und überprüfbare Normen zugrunde gelegt werden müssen? Schließlich geht es um nicht weniger als die Verkehrung demokratischer Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung.

Dem Parlament und seinen Mitgliedern kommt neben seiner Gesetzgebungsfunktion unter anderem auch die Funktion der Kontrolle der Exekutive zu. Nicht aber kommt der Exekutive die Kontrolle des Parlaments und schon gar nicht der Opposition zu. Wenn also die Exekutive beansprucht, sie müsste Mitglieder der Opposition geheimdienstlich überwachen und kontrollieren, so ist doch das in rechtsstaatlicher Hinsicht Mindeste, was man verlangen kann, dass normativ geregelt ist, unter welchen Bedingungen dies möglich ist, sonst ist der politischen Willkür Tür und Tor geöffnet.

(Harald Krüger CDU: Das kennen Sie aus Ihrer eigenen Vergangenheit ja bestens!)

Sie wissen vermutlich, dass der Leiter des Landesamts nach der letzten Bundestagswahl Behauptungen über mich öffentlich verbreitet hat, die der gerichtlichen Prüfung nicht standhielten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Was hat er gesagt?)

Herr Vahldieck musste sich vom Gericht unter anderem belehren lassen, dass er mit seinen unbewiesenen, und übrigens unbeweisbaren, Behauptungen über meine seinerzeitige verlegerische Tätigkeit die Pressefreiheit verletzt hat. Das ist kein geringer Vorwurf, der das Verfassungsverständnis des Verfassungsschutzes ganz erheblich infrage stellt. Umso mehr Grund hat der Kontrollausschuss, die geheimdienstlichen Aktivitäten gegen mich als ein Mitglied dieser Bürgerschaft einer Kontrolle zu unterziehen. Das ist meine Aufforderung an diesen Ausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schneider, Ihr Beitrag kam mir ein bisschen so vor wie: Ich hätte gerne mitgespielt, aber ich durfte nicht, also ist das Spiel, das Ihr spielt, ganz schlecht und deshalb muss ich jetzt meckern.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie haben ja gar nichts verstanden!)

Nehmen Sie bitte einmal eins deutlich zur Kenntnis. Das Land Hamburg hat mit insgesamt drei Parlamentarischen Kontrollausschüssen, mit G13-, G10-Kommission und dem PKA, ein sehr dichtes Geflecht an parlamentarischer Kontrolle dessen, was der Verfassungsschutz in Hamburg tut. Alle Kollegen nehmen ihre Aufgabe ausgesprochen engagiert und ernst wahr.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das zu dem, was wir dort tun und auch nicht tun.

Seien Sie ganz sicher, Frau Schneider. Wenn irgendjemand auf die Idee kommen sollte, bei Ihnen Videokameras einzubauen, Telefone zu kontrollieren oder Ähnliches, dann fehlt es dem Verfassungsschutz dafür an jeglicher rechtlicher Grundlage. All diese Maßnahmen werden, wenn sie ergriffen werden sollten, vorher dem Ausschuss zur Kontrolle vorgelegt. Ohne dass dieser Ausschuss vorher zustimmt, passiert in dieser Stadt überhaupt nichts. Jeder einzelne Vorgang, der in Grundrechte eingreift, unterliegt einer strengen parlamentarischen Kontrolle; das ist die wichtige Aussage.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich muss ganz offen sagen, Frau Schneider, insbesondere Ihre Gleichstellungsversuche zwischen Staatssicherheit und Verfassungsschutz finde ich unglaublich und ist vor allen Dingen eine Verhöhnung der Opfer der Stasi.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Beuß CDU: Da kennt sie was von!)

Wer im selben Atemzug davon spricht, dass inländische Geheimdienste – und hierbei die Stasi nennt – Opposition unterdrücken sollen, der hat nicht verstanden, was wir in diesem Lande mit Verfassungsschutz erreichen wollen. Der Verfassungsschutz hat eine klare und deutliche Aufgabe, er hat die Aufgabe, dieses Land gegen Extremisten zu schützen, die unsere Verfassung gefährden. Genau diese Aufgabe erfüllen die Mitarbeiter dieses Dienstes ganz hervorragend.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

(Kai Voet van Vormizeele)

Wer meint, er müsse Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unter einen Generalverdacht stellen, gar behaupten, die Opposition würde systematisch von der Regierung ausgespäht werden ...

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das hat sie gar nicht gesagt!)

Ich weise Sie einmal darauf hin: Auch die Kollegen der SPD sitzen zum Beispiel im PKA und haben dort dieselben Rechte wie alle anderen auch. Seien Sie ganz sicher, ich mag mich mit Herrn Dr. Dressel häufig streiten, aber er wäre der Letzte, der ohne jede Art von Öffentlichkeit und sonstiger Arbeit darauf hinweisen würde, dass etwas Rechtswidriges geschieht. Dieser Ausschuss ist voll und ganz in der Lage, die Aktivitäten in dem Maße, wie wir das rechtsstaatlich brauchen, zu überprüfen und auch zu genehmigen, wenn es denn sein muss.

Lassen Sie mich ein letztes Wort sagen zu der von Ihnen skandalisierten Frage der Infostände. Ich finde es ganz interessant. Das ist die Partei, die immer wieder sagt, wir müssen aktiv gegen Rechtsextremismus und gegen Nazis vorgehen. Beim Verfassungsschutz gibt es nur eine einzige Sache. Er würde gerne wissen, wenn sich zum Beispiel, wie in Bergedorf häufiger geschehen, Nazis unter dem Deckmantel von Bürgerinitiativen tarnen und dort fleißig Wahlkampf betreiben oder rechtsextremistische Gesinnung verbreiten. Ich finde es absolut richtig, genau zu wissen, was dort passiert, denn nur dann kann man sehen, wer eigentlich mit welchen Mitteln verdeckt versucht, sich an unsere Verfassung heranzumachen.

Es ist seit Jahren übrigens absoluter Usus, dass die Kollegen dort hineinschauen. Und wenn sie feststellen, dass dort etwas war und sie es mit ihren Akten abgleichen, dann wird es bemerkt. Aber eines ist niemals geschehen. Diese Behauptung, die auch in der Öffentlichkeit suggeriert wurde, dort würden Tausende von Daten erhoben und gespeichert, Daten über Personen würden über Jahre aufbewahrt werden, stimmt überhaupt nicht. Es wurden keine Daten gespeichert. Schauen Sie einmal ins Gesetz, darin steht klipp und klar, was mit solchen Daten geschieht. Da ist nachgeschaut worden, ob ein Infostand als Tarnung dienen sollte. Und wenn man festgestellt hat, dass dem nicht so war, dann ist jede Art von Datensatz sofort innerhalb der Frist vernichtet worden; das ist die Tatsache. Daran ist nichts Skandalumwittertes, das ist ganz normales Bemühen, sich wirklich aktiv gegen Rechtsextremismus und Nazis abzugrenzen.

Wer diesen Verfassungsschutz ständig in den Möglichkeiten beschneiden will, indem er bewusst solche Dinge skandalisiert, der muss sich auch sagen lassen, dass er eigentlich den Kampf gegen Nazis und Rechtsextreme nur sehr bedingt ernst meint; das sage ich ganz offen. Wir brauchen diese Art von Inlandsdienst, damit wir in der Lage

sind, gerade auch zum Beispiel dem Rechtsextremismus in der richtigen Form zu begegnen. Wer das nicht will und meint, er könne den Verfassungsschutz abschaffen, der will Extremismus von links und rechts Tür und Tor öffnen. Das machen wir nicht mit, wir sprechen den Mitarbeitern dieses Dienstes ausdrücklich unser Vertrauen aus. Wir wissen, dass dort eine hervorragende Arbeit geleistet wird, und zwar im Sinne unserer Gesellschaft und für diesen Staat.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schneider, ich stimme Ihnen in einem einzigen Punkt zu, nämlich in dem, was Sie am Anfang gesagt haben, dass der Schutz unserer Verfassung eine gemeinsame Bürgerpflicht sei. Das ist etwas, was auch alle miteinander unterschreiben können. Aber das reicht eben nicht, um die Verfassung wirksam zu schützen. Wir brauchen die Experten, die auch die Möglichkeit haben, geheimdienstlich zu arbeiten und Hintergrundinformationen zu sammeln. Die ganze Geschichte unserer wehrhaften Demokratie nach 1945 hat eindeutig belegt, was für ein wichtiges Element Verfassungsschutzbehörden sind, wenn es darum geht, unsere Demokratie zu verteidigen. Daran darf niemand die Axt anlegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Es wurde bei Ihrem Beitrag auch irgendwann deutlich, dass sich persönliche Betroffenheit mit politischen Argumentationen mischen. Das ist, ehrlich gesagt, kein guter Ratgeber, um eine solche Debatte zu führen. Es ist Ihr gutes Recht, wenn Sie sagen, Sie seien in Ihren persönlichen Rechten irgendwo betroffen,

(Wolfgang Beuß *CDU*: Aber das ist hier nicht die richtige Stelle!)

dass Sie Ihr Recht dann auch suchen, vor Gericht gehen und so weiter. Aber das zu verquicken mit politischen Argumentationen, ist etwas, was Ihre Position, um es vorsichtig auszudrücken, nicht unbedingt glaubwürdiger macht. In Wahrheit machen Sie sich selbst damit angreifbar, wenn Sie diese Argumentationen miteinander vermischen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Einen Punkt möchte ich auch für alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlamentarischen Kontrollausschuss, dessen Vorsitzender ich bin, wirklich ganz deutlich zurückweisen. Sie stellen das so dar, als seien Sie die einzige Kontrollinstanz, wenn es um Fragen von Verfassungsschutz geht, die Sie außerparlamentarisch, weil Sie nicht in dem Gremium vertreten sind, quasi für alle irgendwie wahr-

(Dr. Andreas Dressel)

nehmen, und die anderen ließen sich sozusagen einlullen vom Landesamt und damit hätte sich das. Das ist eine Frechheit und das möchte ich für den gesamten Ausschuss an dieser Stelle auch deutlich zurückweisen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich bitte einfach um Verständnis. Das ist sozusagen auch das Prinzip dieses Ausschusses. Wer mich kennt, weiß, dass ich durchaus gerne mitteilungsbedürftig bin gegenüber der Öffentlichkeit.

(Harald Krüger CDU: Nein, niemals!)

In der Tat ist das, was Herr Voet van Vormizeele gesagt hat, auch ein gewisser Beleg dafür, dass die Geheimhaltung funktioniert. Das ist das Prinzip, nach dem ein solcher Ausschuss und auch ein solches Landesamt arbeiten müssen. Da bitte ich um Verständnis auch für den gesamten Ausschuss, dass wir nicht vier Wortprotokolle dieser Sitzung vorgelegt haben, sondern logischerweise eine zusammenfassende Betrachtung, die nicht alle Punkte beinhaltet. Aber um nur einen Punkt zu nennen: Wir beschäftigen uns in jeder Sitzung mit der Entwicklung des Rechtsextremismus in dieser Stadt. Das steht auch ausdrücklich in dem Bericht. Das bildet einen Schwerpunkt unserer Arbeit, weil uns das gemeinsam als Demokraten eint, alles dafür zu tun, den Rechtsextremismus in dieser Stadt zurückzudrängen. Das können Sie uns bitte auch abnehmen, Frau Schneider.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei Andreas Waldowsky GAL)

Es gibt natürlich auch Punkte, bei denen unterschiedliche Meinungen bestehen. Das mit dem Infostand ist deutlich geworden, Sie haben das angesprochen. Es steht auch im Bericht etwas dazu, es ist in der Tat auch durch Ihre Anfragen belegt, dass eine vorherige Befassung des PKA nicht stattgefunden hat. Daraus muss auch politische Lehre gezogen werden, das haben wir alles jeweils politisch bewertet.

Das ist ein Punkt, den die Fraktionen unterschiedlich sehen. Die Erwartung ist schon, dass bei grundsätzlichen Verfahrensänderungen, die getroffen werden, der PKA vorher einzuschalten ist und sich nicht im Nachgang mit der Kontrolle befasst, sondern dass eine vorherige Beteiligung stattfindet. Das Landesamt und die Innenbehörde wären von sich aus auch gut beraten, das zu tun, weil dies dafür sorgt, auch Akzeptanz für eventuelle Verfahrensänderungen zu finden und zu erreichen. Insofern ist das ein Punkt, wo nach dieser einen Sache, die so gelaufen ist, wie sie gelaufen ist, auch eine gewisse Erkenntnis einsetzt. Bei Fragen von Datenschutzrelevanz bei Verfahrensänderungen sollte man auch im eigenen Interesse des Landesamts vorher auf den Datenschutzbeauftragten zugehen und versuchen, ein Verfahren zu fin-

den, das datenschutzkonform ist. Das wären zwei Punkte, die nicht glücklich gelaufen sind.

Trotzdem war es so, wie Sie das angefangen haben, kein ernst gemeinter Beitrag zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes. Wir könnten ganz viele Punkte dazu diskutieren. In der vorletzten Wahlperiode hat Michael Neumann einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die G10-Kommission in die Obhut der Bürgerschaft überführen wollte, so wie wir es jetzt bei der Härtefallkommission gemacht haben. Das ist ein Punkt, den wir gerne wieder aufgreifen können. Dazu hatten die Grünen damals übrigens einen ähnlichen Gesetzentwurf eingebracht. Man fragt sich auch nach der Diskussion auf Bundesebene über den BND-Untersuchungsausschuss, wie parlamentarische Kontrolle effektiver gestaltet werden kann. Das können wir alles fachlich-sachlich gerne diskutieren, aber bitte nicht mit dieser Verquickung mit persönlichen Betroffenheiten, die offenbar ein bisschen überwiegen. Ich empfehle Ihnen als abschließenden Punkt – es soll auch etwas sein, was Sie mitnehmen können – konkret noch einmal einen Blick ins Verfassungsschutzgesetz.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, hab' ich!)

In Paragraph 27 gibt es ein Eingabeverfahren. Das ist übrigens interessanterweise auch ein Beleg dafür, dass so viel Schlechtes, wie Sie sagen, beim Verfassungsschutz gar nicht gemacht wird. Wir haben nämlich in dem Berichtszeitraum genau eine Eingabe von einem Bürger gehabt in Verfassungsschutzangelegenheiten, die ordnungsgemäß abgearbeitet worden ist; das steht auch im Bericht. Ich lade Sie sozusagen ein, Ihr Recht nach Paragraph 27 Verfassungsschutzgesetz wahrzunehmen, eine Eingabe zu stellen, in der Sie sagen, Sie hätten die Befürchtung, in Ihren Rechten verletzt zu sein. Dann wird sich sowohl das Landesamt als auch der Parlamentarische Kontrollausschuss mit dieser Eingabe befassen. Das ist der ordentliche Weg, im Rahmen der Gesetz und im Rahmen unserer Verfassung damit umzugehen. Dazu sind Sie herzlich eingeladen und ansonsten sollten wir versuchen, fachlich-sachlich darüber zu diskutieren und jenseits von persönlichen Betroffenheiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Satz eint uns als Rednerinnen und Redner. Der Staat braucht tatsächlich Schutz vor Extremismus und die Gesellschaft braucht Schutz vor Extremismus, die Frage ist nur wie. Die Frage ist vor allem, wie es das Parlament schafft, sei es in den einzelnen Bundesländern, aber auch auf

(Antje Möller)

Bundesebene, die Mechanismen, die wir selber einrichten, dann auch so zu kontrollieren, dass sie die Rechte, die sie schützen sollen, nicht gleichzeitig verletzen. Der Königsweg – um das ganz deutlich zu sagen –, wie man Transparenz schafft als Parlament für das Parlament und wie man gleichzeitig die Daten schützt, die der Verfassungsschutz erhebt, und wie man auch die Wege schützt, mit denen er sie erhebt, ist auch in Hamburg noch lange nicht gefunden.

Dieser Bericht ist anders als andere Ausschussberichte, sehr nichtssagend und er gibt bei Weitem nicht das wieder, was wir diskutiert haben, zumindest in den beiden Sitzungen, an denen ich bisher teilgenommen habe. Die Kriterien, die wir an andere Ausschussberichte stellen, werden insgesamt nicht erfüllt. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Vorsitzende auch ein bisschen Reformbedarf sieht. Es ist natürlich auch immer ein bisschen von der Initiative – gerade in diesem Ausschuss, das muss man einmal deutlich sagen – der beteiligten Mitglieder, aber durchaus auch des Vorsitzenden abhängig, dass etwas passiert, denn man muss schlicht und einfach feststellen, dass die normalen parlamentarischen Regularien, die wir in normalen Ausschüssen haben, an dieser Stelle nicht wirklich greifen.

Tatsächlich gibt der Ausschussbericht zum Beispiel auch nicht die Debatte wieder. Wir sind es sonst gewohnt, dass dort steht: Die SPD-Abgeordnete fragte, der GAL-Abgeordnete fragte et cetera. Solche Formulierungen haben wir hierin nicht, einzelne Positionen und Fragen der Abgeordneten kommen nicht vor. Das zum inhaltlichen Gehalt des Berichts.

In Abweichung von meinen Vorrednern rechne ich es der Kollegin Schneider tatsächlich hoch an, dass sie sehr persönlich gesprochen hat. Völlig unabhängig davon, aus welchen Gründen sie in den Fokus des Verfassungsschutzes geraten ist, hat sie in dieser Rede, die ihr wahrscheinlich nicht leicht gefallen ist, deutlich gemacht, in welche Bedrängnis Menschen geraten können. Ich sage ganz deutlich: Ich werte das überhaupt nicht, sondern nehme das als eine persönliche Beschreibung zur Kenntnis, die ich im Übrigen von vielen anderen Menschen auch schon gehört habe, zum Beispiel Menschen, die sich im Einbürgerungsverfahren befinden, und wo aus für sie unerklärlichen Gründen Verfahren scheitern oder auch nur lange brauchen und es sehr mühsam ist herauszufinden, woran es eigentlich liegt und was dort gerade mit einem passiert.

Es gibt tatsächlich Menschen, die den Eingabeweg gewählt haben, das sind wenige. Es gibt Menschen, die ihr Recht wahrnehmen, sich ihre Akten beim Verfassungsschutz anzusehen und zeigen zu lassen. Diese Möglichkeit gibt es zum Glück. Nur müssen wir uns als Mitglieder des Parlamentari-

schen Kontrollausschusses schon Gedanken darüber machen, ob die Transparenz, die wir im Ausschuss unter der strengen Verpflichtung der Verschwiegenheit erreichen können, ausreichend ist. Dass Öffentlichkeit bei der Arbeit des Kontrollausschusses, aber auch generell zur Kontrolle der Arbeit des Verfassungsschutzes durchaus hilfreich sein kann, haben wir gesehen bei dem Thema, das die Kollegin Schneider auch schon angesprochen hat, den Infoständen und der automatischen Zusendung der Daten an den Verfassungsschutz. Es wäre sicherlich Aufgabe des Parlamentarischen Kontrollausschusses gewesen, sich mit diesem Thema zu befassen. Wir konnten das erst nachträglich tun, weil die Information über verändertes Verhalten des Verfassungsschutzes den PKA nicht erreicht hat.

Ich stelle das einfach einmal dar. Es ist nicht an mir zu sagen, ob das hätte sein müssen oder nicht. Vieles Handeln im Verfassungsschutz ist genau wie bei anderen Behörden auch operatives Geschäft und deswegen noch lange nicht Politik und deswegen auch noch lange nicht notwendigerweise als Thema des PKA an erster Stelle. Nur das Handeln des Verfassungsschutzes hat eben manchmal nicht nur Auswirkungen auf die Sicherheit der Gesellschaft und des Staates vor Extremismus, sondern greift ein in den ganz normalen Alltag von vielen Leuten. Und an der Stelle sind dann wir wieder gefragt. Ich glaube auch, dass sich alle Mitglieder des Kontrollausschusses darüber einig sind, dass das unsere große, wichtige, ernst zu nehmende Aufgabe ist. Ich sehe dabei zwischen den Fraktionen überhaupt keinen Unterschied.

Nur würde ich mich sehr freuen, wenn wir uns tatsächlich einmal darüber verständigen könnten, ob wir das leisten können mit den Regularien, die wir jetzt haben, und welche neuen Wege wir möglicherweise gehen können. Das können wir nicht alleine als Mitglieder des PKA tun, sondern das müssen wir selbstverständlich mit dem Landesamt für Verfassungsschutz machen. Das müssen wir auch mit der Innenbehörde machen und dann schauen wir einmal, wie der nächste Jahresbericht aussieht.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Innensenator, Herr Ahlhaus.

Senator Christoph Ahlhaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich – und da bin ich Ihnen außerordentlich dankbar, Frau Schneider –, dass mit Ihrer Anmeldung dieses Berichts zur Debatte die Arbeit des Hamburger Verfassungsschutzes im Plenum der Bürgerschaft ausführlich diskutiert und damit auch gewürdigt werden kann.

(Senator Christoph Ahlhaus)

Meine klare Botschaft vorweg: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Verfassungsschutzes leisten unverzichtbare Dienste für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt und für den Schutz unserer Demokratie.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Und ich bin außerordentlich dankbar, dass das zumindest drei von vier Fraktionen auch so sehen und würdigen. Daher möchte ich die Gelegenheit in der Bürgerschaft auch gerne nutzen, um den Mitarbeitern für ihre verantwortungsvolle und wichtige Arbeit zu danken. Ich glaube, über die Wichtigkeit und über die Frage der Existenzberechtigung des Verfassungsschutzes darf es keine zwei Meinungen geben, wenn man den Kampf gegen politischen Extremismus ernst meint. Jeder weiß, dass islamistisch-terroristische Anschläge nur verhindert werden können, wenn das Zusammenspiel unserer Sicherheitsbehörden reibungslos funktioniert. Wem es ernst ist mit dem Kampf gegen den Terrorismus und mit dem Schutz unserer Demokratie vor Extremisten, der muss dem Verfassungsschutz insbesondere auch die rechtlichen Möglichkeiten zur Verfügung stellen, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL und Dr. Andreas Dressel SPD)

Lassen Sie mich deswegen auch klar und sehr gerne auf das konkrete Beispiel eingehen, das angesprochen worden ist. Ich halte es in diesem Zusammenhang schlichtweg für zwingend erforderlich, dass der Verfassungsschutz darüber informiert wird, welche Extremisten in Hamburg Infostände abhalten und zu welchen Themen.

Wichtig ist natürlich auch, dass der Verfassungsschutz über solche Infostände von Nichtextremisten informiert wird, bei denen die Gefahr besteht, dass sie von Extremisten – Linken wie Rechten – angegriffen werden können. Aus meiner Sicht kann es deshalb nicht nur darum gehen, wie der Verfassungsschutz an die erforderlichen Informationen gelangt. Das ist leider momentan das einzige Thema, das diskutiert wird. Bedeutend ist vielmehr, dass er die Informationen bekommt.

Wir haben deshalb sichergestellt, dass Informationen über die genannten Infostände von Extremisten als auch solchen, die für Extremisten von Interesse sein könnten, von den Bezirken an das Landesamt für Verfassungsschutz gelangen. Selbstverständlich – und da muss ich die Unterstellungen für die Mitarbeiter, die sich Gedanken darüber gemacht haben, wie man möglicherweise unkomplizierter und effizienter an solche Informationen herankommen kann, zurückweisen – war es für den Verfassungsschutz zu keinem Zeitpunkt von Interesse, welcher Organisator Infostände zu welchem Thema auch immer abhielt, wenn keine Hinweise darauf vorlagen, dass diese Infostände

extremistischen Angriffen ausgesetzt sein könnten. Insofern kann ich die partielle Aufregung zu diesem Thema nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Dessen ungeachtet bin ich froh, dass sich diese Aufregung jetzt wieder gelegt hat und wir einen Weg gefunden haben, dem Verfassungsschutz die erforderlichen Informationen zukommen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Die öffentliche Diskussion über das Thema Infostände hat deutlich gemacht, dass es immer noch Kräfte in unserer Gesellschaft gibt, die der Arbeit des Verfassungsschutzes mit Ressentiments gegenüberstehen; ich kann das nicht verstehen. Ich kann verstehen, Frau Schneider, dass man, wenn man selbst nicht mitspielen darf, natürlich etwas kritischer auf das schaut, was andere tun. Aber ich möchte den pauschalen Vorwurf, dieser Ausschuss komme seiner Aufgabe nicht nach, zurückweisen.

Ich kann Ihnen versichern, dass es für Ressentiments gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Verfassungsschutzes keinerlei Anlass gibt. Der Hamburger Verfassungsschutz arbeitet professionell und erfolgreich unter strikter Beachtung gesetzlicher Vorgaben. Dies zu überwachen, ist nicht nur meine Pflicht als zuständiger Senator, sondern insbesondere auch die Aufgabe der Mitglieder der parlamentarischen Kontrollkommission. Diese Kontrollkommission hat in der Vergangenheit ihren Kontrollauftrag sehr ernst genommen und immer wieder kritische Fragen gestellt. Letztlich gab es aber nie ernsthafte Beanstandungen und kritische Anregungen des Ausschusses wurden und werden vom Landesamt für Verfassungsschutz stets konstruktiv aufgegriffen; dafür sorgen die Mitglieder des Ausschusses schon.

Für diese konstruktive, aber auch kritische Begleitung der Arbeit des Hamburger Verfassungsschutzes danke ich dem Ausschuss ausdrücklich und verbinde dies mit der Zuversicht, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird. Ich bin zuversichtlich, dass alle diejenigen, Frau Schneider, die es zumindest nach außen hin ernst meinen im Kampf gegen Extremisten, im Kampf gegen Feinde unserer Demokratie, auch zur Ansicht kommen werden, dass die Arbeit unseres Landesamtes für Verfassungsschutz unverzichtbar ist im Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/2080 Kenntnis genommen hat.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

Ich rufe Punkt 39 auf, Drucksache 19/2097, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Schnellbahnlinie nach Ahrensburg zügig realisieren.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:
Schnellbahnlinie nach Ahrensburg zügig realisieren
– Drs 19/2097 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2206 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
S-Bahn-Achsen in der Metropolregion - Ausbau der S 4 vorantreiben
– Drs 19/2206 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu später Stunde noch ein Thema, das wir sehr schnell abhandeln können, denn aus meiner Erfahrung im Parlament debattieren wir heute über ein Thema, das relativ unstrittig zwischen allen hier im Haus vertretenen Fraktionen sein sollte. Alle Parteien in Hamburg sind der Auffassung, dass öffentlicher Personennahverkehr gut ist. Deswegen wollen wir auch endlich eine Realisierung der S 4 nach Ahrensburg und später nach Bad Oldesloe.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der öffentliche Personennahverkehr hat – das ist kein Geheimnis, das zeigen auch die Zahlen des Hamburger Verkehrsverbundes – an Bedeutung gewonnen. Die Fahrgastzahlen sind in den letzten Jahren enorm gestiegen und auch aus Klimaschutz- und finanziellen Gründen suchen insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und den Umlandgemeinden nach kostengünstigeren und umweltfreundlicheren Alternativen zum Auto. Das kann auch einen Politiker in einem Stadtstaat wie Hamburg, der vielleicht nicht primär davon profitiert, nicht gleichgültig lassen, sondern da müssen wir uns als Metropolregion sehen.

Ich bin sehr dankbar, dass insbesondere von der Kollegin Dr. Föcking und dem Kollegen Warnholz aus Rahlstedt immer wieder der Wunsch artikuliert wurde, für unsere Menschen vor Ort in Wandsbek Verbesserungen vorzunehmen; auch in diesem Bereich gibt es sehr viel zu tun. Wir haben in den letzten Jahrzehnten – da können wir uns alle an die Nase fassen – sehr viel versäumt. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir neben den durchaus lobenswerten Projekten der Stadtbahn und der U 4 auch das Projekt der S 4 nach Ahrensburg und Bad Oldesloe endlich voranbringen sollten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dieses Projekt zeichnet sich allein schon dadurch aus, dass es, egal mit wem man spricht, ob es die Deutsche Bahn ist, ob es die S-Bahn Hamburg GmbH ist, ob es die schleswig-holsteinischen Freunde sind, die auch ihre Unterstützung signalisieren, anscheinend ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis gibt. Es gibt Untersuchungen, und wir werden uns in den nächsten Monaten damit noch beschäftigen, dass wir dort ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis bekommen und voraussichtlich viele Pendler, die noch mit dem Auto fahren, auf die Schiene wechseln werden und das muss im Endeffekt unser Ziel sein.

Deshalb werden wir unseren Antrag heute beschließen und Ihren Antrag ablehnen, denn in diesem Zusatzantrag steht im Endeffekt nichts Neues. Alles das, was Sie fordern, machen wir. Wenn Sie Sorge haben, dass die Regierung an Ihnen vorbei Politik macht, dann kann ich nur sagen, dass die CDU und auch die Grünen dafür sorgen werden, dass nach Abschluss der Untersuchungen zur S 4 – die werden gerade in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt – selbstverständlich darüber im Stadtentwicklungsausschuss gesprochen wird, sodass Ihre Bedenken und Fragen auch aufgegriffen werden. Heute wollen wir das Projekt aufgleisen; insofern bitte ich Sie um Zustimmung zu dem CDU/GAL-Antrag.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Karin Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass dies ein Projekt ist, das von allen Parteien befürwortet wird; wir sprechen seit einigen Jahren darüber. Es ist bekannt unter dem Namen S 4 und wir haben das in der Vergangenheit auch schon sehr häufig diskutiert. Das letzte Mal gab es im Jahr 2005 dazu eine Beschlusslage hier im Hause. Bislang ist aber wenig, eigentlich gar nichts passiert.

Heute haben wir nun einen Antrag der GAL/CDU-Fraktion vorliegen, der aber kein eindeutiges Bekenntnis zu diesem Ausbau hat. Auch die von Ihnen genannte Begründung eines Ausbaus dieser Strecke mit Hinblick auf die mögliche Eröffnung der Fehmarnbelt-Querung 2018 zeigt, dass das für Sie ein Projekt ist, das nicht in naher Zukunft umgesetzt werden soll. Wir zweifeln sehr an der Ernsthaftigkeit des von Ihnen vorgelegten Antrags. Auch ist in den Haushaltsunterlagen zur S 4 oder zur Schnellbahn nach Ahrensburg nichts zu finden.

Seitens der S-Bahn existiert seit dem Jahr 2002 eine Machbarkeitsstudie, die den Ausbau auf weitestgehend eigenen Gleisen bis nach Bad Oldesloe vorsieht. Diese Studie ist seinerzeit im Fachausschuss vorgestellt worden und von daher

(Karin Timmermann)

fragt man sich natürlich, Herr Hesse, warum Sie in Ihrem Antrag unter Punkt 2 schreiben "zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen". Das alles liegt doch vor, diese Studie muss nur aktualisiert werden. Und wenn es so wichtig ist, wie Sie es dargestellt haben und wie es auch im Wahlkampf alle deutlich gemacht haben, hat man eher das Gefühl, dass dieser Antrag nicht von Herzen kommt, sondern Sie ein Thema aufgreifen, um einen Fuß in der Tür zu haben, aber perspektivisch nichts zu erkennen ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein verfolgt mit ihrem sogenannten Achsenkonzept Hamburg einen zügigen Ausbau der Schienennahverkehrsachse Richtung Hamburg. Jetzt müssen kurzfristig Gespräche geführt werden mit der Deutschen Bahn, mit dem Bund und mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung, um konzeptionell die Planung zu erörtern und Vereinbarungen über die Finanzierung zu treffen und dann unverzüglich ein Planfeststellungsverfahren auf den Weg zu bringen. Angesichts der Tatsache, dass aus Richtung Bad Oldesloe täglich 85 000 Fahrten auf der Straße und lediglich 13 000 Personenfahrten auf der Schiene erfolgen, besteht ein erhebliches Potenzial, Fahrten vom Auto auf die Schiene zu verlagern.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Frau Timmermann, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Lafrenz zu?

Karin Timmermann (fortfahrend): – Nein, das möchte ich im Augenblick nicht. Herr Lafrenz steht auf der Rednerliste und kann später dazu etwas sagen.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Wir wollen es aber nicht unnötig verlängern!)

– Das liegt an Herrn Lafrenz, er kann seine Rede ja lassen. Vielleicht sind meine Ausführungen so umfangreich, dass es nicht nötig ist.

Hier könnte die Erfolgsgeschichte, die mit der S-Bahn-Anbindung nach Stade stattgefunden hat, wiederholt werden und zusätzlich ein Beitrag zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes geleistet werden. Die SPD-Fraktion will diese Anbindung ganz schnell, denn solange Güterverkehr und Personenverkehr sich das Schienennetz teilen, gibt es keine deutliche Verbesserung für die Menschen im Hamburger Osten und die zahlreichen Pendler zwischen den Umlandgemeinden und Hamburg. Dieses Projekt muss den gleichen Stellenwert bekommen wie die Einführung der Stadtbahn und es müssen die nötigen Planungsmittel eingestellt werden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Frau Timmermann, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Hesse zu?

Karin Timmermann (fortfahrend): – Nein, ich bin gleich am Ende.

Unser Ziel kann nur sein, eine mögliche Eröffnung schnell zu bekommen und dieses Ziel ist möglich und mit unserem Antrag haben wir den Weg auch aufgezeigt.

Sie haben schon deutlich gemacht, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen werden. Wir glauben, dass mit Ihrem Antrag nur deutlich gemacht wird, dass es in naher Zukunft ein Projekt sein kann, in Wirklichkeit aber in sehr weite Ferne gerückt ist. Es ist schade, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Timmermann, wäre ich in der Opposition, würde ich auch einen Zusatzantrag stellen und ihn auch schärfer formulieren. Ich würde auch sagen, was Sie machen, ist schlecht und wir sind die besseren Menschen; das ist Ihre Rolle. In den vergangenen Jahren und auch, als ich vor etlichen Jahren in der Landesarbeitsgruppe Verkehr war, bestand in Rahlstedt bei der dortigen Initiative zur Thematik S 4 immer Konsens, die Bedingungen für die Menschen in Rahlstedt zu verbessern.

Rahlstedt ist Hamburgs größter Stadtteil mit ungefähr 79 000 Menschen. Und wenn wir einmal schauen, welche Anbindung der Stadtteil hat, hält die R 10 hier alle 30 Minuten und in den Hauptverkehrszeiten alle 20 Minuten, wenn man Glück hat. Natürlich ist es schwierig, weil sich hier nur zwei Gleise befinden und ein zunehmender Güterverkehr die Gleise mit dem Personenverkehr teilen muss. Man kann aber nicht sagen, das, was wir wollen, sei schlecht. Im Prinzip sind wir doch alle einer Meinung; wir müssen schauen, ob wir nur ein drittes Gleis oder vielleicht auch ein viertes Gleis brauchen und wenn ja, wohin und was es kostet.

Sie sagen, die Planungen müssten aktualisiert werden; das ist richtig. Es läuft eine Untersuchung, die im ersten Halbjahr dieses Jahres abgeschlossen sein soll. Lassen Sie uns dann gemeinsam in einer Selbstbefassung mit allen Fakten, die auf dem Tisch liegen, im Verkehrsausschuss darüber sprechen, wie wir damit weiter umgehen. Es bestand immer interfraktionell die Meinung, die Bedingungen in Rahlstedt, aber auch bis nach Ah-

(Martina Gregersen)

rensborg zu verbessern und wir kommen davon auch nicht ab, denn man muss sich auch die Fakten angucken.

Täglich benutzen 13 000 Menschen auf dieser Trasse die Bahn, aber 85 000, abzüglich Lkws und Bussen, die Straße. Das spricht für sich, da ist noch ein Riesenpotenzial, das wir abgreifen müssen. Ich wohne an einer U-Bahn-Linie, die tagsüber im Fünf-Minuten-Takt fährt. Man ist richtig verwöhnt und von daher müssen wir das irgendwann auch anderen Stadtteilen zukommen lassen.

Sie sprachen die Fehmarnbelt-Querung an. Natürlich müssen wir, wenn mehr Güterströme auf die Schiene kommen und auch über Dänemark zu uns kommen, diese auch abarbeiten.

Insofern sind wir alle einer Meinung, aber so schnell, wie Sie es wollen, geht es nicht, denn wir hätten jetzt auch gar nicht die Züge, um die Kapazität mal eben ad hoc zu verbessern. Da bedarf es eines Vorlaufs, Frau Timmermann. Ich verspreche Ihnen, dass wir gemeinsam schauen werden, wie wir das für die Menschen in Rahlstedt, Bad Oldesloe oder Ahrensburg hinbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir diesen Antrag x-mal durchgelesen und mich gefragt, was das für ein Antrag ist.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ein Startschuss!)

Er ist üblich für diese Regierung.

Als erste Forderung taucht auf, dass Gespräche geführt werden sollen. Ich frage mich natürlich, ob bisher denn keine geführt wurden. Das wäre traurig, weil es eine ganz alte Geschichte ist. Zweitens steht im Antrag, es solle geprüft werden. Wenn wir einmal die Kosten Ihrer Prüfaufträge zusammenzählen, dann wird uns schon ganz schwindelig. Und drittens soll wieder ein Bericht erstattet werden. Sie haben uns einmal gesagt, Sie könnten nicht dauernd Berichte erstatten, dafür hätten Sie kein Personal.

Was wollen Sie eigentlich konkret? Niemand wird gegen Ihre Forderungen sein, aber, Frau Gregersen, es wird nicht deutlich, was Sie wirklich wollen. Herr Hesse hat gesagt, im SPD-Antrag stehe nichts Neues, aber er ist viel konkreter. Bei Ihnen weiß ich überhaupt nicht, in welche Richtung das geht.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das habe ich doch gesagt!)

Deshalb fänden wir es schön, wenn Sie sich dazu durchringen könnten, dem Antrag der SPD zuzu-

stimmen, weil dort schon ein paar zielführende Maßnahmen enthalten sind.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es geht um den Ausbau der Strecke von Rahlstedt, wo ich auch wohne, nach Ahrensburg. In Zukunft sollen dort 78 Züge pro Tag fahren, nur für die Personenbeförderung. Hinzu kommt der Güterverkehr, der jetzt schon für die Menschen, die an der Trasse wohnen – und das sind nicht wenige –, unerträglich ist und das soll noch weiter zunehmen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Da sind wir doch auf einem guten Weg!)

Die Kosten werden kalkuliert für die Bauarbeiten, für den Grunderwerb, für vier neue Haltestellen, für zusätzliches Rollmaterial und für Fahrzeuge. Was völlig fehlt, ist der Lärmschutz und das kann nicht angehen. Wenn im Ausschuss darüber diskutiert wird, dann muss der Lärmschutz absolute Priorität haben, weil es für die Menschen an der Strecke nicht auszuhalten ist, da auch nachts Güterverkehr ist.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Für mich gibt es zwei Probleme, zum einen den Lärmschutz und zum zweiten die Finanzierung. Ich zitiere die Vorsitzende des Stormarner Verkehrsausschusses, Sigrid Kuhlwein

(Wilfried Buss SPD: SPD)

– Genau, SPD.

Sie hat neulich gesagt:

"Wenn man bei diesem Thema konkret nachfragt, hört man aus Hamburg immer nur Blabla."

Ich würde gerne einmal wissen, inwieweit Sie überhaupt bereit wären, da etwas zu tun. Auch der SPD-Antrag sagt ganz deutlich, dass Kosten in den Haushalt eingespeist werden müssen. Wir können meinetwegen beide Anträge annehmen, aber wenn Sie den SPD-Antrag ablehnen, der das konkretisiert, dann wird deutlich, dass Sie das nicht ernst nehmen, sondern nur einen Pflock einschlagen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort erhält der Abgeordnete Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es sind ein paar Dinge gefallen, die so hier nicht stehen bleiben können. Wenn Sie sagen, die SPD würde das schlechtreden, was wir vorhaben

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hab' ich nicht gesagt!)

(Ole Thorben Buschhüter)

– das ist so ähnlich aber von Frau Gregersen gesagt worden –, dann ist das absolut falsch.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer hat denn das gesagt? – Hans-Detlef Roock CDU: Das hat doch keiner gesagt!)

Die SPD-Fraktion steht voll und ganz hinter dem Projekt S 4, aber wir haben erhebliche Zweifel an Ihrer Ernsthaftigkeit.

Wenn Sie sagen, Sie wollen für Rahlstedt Verbesserungen schaffen und das Projekt S 4 vorantreiben, es dauere zwar ein bisschen, aber es müsse unbedingt alles besser werden, dann frage ich Sie, warum Sie im November, als wir den Antrag zum Regionalexpresshalt in Rahlstedt zur Abstimmung gestellt haben, dagegen gestimmt und sich ausdrücklich gegen Verbesserungen auf der Linie R 10 für die Rahlstedter ausgesprochen haben. Es wäre eine kurzfristig zu realisierende Maßnahme gewesen und man hätte einen Zug pro Stunde zusätzlich – das sind immerhin 50 Prozent – an Verbindungen in die Hamburger Innenstadt gehabt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Lafrenz zu?

Ole Thorben Buschhüter (fortfahrend): Ich bin ganz Ohr.

Zwischenfrage des Abgeordneten Hans Lafrenz CDU:* Schönen Dank.

Herr Kollege, wissen Sie, dass es Ende der Achtzigerjahre ein Planfeststellungsverfahren auf Antrag der Bahn gegeben hat für den Ausbau einer S-Bahn nach Ahrensburg, dass dieses Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden ist und dass der Senat während des Planfeststellungsverfahrens entschieden hat, er wolle keine S-Bahn haben?

(Klaus-Peter Hesse CDU: Und wer hat da regiert?)

Daraufhin hat die Bahn sich beschränkt auf den ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Lafrenz, kommen sie bitte zu Ihrer Frage.

Hans Lafrenz (fortfahrend): Ich möchte wissen, ob Sie über die Entwicklung dieses Projekts Bescheid wissen.

Ole Thorben Buschhüter (fortfahrend): Ich glaube schon, ziemlich genau Bescheid zu wissen über das Thema S 4 und was in den letzten 20, 30 Jahren da passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Es hat bislang kein einziges Planfeststellungsverfahren für eine S-Bahn gegeben, da irren Sie sich. Es gab eine Untersuchung über die Machbarkeit einer S-Bahn, die im Zusammenhang mit der Aufhebung der schienengleichen Bahnübergänge in Auftrag gegeben wurde und die schon Ende der Achtzigerjahre zum Ergebnis kam, dass eine S-Bahn machbar und sinnvoll sei. Seitdem wird bei der Aufhebung aller Bahnübergänge in Wandsbek der spätere Ausbau zu einer S-Bahnstrecke bereits planerisch berücksichtigt. Der Rechnungshof hat übrigens kritisiert, dass da schon Mehrausgaben anfallen.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn
DIE LINKE)

Ich war bei der Ernsthaftigkeit Ihres Antrags. Wir hatten den Regionalexpresshalt vorgeschlagen, da haben Sie nein gesagt. Sie werfen in Ihrem Antrag die Frage auf, wie und ob nach Oldesloe die Strecke verlängert werden könnte. Das zeugt ebenfalls von großer Unwissenheit, weil genau das Gegenstand der Machbarkeitsstudie der S-Bahn Hamburg GmbH war. Sie tun so, als wäre dieses Ergebnis nicht mehr gültig und als müsste man ganz von vorne anfangen. Das ist das Problem bei dem Thema. Alle paar Jahre fängt man wieder von vorne an und genau das tun Sie.

(Beifall bei der SPD)

Frau Gregersen, wenn Sie in der Zeitung zitiert werden, in drei bis vier Jahren könne der erste Spatenstich sein – Sie haben nicht widersprochen –, dann ist Ihr heutiger Antrag wirklich überflüssig.

Damit komme ich zum Schluss. Das, was die "Ahrensburger Zeitung" in einem Kommentar zum Schluss schrieb, trifft genau den Punkt. Sie schrieb nämlich:

"Allein der Antrag, man möge mal wieder Gespräche führen, darf nicht als politischer Erfolg verkauft werden."

Genau das tun Sie jetzt und das kritisieren wir; wir kritisieren nicht das Projekt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn
DIE LINKE)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Die Abgeordnete Gregersen hat das Wort.

(Zuruf: Seien Sie aber ganz ehrlich!)

Martina Gregersen GAL: – Ich bin ganz ehrlich, darauf können Sie Gift nehmen.

Herr Kollege, Sie sagen, wir wollen Gespräche führen und das halten Sie für schlecht. Aber in Punkt 1a Ihres Antrags steht zum Beispiel, dass Sie et-

(Martina Gregersen)

was erörtern wollen. Wo denn der Unterschied zwischen sprechen und erörtern liegt, das können Sie mir nachher einmal erklären.

Als nächster Punkt wurde der Lärmschutz angesprochen. Der Lärmschutz kommt und er wird auch nicht dadurch verlangsamt, dass jetzt weitere Planungen zur S-Bahn oder S 4 stattfinden. Natürlich muss irgendwann auch etwas am Lärmschutz gemacht werden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Irgendwann!)

Sie können Gespräche mit der Bahn führen, ich habe das letzte Woche gemacht, dann werden Sie wissen, wann und wie der Lärmschutz kommen wird. Lassen Sie sich das gerne erläutern.

Jetzt zu dem Punkt, wie geht es weiter. Wir brauchen Fakten und Zahlen und müssen genau wissen, was man anmelden kann. Was will man denn zum Beispiel bei Gesprächen oder Erörterungen, wie Sie es nennen, Herr Buschhüter,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das weiß er alles!)

anmelden, wenn man keine Zahlen hat?

(Günter Frank SPD: Welche Zahlen!)

Wie wollen wir denn das standardisierte Verfahren durchführen oder es im Bundesverkehrswegeplan irgendwie einordnen? Wir brauchen Zahlen und Fakten und wenn die vorliegen, sprechen wir mit Ihnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 19/2206. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist er mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte den gemeinsamen Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/2097 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist er einstimmig angenommen.

(Ingo Egloff SPD: Er nützt nichts, aber er schadet auch nicht!)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf, Drucksache 19/2082, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2006 mit Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 und Stellungnahme des Senats zu diesem Jahresbericht des Rechnungshofs sowie Prüfung der Haushalts- und Wirt-

schaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2006.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 18/7294, 19/10, 19/378 und 19/11: Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2006 (Senatsmitteilung)

und

Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 (Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs) und

Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 (Senatsmitteilung)

sowie

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2006 (Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs) – Drs 19/2082 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Meyer-Abich, sehr geehrte Vertreter des Rechnungshofs, vielen Dank, dass Sie noch da sind.

Ein zentrales Thema des Rechnungshofsberichts war 2008 die Kritik an Falsch- oder Fehlinformationen der Bürgerschaft bei der Veranschlagung beziehungsweise Haushaltsaufstellung durch den Senat. Das geht ganz stark an die parlamentarischen Rechte und das dürfen wir uns nicht bieten lassen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Schaal. Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Vielen Dank.

Ich sage es noch einmal. Wenn die parlamentarischen Rechte durch den Senat infrage gestellt oder durch Fehlverhalten herabgesetzt werden, dann dürfen wir uns das nicht gefallen lassen. Wir müssen dem Rechnungshof dafür danken, dass er uns die neuralgischen Punkte aufgezeigt und in den Stand versetzt hat, entsprechend zu reagieren.

Da sind zum Beispiel bei der Unterbringung von Baggergut vom Senat 12,5 Millionen Euro mehr abgeholt worden als notwendig. Für den Neubau der Sandtorhafenklappbrücke – das hat vielleicht der eine oder andere noch im Kopf – hatte der Se-

(Dr. Monika Schaal)

nat der Bürgerschaft eine nicht etatreife Vorlage zugeleitet. 7 Millionen Euro sollte die neue Brücke auf dem Weg zwischen U-Bahn Baumwall und der künftigen Elbphilharmonie kosten. Der Rechnungshof hat dann sehr schnell interveniert und der Senat hat die Drucksache zurückgezogen; das ist gut so. Der Rechnungshof hat in diesem Zusammenhang, Stichwort Elbphilharmonie, auch festgestellt – ich darf das zitieren –:

"... dass auch die besondere Bedeutung des Projekts Elbphilharmonie es nicht erlaubt, jeden Aufwand von vornherein als gerechtfertigt anzusehen."

Meine Damen und Herren! Diesen Satz müssen wir uns merken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Mängel bei der Vorbereitung und Steuerung der Gesamtmaßnahme Verkehrsinfrastruktur Messe führten zu einer fehlerhaften Kostenermittlung, vermeidbaren Ausgaben und Verzögerungen. Das Ganze wurde nicht nur 5 Millionen Euro teurer als geplant, sondern dauerte auch fünf Jahre länger als ursprünglich beabsichtigt. Die Konsequenz, die der Rechnungshof daraus zog: Die Bürgerschaft muss künftig über Umfang und Kosten von Maßnahmen zutreffend informiert werden. Und da fällt mir schon wieder die Elbphilharmonie ein.

Bei der Umgestaltung des Spielbudenplatzes und der Reeperbahn wurde die Bürgerschaft auch nicht umfassend und korrekt informiert. Beide Maßnahmen wurden veranschlagt, ohne dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vorgelegen hätten. Das wurde der Bürgerschaft aber anders dargestellt. Sie sehen, das ist immer in die Vergangenheit gerichtet, aber wir müssen aus diesen Beispielen auch lernen und unsere Konsequenzen für unser eigenes Verhalten ziehen. Beim Bau der Leichtathletikhalle Alsterdorf wurden Planänderungen umgesetzt, ohne dass die Bürgerschaft vorher beteiligt wurde; ein Verstoß gegen das Budgetrecht.

Es ist hier kein Raum, alle Punkte zu zitieren, die im Rechnungshofsbericht aufgeführt sind, aber die Lektüre lohnt sich und die Fachpolitiker werden dies jeweils tun.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungsprüfungsausschuss hat es in verschiedenen Punkten nicht dabei bewenden lassen, den Beanstandungen und Empfehlungen des Rechnungshofs beizutreten, sondern bohrt teilweise mit eigenen Ersuchen weiter. So stand das Thema Liegenschaftsverwaltung im letzten Jahr bereits zum zweiten Mal auf der Tagesordnung des Rechnungsprüfungsausschusses. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob die Ausgliederung der Liegenschaft wirtschaftlicher sei, als wenn die Aufgabe, Grundstücke zu verkaufen, an Private gegeben wird. Dahinter steht natürlich auch die Frage, die wir heute

schon diskutiert haben: Markt oder Staat. Es geht natürlich auch um die Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle, denn bei der Liegenschaft geht es um das Wertvollste und Knappste, das wir in der Stadt haben, nämlich den Boden.

Den Nachweis, ob das private oder das städtische Handling von Liegenschaften wirtschaftlicher ist, wird die Finanzbehörde in einem dritten Anlauf bis April dieses Jahres erneut antreten; wir sind sehr gespannt.

Ähnlich zäh verliefen auch die Beratungen über das Thema Lebensmittelkontrolle. Der Rechnungshof hatte bereits 2006 bemängelt, dass es keine einheitliche Handhabung der Aufgabe in den Bezirken gebe und die für ein Benchmarking notwendigen Daten fehlen würden. Wir haben in der letzten Legislaturperiode dieses Thema sehr umfangreich im Plenum und in den Ausschüssen behandelt. Die Behörde räumte dann nach drei Jahren ein, dass die Entwicklung von Kontrollzahlen immer noch ausstehe. Sie gab als Gründe dafür die Verwaltungsreform an und dass man auf eine neue Software umgestellt hätte und dass das Benchmarking jetzt beginnen würde. Der Ausschuss war fraktionsübergreifend unzufrieden.

Das Beispiel Lebensmittelkontrolle macht deutlich, wie schwerfällig die Entwicklung von steuerungsfähigen Kennzahlen und die dazu erforderlichen Datenerhebungen überhaupt sind. Auch bei der Tierseuchenbekämpfung und beim Tierschutz hat es solche Probleme gegeben. Auch hierzu wird es in diesem Jahr einen Nachschlag im Rechnungsprüfungsausschuss geben.

Die Frage nach der Steuerungsmöglichkeit hat uns im Haushaltsausschuss bei den Haushaltsberatungen beschäftigt und wir haben uns auch im Rechnungsprüfungsausschuss gefragt, wie die geplante ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierte Steuerung des Haushalts erfolgen soll, wenn die Steuerungsdaten dazu nicht vorliegen und nicht transparent sind. Solche Mängel können in der Tat dazu führen, dass das Parlament kaltgestellt wird und das dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vor allem muss das Parlament bei den anstehenden Veränderungen des Haushaltsrechts mitgenommen werden. Der Präsident des Rechnungshofs hat dazu Folgendes gesagt. Ich darf Herrn Dr. Meyer-Abich zitieren:

"Das Parlament muss seine Verantwortung auch bei geänderten Verhältnissen wirksam wahrnehmen können, das heißt, seine spezifischen Vorstellungen und Bedarfe auch rechtzeitig einbringen können."

Dazu gehört die Beteiligung und Transparenz bei der Einführung der neuen Haushaltsverfahren. Bei den Beratungen zum neuen Haushaltswesen stell-

(Dr. Monika Schaal)

te sich im Rechnungsprüfungsausschuss heraus, dass es noch nicht einmal Regelwerke zur Umsetzung des neuen Haushaltswesens gibt und noch viele Fragen offen sind. Darum hat der Rechnungshof es auch begrüßt, dass der Probelauf für das neue Haushaltswesen um ein Jahr verschoben wird, weil erst einmal die Verwaltung fit gemacht werden soll.

Darin liegt natürlich auch eine Chance für uns Abgeordnete, denn auch wir müssen erst einmal fit gemacht werden für das neue Haushaltsrecht. Immerhin wird in dem Probelauf ein Drittel des Volumens des Haushalts bewegt. Es handelt sich um die Justizbehörde, ausgerechnet die Schulbehörde, die Polizei, dann geht es weiter mit dem Bezirksamt Altona, den Kitas und dem Bereich Wohnen und Bauen. Das sind alles wichtige Bereiche, über die wir heute auch zum Teil gesprochen haben.

Es wäre ein regelrechter Skandal, wenn wir nach einer solchen Umstellung keine Möglichkeiten und nicht die ausreichenden Informationen hätten, den Haushalt in diesen Bereichen auch nachvollziehen zu können. Dieser Probelauf und auch die langsame Umstellung des Hamburger Haushaltswesens auf das neue Haushaltswesen, das bis 2013 abgeschlossen werden soll, gleichen meines Erachtens einer Operation bei vollem Bewusstsein und das kann ziemlich schmerzhaft sein.

Jetzt hat der Senat uns eine Reihe von Informationsterminen angeboten und das ist gut so. Aber noch besser wäre es, wenn bei der Erörterung des neuen Haushaltswesens und auch der Konzernbilanz neben den Abgeordneten und dem Senat auch der Rechnungshof teilnehmen könnte, denn die anstehenden Veränderungen im Haushaltsrecht werden auch zu einer neuen Ausbalancierung der Gewichte zwischen Bürgerschaft und Senat führen. Dazu braucht das Parlament eine starke Unterstützung und ich hoffe auf die Teilnahme des Rechnungshofs.

Abschließend möchte ich im Namen meiner Fraktion und hoffentlich auch im Namen des ganzen Hauses dem Rechnungshof und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit danken. Gleichzeitig bedanke ich mich als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses auch für die angenehme Arbeitsatmosphäre im Ausschuss. Wir werden das hoffentlich in der Art und Weise in diesem Jahr fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sparen und Kosten senken,

Einnahmen sichern und wirtschaftlich handeln, das sind die maßgeblichen Vorgaben, die der Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2008 zur Grundlage seiner Prüfungen, Empfehlungen und Ermahnungen gemacht hat. Damit hat er uns, der Bürgerschaft, wie in jedem Jahr ein wichtiges zusätzliches Handwerkszeug zur Verfügung gestellt, damit wir unserem Auftrag der parlamentarischen Kontrolle der Verwaltung nachkommen können. Wir haben den verfassungsrechtlichen Auftrag, mit den uns zu treuen Händen überlassenen Geldern der Bürger unserer Stadt verantwortungsvoll und wirtschaftlich umzugehen.

Das gelingt natürlich nicht immer – an mancher Stelle besser, an anderer wesentlich schlechter. Keine Frage, der Rechnungshof sagt deutlich, dass in 2006 über 40 Millionen Euro unnötig ausgegeben wurden und ein Einsparvolumen in einem zweistelligen Millionenbereich möglich gewesen wäre. Obwohl diese Summe nur einen minimalen Bruchteil des Hamburger Haushaltsvolumens ausmacht, nicht einmal 1 Prozent, dürfen wir nicht einfach sagen Schwamm drüber, sondern man muss sich wirklich jeden Einzelfall ansehen und dafür sorgen, dass diese Fälle zukünftig vermieden werden und im Ganzen besser gearbeitet wird.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Aber eine generelle Verschwendung öffentlicher Mittel im Jahre 2006 ist, wie auch vom Rechnungshof in den Vorjahren festgestellt, nicht zu erkennen und wird vom Rechnungshof auch nicht unterstellt.

Ein Fall, der mir besonders aufgefallen ist und den ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur beispielhaft nennen möchte, ist der Architektenwettbewerb der HafenCity Universität. Ich habe volles Verständnis dafür, dass Hamburg einen Schwerpunkt auf eine architektonisch besondere Bauweise setzt und auf neueste Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsvorgaben Wert legt. Kein Verständnis habe ich allerdings, wenn bei solchen großvolumigen Projekten keine Kostenobergrenzen vorgegeben werden beziehungsweise, obwohl sie festgelegt wurden, dann aber bei der Prämierung der Entwürfe und bei der Durchführung des Projekts keinerlei Rolle mehr spielen. Damit wurden in diesem Fall die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit deutlich missachtet.

Deutlich macht der Rechnungshof auch immer wieder, dass es erhebliche Verhaltensmängel der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft gibt; darauf hat Frau Dr. Schaal auch hingewiesen. Zum Beispiel sind das immer wieder Verstöße gegen das Budgetrecht des Parlaments oder unzutreffende oder ungenaue Informationen über Projektkosten sowie nicht eingehaltene Zusagen über Umsetzungsmaßnahmen. Der Rechnungshof hat in mehreren Einzelfällen festgestellt, dass die Verwaltung dem Gebot, die Rechte des Parlaments zu beach-

(Barbara Ahrons)

ten, nicht ausreichend nachgekommen ist – und das alle Jahre wieder. Insoweit möchte ich den Senat deutlich daran erinnern, dass das Parlament die Inhaberin des Budgetrechts ist.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Gabi Dobusch* und *Andrea Rugbarth*, beide SPD)

Das heißt auch, dass das Parlament allein die Mittel bewilligt. Insoweit ist die Rolle und sind die Rechte des Parlaments zukünftig wieder stärker zu beachten.

Neben all der berechtigten Kritik hat der Rechnungshof in seinem Bericht aber auch positive Worte für den Senat gefunden. Erst der CDU-Senat hat für Hamburg als erstes deutsches Bundesland einen kaufmännischen Geschäftsbericht vorgelegt, der ein wichtiger Schritt in Richtung Transparenz, Neuausrichtung und Modernisierung ist. Und es ist auch unter dem CDU-Senat erstmalig gelungen, die Einführung eines gesetzlichen Schuldenverbots zu beschließen. Seit 15 Jahren hat sich der Rechnungshof dafür ausgesprochen, doch die Vorgängersenate haben das nicht hinbekommen, schreien aber angesichts der immer noch bestehenden hohen Verschuldung der Hansestadt am lautesten und werfen, obwohl sie selbst im Glashaus sitzen, mit Steinen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Wer wirft mit Steinen?)

Dabei hat gerade Ihre Partei, liebe Frau Dr. Schaal, uns nach jahrzehntelanger Misswirtschaft eine Rekordverschuldung von über 22 Milliarden Euro hinterlassen. Trotz vieler Mahnungen des Rechnungshofs stieg der Schuldenberg unter Ihrer Verantwortung von Jahr zu Jahr in immer neue Rekordhöhen. Erst seit dem Regierungswechsel im September 2001 ist Hamburg wieder auf einem richtigen Weg zu einem soliden Haushalt.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Natürlich sind wir mit der Konsolidierung des Haushalts noch lange nicht am Ziel, nach wie vor leben wir über unsere Verhältnisse. Wir dürfen also von unseren Zielen der Konsolidierung auch in den Zeiten der jetzigen Krise nicht ablassen.

Wie in den vergangenen Jahren gilt auch dieses Mal mein besonderer Dank dem Kollegium des Rechnungshofs unter der Leitung ihres Präsidenten Dr. Meyer-Abich.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Rechnungshof sorgt mit seiner Arbeit dafür, dass wir im Parlament unsere Kontrollfunktion ausüben können. Dabei geht es nicht nur darum, Steuerverschwendung aufzuspüren und zu verhindern, sondern auch gemeinsam mit den Verwaltungseinheiten Wege zu finden, um Steuergelder

effektiver verwenden zu können. Der Erfolg der Arbeit unseres Rechnungshofs liegt vor allem darin, dass er nicht als Ankläger, sondern vielmehr als kollegialer Ratgeber der Verwaltung fungiert und über ein allseits anerkanntes Maß an sehr hoher Kompetenz verfügt.

Aus diesem Grunde empfinde ich es persönlich als äußerst bedauerlich, dass vonseiten der Fraktion DIE LINKE der Arbeit des Rechnungshofs nicht die angemessene Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde und der Vertreter der Fraktion bei den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses vollständig fehlte. Dieses Verhalten, geehrte Kollegen der LINKEN, ist angesichts Ihrer haushalterischen Wunschforderungen für mich sehr befremdlich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefragt, Frau Dr. Schaal, warum die Sozialdemokraten darauf bestanden haben, diesen Tagesordnungspunkt zur Debatte anzumelden. Ich habe nun begriffen, dass Sie versuchen, aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses parteipolitischen Honig zu saugen

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Ich glaube, Sie haben nicht zugehört!)

und noch einmal in die Polemik gegen den Senat einzusteigen und das finde ich außerordentlich bedauerlich. Ich habe das Vergnügen, auch diesem Rechnungsprüfungsausschuss anzugehören, und ich muss sagen, es ist wirklich ein Vergnügen, weil ich diesen Rechnungsprüfungsausschuss als etwas Besonderes empfunden habe, weil er jenseits der Parteigrenzen oder über die Parteigrenzen hinweg sehr an kollegialer, an der Sache orientierter Arbeit interessiert war. Das habe ich als eine wohlthuende Ausnahme empfunden zu dem, was man in anderen Ausschüssen erlebt, insbesondere auch im Haushaltsausschuss, wo häufig die parteipolitische Polemik ziemlich stark im Vordergrund steht.

Wir haben sehr ernsthaft und konzentriert gearbeitet. Es waren drei anstrengende lange Abende, an denen wir sehr konzentriert gearbeitet haben, und das fand ich sehr bemerkenswert. Übrigens auch bemerkenswert, Frau Dr. Schaal, war die Tatsache, dass es vier Frauen waren, die sehr stark den Ausschuss bestimmt haben,

(*Barbara Ahrons CDU*: Sie haben sich doch wohlfühlt, Herr Waldowsky! – *Antje Möller GAL*: Das ist doch normal!)

nämlich von der SPD Frau Dr. Schaal und Frau Rugbarth, von der CDU Frau Ahrons und Frau Din-

(Andreas Waldowsky)

ges-Dierig. Das hat für eine besondere Atmosphäre in diesem Ausschuss gesorgt, vielleicht auch für diesen doch eher kollegialen Umgang unter den Abgeordneten.

Meine Vorrednerinnen haben schon darauf hingewiesen, das sich im Ausschuss zudem gezeigt hat, dass das, was uns der Landesrechnungshof vorgelegt hat, solide recherchiert war und seine Kritik praktisch immer begründet war, Kritik, die sich in ihrer ganzen Breite an die Fehler in einigen Behörden gerichtet hat. Er hat aufgezeigt, wo Geld verschwendet wird. Aber – was uns Parlamentarier in allen Parteien auch interessieren muss – er hat aufgezeigt, wo die Rechte des Parlaments oder der Parlamentarier ignoriert worden sind und wo wir viel selbstbewusster als Parlamentarier diese Rechte einfordern müssen, so wie meine beiden Vorrednerinnen das getan haben.

Die Solidität der Arbeit des Rechnungshofs zeigt sich darin, dass wir in fast allen Fällen einstimmig den Darlegungen oder den Beanstandungen des Landesrechnungshofs beitreten konnten, und zwar über die Parteigrenzen hinweg; das war das Besondere. Die Regierungsparteien fühlten sich in diesem Ausschuss nicht in der Pflicht, das Handeln der Behörden und des Senats auf Deibel komm raus zu verteidigen, sondern wir haben sehr wohl auch kritische Worte gefunden. Zur Liegenschaftsverwaltung konnten alle Parteien sagen – ich zitiere –:

"Der Unterausschuss hält es für nicht hinnehmbar ..."

und so weiter und so fort.

Wir haben, wie Frau Ahrons richtig sagte, auch sehr kritisch den Architektenwettbewerb für die HafenCity Universität diskutiert. Auch dort heißt es dann:

"Der Unterausschuss missbilligt, dass die Zusage des Senats ..."

und so weiter und so fort.

Ich fand es, wie gesagt, sehr wohltuend, dass die GAL und die CDU das Handeln genauso kritisch gesehen haben wie die Oppositionsparteien. Wir haben zudem in mehreren Fällen noch weitere Berichte angefordert, mit denen wir uns in diesem Jahr beschäftigen werden zu Punkten, wo uns die Ausführungen der Senatsvertreter und der Behördenvertreter nicht hinreichend erscheinen. So werden wir uns bis spätestens 30. April 2009 noch einmal mit den Zuwendungen für bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen müssen, weil die Informationen hierzu nicht hinreichend waren.

Ganz ausdrücklich möchte ich mich der Kritik von Frau Ahrons anschließen in Bezug auf die Kollegen der Linkspartei. Dass dieser so wichtige Ausschuss von der Linkspartei offensichtlich nicht ernst genommen wird,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wir heißen nicht Linkspartei, wir sind DIE LINKE!)

ist ein ganz schweres demokratisches Versäumnis. Frau Heyenn sagte vorhin in der Aussprache zur Regierungserklärung, dass die demokratische Kontrolle des Parlaments enorm eingeschränkt würde.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Durch Schattenhaushalte!)

– Durch die Schattenhaushalte, ganz genau.

Dann muss ich Sie aber auffordern, selber diese demokratischen Kontrollrechte wahrzunehmen. Sie können gerne einen Vertreter in den Ausschuss schicken. Der kann dort den Schlaf des Gerechten schlafen, das kennen wir aus anderen Ausschüssen. Aber Ausschüsse systematisch zu boykottieren, Ausschüsse, die solche Kontrollfunktionen haben, finde ich politisch und demokratisch äußerst suspekt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich bitte auch ganz besonders die Kollegen von den Sozialdemokraten und Frau Dr. Schaal, wieder zurückzukommen zu dieser konsensorientierten Politik.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind in diesem Ausschuss nicht als Parteien, sondern als Parlamentarier gefordert und so verstehe ich auch die Arbeit des Landesrechnungshofs. Es wäre schön, wenn wir wieder in dem Sinne dort arbeiten könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Herr Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Fraktion freut sich über den unabhängigen Bericht, den wir jedes Jahr vom Rechnungshof erhalten. Wir schätzen den Rechnungshof als einen wichtigen Faktor in der politischen Konstellation in dieser Stadt und wir haben das auch in vielfältigen Äußerungen im Haushaltsausschuss, in der Presse und an sonstigen Stellen zum Ausdruck gebracht. Zu sagen, wir hätten den Ausschuss boykottiert, ist eine ziemlich freche Behauptung, denn jeder, der sich bei uns erkundigt hätte, hätte erfahren können, dass wir einen kurzfristigen Krankheitsfall hatten. Herr Bischoff, der normalerweise diese Tätigkeiten und Aufgaben, wie jeder weiß, mit Vehemenz und Begeisterung wahrnimmt, war kurzfristig ausgefallen. Bei der knappen Personaldecke, die wir haben, fällt es dann manchmal schwer, relativ schnell für Ersatz zu sorgen. Aber ich glaube, der Rechnungshof weiß auch, dass wir seine Arbeit schätzen und

(Norbert Hackbusch)

dass es völlig falsch wäre, uns so etwas wie Boykott oder Ähnliches vorzuwerfen. Ich denke, unsere aktive Arbeit im Haushaltsausschuss zeigt, dass wir diese Tätigkeiten auch schätzen.

Ich möchte besonders hervorheben die Berichte des Rechnungshofs im Zusammenhang mit ...

– Da vorne ist ganz schön etwas los, da gibt es eine SPD-Versammlung.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Darf ich in dieser großen Gruppe hier vorne entweder um Ruhe oder darum bitten, die Gespräche draußen fortzuführen? – Herr Hackbusch, fahren Sie bitte fort.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): – Danke.

Wir wollen besonders darauf hinweisen, dass wir sehr geschätzt haben die Hilfe, die uns der Rechnungshof gibt, um in der Lage zu sein, bestimmte Entwicklungen innerhalb der Behörden und auch politische Vorgänge überhaupt richtig beurteilen zu können, weil wir selber ungefähr wissen, welche Schwierigkeiten wir haben, bestimmte Sachverhalte ausreichend kontrollieren und prüfen zu können. Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit den Fragestellungen zum Thema ÖPP, wo ich besonders die Arbeit des Rechnungshofs schätze, der sehr genau dargelegt hat, wie notwendig es ist, dazu auch Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zu machen und diese Dinge einfließen zu lassen und wie bedeutend und wichtig es ist, gerade die Wirtschaftlichkeit in diesen Fragestellungen genau zu kontrollieren.

Wir haben besonders die Hilfe geschätzt, die er uns geben wird in der Diskussion der Umgestaltung des Haushaltswesens, was im nächsten Jahr vor uns liegt. Wir hoffen auch, dass er uns dabei hilft zu kontrollieren, ob die Übergänge vernünftig und klug sind, da das häufig den normalen parlamentarischen Handlungsfähigkeiten kaum entspricht. Wir sehen auch mit Begeisterung, wenn er öffentliche Unternehmen anschaut. Wir selber wissen, wie kompliziert es ist zu kontrollieren, was alles in den öffentlichen Unternehmen auf Hamburger Ebene geschieht. Dort ist es besonders wichtig, eine Hilfestellung des Rechnungshofs zu bekommen.

Ich habe den Eindruck, dass wir in den nächsten Monaten große Aufgaben vor uns haben. Ich möchte besonders an die HSH Nordbank erinnern und daran, welche Einschätzung wir bei der Elbphilharmonie haben. Dort sind wir besonders auf die Hilfe des Rechnungshofs angewiesen. Frau Ahrons, nur einmal als Hinweis: Ich verstehe Ihren Hinweis auf die hohen Schulden, die wir mittlerweile angesammelt haben. Das, was bei der HSH Nordbank in diesen Tagen aktuell droht und was

wir dort an Zahlen sehen, dass praktisch 25 Milliarden Euro in gewisser Weise gegenwärtig keinen Wert mehr haben, was bisher werthaltig in dieser Bilanz verankert war, würde bedeuten, dass wir innerhalb kürzester Zeit fast 50 Prozent mehr Schulden hätten – dies nur, um einmal die Dimensionen von gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisen zu nennen. Dementsprechend haben wir dort wichtige Aufgaben. Ich freue mich, wenn der Rechnungshof uns darin unterstützt und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne darauf eingehen, dass Vertreter von CDU und GAL Frau Dr. Schaal kritisiert haben wegen einer Äußerung, nämlich im Hinblick auf das Thema der Einführung des neuen Haushaltswesens. Wenn der Rechnungshof hierbei die Bürgerschaft unterstützt, dann ist das nicht zu kritisieren, sondern dann finde ich es außerordentlich förderlich für die Arbeit, die in den kommenden Monaten vor uns liegt, denn wir haben in den Haushaltsberatungen über die Einzelpläne und auch im Allgemeinen gesehen, dass dort einige Punkte anstehen. Die Frage, wie die Rechte des Parlaments bei einem neuen Haushaltswesen weiterhin gewährleistet werden, ist nicht einfach wegzuwischen. Deswegen noch einmal vielen Dank an den Rechnungshof, wenn er uns in diesem Thema unterstützt.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Ich habe mich zu einem besonderen Thema noch einmal zu Wort gemeldet, nämlich zu dem Neubau der HafenCity Universität, weil es hier nicht um ein Projekt geht, das schon in den Brunnen gefallen ist, sondern weil die HafenCity Universität noch gar nicht gebaut ist. Das heißt, man kann heute noch absehbare Fehler korrigieren, wenn man sie als solche identifiziert. Deswegen möchte ich einige Bemerkungen zur HafenCity Universität machen.

Der Rechnungshof hat in seinem Bericht 2008 das Verfahren und die Kostensteigerung kritisiert. Die Bürgerschaft beziehungsweise der Rechnungsprüfungsausschuss hat Missbilligung ausgesprochen und ist den Beanstandungen beigetreten; das werden wir gleich auch tun. Der Rechnungshof hat mit seinem vor gut einer Woche vorgelegten neuen Bericht seine Kritik an der Neubauplanung der HafenCity Universität auf elf Seiten noch einmal ausdrücklich formuliert. Ich denke, das ist eine Ohrfeige für den Senat, weil wir gesehen haben, dass

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

sich tatsächlich in der Zwischenzeit überhaupt nichts verbessert hat.

(Beifall bei der SPD)

Heute ist allen am Verfahren Beteiligten deutlich, dass die Planungen zur Errichtung der HafenCity Universität kaum einer der ursprünglichen Zielsetzungen gerecht geworden sind. Knapp bemessenen Räumen stehen unverhältnismäßige Kosten gegenüber. Dem Kriterium der Nachhaltigkeit wurde nur unzureichend entsprochen und das ist insbesondere Ihr Anliegen gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL. Fragwürdige Versuche, das Projekt über Public Private Partnership zu finanzieren, trugen auch nur zu einer Verzögerung und nicht zu einer Realisierung bei.

Zu dem Thema der Kostenentwicklung, das auch Frau Ahrons schon angesprochen hat: Es gab eine Kostenobergrenze für das Gebäude von 37,4 Millionen Euro und die Bürgerschaft hat Ende 2005 darüber entschieden – das ist aus dem Jahr 2006. Während die Kostenberechnung laut Rechnungshof im April 2008, also vor knapp einem Jahr, bei rund 49,9 Millionen Euro lag, gingen die Senatsvertreter bereits im Januar 2008 im Wissenschaftsausschuss davon aus, dass es 60 Millionen Euro sein würden. Jetzt hat die Senatorin uns offiziell erklärt, dass für dieses Gebäude 66,6 Millionen Euro gebraucht werden. Das ist eine Kostensteigerung von 80 Prozent gegenüber der im Wettbewerb festgelegten Kostenobergrenze. Darüber kann man nicht einfach nonchalant hinweggehen, so wie das bislang tatsächlich getan worden ist. Das kann man eigentlich nur kritisieren.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Wir haben dabei noch gar nicht berücksichtigt, dass wir schon seit einem Jahr wissen, dass alleine die Kosten für das Grundstück 19,5 Millionen Euro betragen, die noch zu addieren wären.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich darf nochmals um Ruhe bitten, damit Frau Stapelfeldt ihre Rede zu Ende führen kann. – Danke.

Dr. Dorothee Stapelfeldt (fortfahrend): Zum zweiten Punkt, der Standortwahl. Der Rechnungshof favorisiert in seinem neuen Bericht den Standort Hebebrandstraße, wo ein Gebäude mit 15 Millionen Euro zu realisieren wäre. Ob es diese Kosten sind oder höhere Kosten, das steht jetzt völlig dahin, das ist auch nicht relevant. Relevant ist, dass es keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung über alternative Standorte für die HafenCity Universität gegeben hat und – um noch etwas draufzulegen – die Behörde bei allen Beratungen im Wissenschafts- und im Haushaltsausschuss gesagt hat,

dass sie diese überhaupt nicht vornehmen wolle und diese gar nicht notwendig seien. Das heißt, der Senat und die Behörde für Wissenschaft und Forschung setzen sich schlankweg über eine ganz klare und auch deutlich zu unterstützende Forderung des Rechnungshofs hinweg.

Hierbei zeigen sich zwei Konstanten in der Politik der BWF. Erstens ist der Senat nicht in der Lage, Mehrkosten von wenigstens 58 Millionen Euro anhand seiner Zielsetzungen nachvollziehbar zu begründen und zweitens werden bestehende Einrichtungen seit Jahren zugunsten von Prestigeprojekten sträflich vernachlässigt. Wie noch nicht widerlegt worden ist, gehen wir seit Jahren davon aus, dass die Mittel, die für die Sanierung des Geomatikums in einer Größenordnung von – so wird behauptet – 50 Millionen Euro zur Verfügung standen, seit Jahren gebunkert werden für die HafenCity Universität. Und wenn das der Fall ist, dann finde ich das auch nicht akzeptabel, sondern es ist zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

So sehr wir der HafenCity Universität und ihren Mitgliedern ein identitätsstiftendes Gebäude wünschen, wissen wir doch auch Folgendes. Erstens: Die Errichtung der HafenCity Universität aus dem Einsammeln von Fächern anderer Hochschulen war schon kein wissenschaftspolitisches Ruhmesblatt. Und zweitens: Die Neubauplanungen drohen zum planerischen und auch finanziellen Fiasko für die Hochschule zu werden.

Zur Nichteinhaltung der Kostenobergrenze habe ich schon etwas gesagt. Dass aber auch darüber hinaus die Kriterien für Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit vernachlässigt worden sind, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie man solche Planverfahren nicht gestalten kann. Deswegen will ich noch etwas sagen zu dem Thema der Nachhaltigkeit, denn die GAL hat Ende 2005 der Errichtung der HafenCity Universität an dem Standort in der HafenCity selbst zugestimmt, nachdem die CDU-Fraktion einige Anforderungen von ihrer Seite aufgenommen hatte, nämlich dass es ein im höchsten Grade ökologisches Gebäude werden sollte.

Das war die Grundlage für die Zustimmung. Jetzt ist natürlich die Frage, ob sich das hat realisieren lassen. Gibt es diese Form von Nachhaltigkeit, die damals von der GAL gewünscht war? Nein, es gibt sie nicht, sondern der geplante Neubau kann nach Einschätzung des Rechnungshofs überhaupt nicht als Musterbeispiel für Nachhaltigkeit und Energieeffizienz gelten. Das ist eine Ohrfeige und ich finde, dass die Planungen verbessert werden müssen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Ich will deutlich sagen, dass wir auf eine zügige Realisierung drängen. Darauf haben die Angehörigen

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

gen der HafenCity Universität einen Anspruch. Sie dürfen nicht zu den Leidtragenden einer von Anfang an nicht gerade sinnigen Planung werden, wenn ich das einmal so freundlich sagen darf. Der Senat täte gut daran, die aktuellen Kostenberechnungen, den tatsächlichen Flächenbedarf und die Entwicklungspotenziale für die HafenCity Universität transparent zu machen und Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Hierzu besteht Gelegenheit, nämlich unmittelbar in der nächsten Woche, wenn wir uns im Wissenschaftsausschuss in Selbstbefassung mit dem Thema HafenCity Universität befassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, ich hatte eigentlich nicht vor, heute zum Thema Rechnungshofsbericht zu sprechen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wären Sie einmal dabei geblieben!)

Welche Auffassung von Ausschussarbeit haben Sie eigentlich? Sie haben eben gesagt, wir wollen uns am 19. Februar in Selbstbefassung mit dieser Thematik auseinandersetzen. Und Sie stellen sich heute schon hier hin und geben im Endeffekt vorweg eine Stellungnahme ab

(Dr. Monika Schaal SPD: Dann lesen Sie doch einmal den Rechnungshofsbericht!)

zur Planung der HafenCity Universität. Dieses ist Gegenstand im Ausschuss, das haben wir so vereinbart. Deswegen verstehe ich Ihre Einlassung überhaupt nicht und finde, dass Sie der Sache nicht gerecht werden, was die eigentliche Ausschussarbeit angeht, in der nämlich darüber gesprochen werden soll. Das hatten wir einmal so vereinbart und ich finde es nicht gut, dass Sie jetzt eine Hochschuldebatte eröffnen, auf die im Endeffekt kein Mensch richtig vorbereitet ist. Aber das haben wir aus Ihrer Richtung schon häufig erlebt.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. Hier ist nicht das Forum, um sich für Bundestag-Bewerbungen vorzubereiten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir kommen zunächst zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus Teil A IV. seines Berichts. Die unter dem Buchstaben A erbetenen Kenntnisaufnahmen sind erfolgt.

Wer möchte, wie in B empfohlen, die in der Haushaltsrechnung 2006 ausgewiesenen Überschreitungen genehmigen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in erster Lesung so angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte der Ausschussempfehlung aus C folgen und dem Senat für das Haushaltsjahr 2006 Entlastung erteilen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen so angenommen.

Wer möchte sich, wie unter D empfohlen, den unter Teil A Abschnitt II. des Ausschussberichts aufgenommenen Beschlussvorschlägen des Unterausschusses "Prüfung der Haushaltsrechnung" anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Im Teil B des Haushaltsausschussberichts wird empfohlen, dem Rechnungshof für dessen Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2006 Entlastung zu erteilen. Wer möchte so beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich möchte nun die Gelegenheit nutzen, dem Rechnungshof mit seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die von ihnen geleistete Arbeit ausdrücklich unseren Dank auszusprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf, Drucksachen 19/1774 und 19/1956 bis 19/1958: Berichte des Eingabenausschusses.

[Gemeinsame Beratung

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/1774 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/1956 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/1957 –]**

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/1958 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/1774, zunächst mit Ziffer 1. Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 726/08 bezüglich des Anliegens Festschreibung eines Mindestlohns abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei vielen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen so angenommen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 726/08 bezüglich des Anliegens Bundesratsinitiative zur Tariftreue abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese sind einstimmig angenommen worden.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wir kommen zum Bericht 19/1956. Hierin ist nur eine Empfehlung enthalten. Wer möchte dieser folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dies einstimmig angenommen.

Die in den Ziffern 2 und 3 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Weiter zum Bericht 19/1957. Auch dieser enthält nur einstimmige Empfehlungen. Wer möchte sich diesen anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese sind einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Bericht 19/1958, zunächst zu Ziffer 1. Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 707/08 bis 709/08, 713/08 bis 717/08, 751/08, 768/08 und 783/08 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die übrigen Eingaben einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer schließt sich den Ausschussüberweisungen unter B an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf, Drucksache 19/2004, Bericht des Wissenschaftsausschusses: Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung.

**[Bericht des Wissenschaftsausschusses über
die Drucksache 19/1517:
Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung
einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschul-
zulassung (Senatsantrag)
– Drs 19/2004 –]**

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung aus Drucksache 19/1517 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in erster Lesung so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Dem ist so. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf, Drucksache 19/2007, Zwischenbericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010; Einzelplan 3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien"; Titel: 3770.971.01 "Garantien und Finanzierungszusagen für Bewerbungen zu nationalen und internationalen Sportveranstaltungen" und Titel: 3770.539.01 "Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 in Hamburg" Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 für die Bewerbung um die Austragung der Schwimm-Weltmeisterschaft 2013.

**[Zwischenbericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 19/1815:
Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010; Einzelplan
3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien"; Ti-
tel: 3770.971.01 "Garantien und Finanzierungs-
zusagen für Bewerbungen zu nationalen und
internationalen Sportveranstaltungen" und**

* Siehe Anlage, Seite 1215

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)**3770.539.01 "Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 in Hamburg" (neu) Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 für die Bewerbung um die Austragung der Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 (Senatsantrag)****– Drs 19/2007 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen?
– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Gegenstimmen in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 25 der Tagesordnung auf, die Drucksache 19/2008 Neufassung, Zwischenbericht des Haushaltsausschusses: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 Einzelplan 3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien" Neustrukturierung der Behörden; Umzug der Ämter Medien, Tourismus, Marketing und Sportamt in die Großen Bleichen 30.

[Zwischenbericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/1842 (Neufassung): Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 Einzelplan 3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien" Neustrukturierung der Behörden; Umzug der Ämter Medien, Tourismus, Marketing und Sportamt in die Großen Bleichen 30 (Senatsantrag)

– Drs 19/2008 (Neufassung) –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen?
– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit in erster Lesung so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist so. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Dem ist nicht so.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Zwi-

schenbericht auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe auf Punkt 31 der Tagesordnung, Drucksache 19/2084, Bericht des Umweltausschusses: Gesetz zur Sicherstellung klimaschutzrechtlicher Anforderungen im Baugenehmigungsverfahren.

[Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/1811:**Gesetz zur Sicherstellung klimaschutzrechtlicher Anforderungen im Baugenehmigungsverfahren (Senatsantrag)****– Drs 19/2084 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Sicherstellung klimaschutzrechtlicher Anforderungen im Baugenehmigungsverfahren aus Drucksache 19/1811 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist in erster Lesung einstimmig beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Dem ist so. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Dem ist nicht so.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Ich rufe auf Punkt 34 der Tagesordnung, Drucksache 19/2022, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Studie zum Preisvergleich der angebotenen Waren in den Hamburger Haftanstalten.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Studie zum Preisvergleich der angebotenen Waren in den Hamburger Haftanstalten

– Drs 19/2022 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Rechtsausschuss überweisen.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Frau Schneider, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Es gibt viele Alltagsprobleme, mit denen straffällig gewordene und inhaftierte Menschen konfrontiert sind und die nichts mit der Strafe zu tun haben und doch ihr Leben über den Freiheitsentzug hinaus so prägen, dass sie sich als eine Art zweite oder dritte Strafe auswirken. Eines dieser Probleme ist der Einkauf im Gefängnis. Gefangene sind auf das Angebot angewiesen, das Vertragskaufleute in den Gefängnissen anbieten. Sie können nicht ausweichen oder preisbewusst einkaufen.

(Heiko Hecht CDU: Das ist Sinn und Zweck der Übung!)

– Das ist nicht der Zweck der Übung. Der Zweck der Übung ist, dass sie eingesperrt sind, und das ist genug. Darüber hinaus bedarf jeder Eingriff in die Rechte einer starken Begründung.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist umso härter, wenn Gefangene überhöhten Preisen ausgesetzt sind, da sie extrem wenig Geld haben, weil nämlich ihr Lohn unendlich niedrig ist. Überhöhte Preise beeinträchtigen das Recht der Gefangenen auf Einkauf. Unser Anliegen ist festzustellen, in welchem Umfang die Preise überhöht sind, um so die Grundlagen zu schaffen, dem Problem abzuweichen. Nach unseren eigenen Untersuchungen sind die Preise zum Teil erheblich erhöht und es gab 1994/1995 eine Untersuchung der Verbraucherzentrale, die in einem Preisvergleich festgestellt hat, dass einige Preise ein bisschen niedriger sind, andere Preise überhöht sind und es sogar überhöhte Preise von bis zu 800 Prozent gegeben hat.

Warum soll die Überweisung abgelehnt werden? Ich kann mir eigentlich nur zwei Gründe denken und will zu beiden Gründen etwas sagen. Der eine mögliche Grund wäre ein Kostengrund, weshalb man das Thema erst gar nicht behandeln will. Ich glaube, dass zum Beispiel die Blumen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Überweisungen sind kostenlos!)

die für das Matthiae-Mahl angeschafft werden, teurer sind, als die Studie kosten würde.

Der zweite Grund, den ich mir denken kann, ist eine Gleichgültigkeit gegenüber Rechtsverletzungen, wenn sie Gefangene betreffen und das halte ich für nicht haltbar. Wir werden deshalb diese Frage auf der Tagesordnung behalten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schneider, Sie zeichnen wieder ein Zerrbild des Vollzugs, das ist klar. Aus Ihrer Sichtweise wollen Sie immer wieder dieses Thema hochspielen. Wir werden diesen Antrag deswegen nicht an den Ausschuss überweisen.

Wir haben uns in den letzten Jahren ausgiebig mit diesem Thema befasst. Wir bekommen wahnsinnig viele Mitteilungen und Beschwerden von Strafgefangenen. Naturgemäß gehören das Essen und der Einkauf in der Haftanstalt zu den wichtigsten Dingen für Gefangene, die sie belasten; ohne Frage beschäftigen wir uns damit. Die hier angeführte Studie ist eine Studie der Verbraucherzentrale, die damals Preise der Anstaltskaufleute verglichen hat mit Tante-Emma-Läden; Tante-Emma-Läden gibt es heute nicht mehr. Heute vergleicht die Haftanstalt die Preise von famila und Spar mit den Preisen des Anstaltskaufmanns.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Spar gibt's auch nicht mehr!)

Der Anstaltskaufmann bringt die Ware in die Anstalt und naturgemäß ist ein kleiner Aufschlag vorhanden. Die Empfindungen, die Ihre Gesprächspartner haben, sind wahrscheinlich die Preise von ALDI. Die wird kein Anstaltskaufmann halten können und insoweit erübrigt es sich im Moment, diese Frage weiter zu diskutieren. Wir lehnen deswegen den Antrag ab. Wir wollen ihn auch nicht im Ausschuss haben, wir haben uns damit ausgiebig beschäftigt. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Farid Müller.

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle, die mit dem Justizbereich zu tun haben, sind auch mit den Fragen, die mit dem Antrag der LINKEN zusammenhängen, befasst; wir bekommen alle Gefangenenbriefe. Wir alle, die damit befasst sind, haben die Gefängnisse besucht und uns auch vor Ort die Kaufmannsläden angeschaut. Eine große Verzerrung der Preislandschaft konnten wir allerdings nicht feststellen, aber ...

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Sie sind schon die Studie!)

– Nein, wieso? Wir waren doch da und ich glaube, Sie waren noch nicht da, also insofern ein bisschen vorsichtig.

Eine andere Sache wurde eben schon angesprochen. In den Gefängnissen findet bereits eine Kontrolle statt. Durch die Gefangenenvvertretung, aber

(Farid Müller)

auch durch die Anstaltsbeiräte werden die Preise fortlaufend kontrolliert und auch verglichen. Insofern brauchen wir eine Studie explizit nicht, weil wir dann auch ein bisschen die Arbeit der Leute der Selbstkontrolle vor Ort aushebeln würden; das finden wir nicht gut.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wir glauben, dass wir mit einer zusätzlichen Studie nicht weiterkommen und werden diesen Antrag deswegen ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Schiedek.

Jana Schiedek SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie mögen zu der Studie stehen, wie Sie wollen. Aber dass Sie nicht einmal dem Überweisungsantrag zustimmen können, um, wie Sie eben meinten, dieses Zerrbild, das vielleicht existiert, auch zu beheben, ist doch recht traurig gerade für die GAL-Fraktion, die sich immer so stark für Gefangenrechte eingesetzt hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es gäbe durchaus noch einige Fragen, die man diskutieren könnte. Bei allem Respekt, eine Selbststudie mit privatem Vergleich, ob es bei ALDI nicht vielleicht doch ein Tick günstiger ist, ist nicht vergleichbar. Aber die Befassung des Ausschusses wäre das Mindeste, was angezeigt ist.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/2022 an den Rechtsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/2022 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist diese Drucksache mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf Punkt 35 der Tagesordnung, Drucksache 19/2050, Antrag der SPD-Fraktion: Konzernbilanz 2007 – Information an die Bürgerschaft.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Konzernbilanz 2007 – Information an die Bürgerschaft
– Drs 19/2050 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe Punkt 38 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/2096 in der Neufassung, Interfraktioneller Antrag: Hamburgs Jugendliche in Entscheidungen mit einbeziehen – Online-Plattform für Jugendpolitik schaffen.

**[Interfraktioneller Antrag:
Hamburgs Jugendliche in Entscheidungen mit einbeziehen – Online-Plattform für Jugendpolitik schaffen
– Drs 19/2096 (Neufassung) –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Punkt 40 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/2098, Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Interkulturelles Frauenwirtschaftszentrum.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:
Interkulturelles Frauenwirtschaftszentrum
– Drs 19/2098 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Punkt 42 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/2211, Antrag der CDU-Fraktion: Stärkung der Gesundheitswirtschaft.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Stärkung der Gesundheitswirtschaft
– Drs 19/2211 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2213 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wirksame Stärkung der Gesundheitswirtschaft
– Drs 19/2213 –]**

Diesen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/2213 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich bei etlichen Enthaltungen abgelehnt worden.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 19/2211. Wer möchte diesen Antrag anneh-

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

men? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich bei einigen Enthaltungen angenommen worden.

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 19/2211 nun nachträglich an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einer Enthaltung angenommen worden.

Ich rufe Punkt 43 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/2212, Interfraktioneller Antrag: Geschäftsstelle der Härtefallkommission.

**[Interfraktioneller Antrag:
Geschäftsstelle der Härtefallkommission
– Drs 19/2212 –]**

Ich möchte Sie bitten, sich für die letzte Abstimmung noch einmal zu konzentrieren; wir sind demnächst fertig.

Wer möchte diesen Antrag aus Drucksache 19/2212 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich stelle fest, dass wir am Ende der Sitzung angekommen sind. Die Sitzung ist geschlossen und ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 21.23 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Joachim Bischoff, Thomas Felskowsky, Robert Heinemann, Roland Heintze, Philipp-Sebastian Kühn, Gerhard Lein, Olaf Ohlsen, Aygül Özkan, Jan Quast, Berndt Röder und Birgit Schnieber-Jastram

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 11. Februar 2009****A. Kenntnisaufnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
9	1675	Sanierungsbedarfe an den Gebäuden der Hamburger Hochschulen
16	2051	Rechnungslegung der Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft für das Jahr 2007
17	2074	Bericht der Senatskanzlei im Zusammenhang mit dem Ersuchen „Vermeidung von Interessenkollisionen – über Unternehmensbeteiligungen sowie ehrenamtliche und berufliche Tätigkeiten (Drucksachen 17/4264, 17/4304)“, Beschluss der Bürgerschaft vom 25. Februar 2004 Erklärungen gemäß Artikel 40 der Hamburgischen Verfassung sowie Ergänzung des Ersuchens mit Beschluss der Bürgerschaft vom 7. Februar 2008 (Drs. 18/7246, 18/7750)
18	2079	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 4. September 2008 Translozierung und bedarfsgerechte Restaurierung der Wassertreppe 51 Drs. 19/697
21	1960	Bericht des Schulausschusses
26	2081	Bericht des Haushaltsausschusses
30	2083	Bericht des Umweltausschusses
32	2005	Bericht der Härtefallkommission
33	2006	Bericht der Härtefallkommission

B Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
14	1886	Mittagessenangebot in Hamburger Schulen	SPD	Schulausschuss
36	2086	Novellierung des Hamburgischen Privatschulrechts	LINKE	Schulausschuss
41	2099	Jetzt gemeinsam handeln – Qualifizierungsinitiative Hamburg	GAL	Wirtschaftsausschuss